



Lagebild Linksextremismus



Lagebild

Linksextremismus

Inhaltsverzeichnis

Einleitung 6

Aktuelle Lage - 6
Kernbotschaften

Ideologien und Ideengeschichte des Linksextremismus 9

Die Entstehung der Arbeiterbewegung 10
Marxismus 11
Marxismus-Leninismus 12
Stalinismus und Trotzismus 14
Maoismus 15
Anarchismus 17
Wesentliche Entwicklungen des deutschen Linksextremismus im 20. Jahrhundert 19
Die KPD in Weimarer Republik und im Nationalsozialismus 19
Die Deutsche Demokratische Republik 20
RAF, K-Gruppen und Autonome: 20
Die linksextremistische Szene der Bundesrepublik bis 1990 20
Linksextremismus nach 1990 23

Linksextremistische Strukturen zwischen Wandel und Stagnation 24

(Post)Autonome in der Krise 24
Rote Jugend voran? Kommunistische Jugend- und Kaderorganisationen 29
Kommunistischer Aufbau/Föderation 31
Klassenkämpferischer Organisationen 31
Rote Jugend Deutschland 33
Perspektive Kommunismus 35
Kommunistische Partei 37
Aktuelle Entwicklungen im Trotzismus 38
Sozialistische Alternative und Sozialistische Organisation 40
Revolutionäre Kommunistische Partei/Revolutionary Communist International vormalig DER FUNKE/ International Marxist Tendency 41
Internationale Sozialistische Organisation 43
Parlamentsorientierter Linksextremismus 44
Deutsche Kommunistische Partei (DKP) 44
Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) 45
DKP und MLPD im Vergleich 45
Linksextremistische Zusammenfassungen in der Partei DIE LINKE 47
Kommunistische Plattform und Sozialistische Linke 48
Antikapitalistische Linke 48
Linksjugend [solid] 50
Offene Antifaschistische Treffen 53
Kampfsport im Linksextremismus 55
Aktuelle Entwicklungen im organisationsgebundenen Anarchismus 57

Entgrenzung 62

Einführung 62
„Ziviler Ungehorsam“ 63
Das Klimaschutzbündnis Ende Gelände 64
Antifaschismus 67
Antimilitarismus 70
Ökologie 71
Switch off 72
Waldbesetzungen 76
Neue Themenfelder 77
Zusammenfassung und Bewertung 78
Entgrenzung: Zwischen Reformen und Systemüberwindung 79

Radikalisierung und Prognose 81

Maßnahmen 90

Präventionsmaßnahmen des Verfassungsschutzes im Linksextremismus 90
Aussteigerprogramm Left - Tertiärprävention durch den Verfassungsschutz 91
Fallzahlen Left 91

Kennzeichnung

Strukturen und Organisationen, deren Verfassungsfeindlichkeit bereits erwiesen ist, werden im Folgenden im Fettdruck gekennzeichnet. Soweit die Verfassungsfeindlichkeit zwar noch nicht erwiesen ist, aber hinreichend gewichtige tatsächliche Anhaltspunkte einen Verdacht auf verfassungsfeindliche Bestrebungen begründen, werden die betroffenen Organisationen in Kursivdruck gesetzt.

Beispiel: **Partei X**, *Partei Y*

Impressum

Herausgeber:
Ministerium des Innern
des Landes Nordrhein-Westfalen
Friedrichstraße 62-80
40217 Düsseldorf
Telefon: 0211/871-01
poststelle@im.nrw.de
www.im.nrw.de

Redaktion:
Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen
Telefon: 0211/871-2821
info.verfassungsschutz@im1.nrw.de
www.im.nrw.de/verfassungsschutz
Stand: Februar 2026

Bildnachweise:
Bild Seite 12 - dpa / Ying Tang
Bild Seite 15 - dpa / ASSOCIATED PRESS
Bild Seite 21 - dpa / Gert Schütz
Bild Seite 22 - dpa / Noah Wedel
Bild Seite 35 - dpa / Stefan Boness
Bild Seite 64 - dpa / Henning Kaiser
Bild Seite 65 - dpa / Thomas Vonier
Bild Seite 68 - dpa / Michael Brandt
Bild Seite 74 - dpa / Christoph Reichwein

Einleitung

Aktuelle Lage - Kernbotschaften

Das vorliegende Lagebild Linksextremismus zeigt einen Überblick über die aktuelle Struktur, Dynamik und Entwicklung der linksextremistischen Szene in Nordrhein-Westfalen. Es beschreibt spektrenübergreifend zentrale Akteursgruppen, thematische Schwerpunkte und Organisationsformen. Zugleich wird aufgezeigt, wie sich Entgrenzungsstrategien abbilden und welche Entwicklungen prognostiziert werden können.

Ziel ist es, politische Entscheidungsträger, Sicherheitsbehörden und die Öffentlichkeit über die Entwicklungen, Strategien und Potentiale linksextremistischer Bestrebungen aufzuklären und zu informieren.

Das Ziel von Linksextremisten besteht darin, die freiheitliche demokratische Grundordnung (fdGO) der Bundesrepublik Deutschland zu beseitigen und sie durch eine kommunistische oder „herrschaftsfreie“ Staats- und Gesellschaftsform zu ersetzen. Dieses System soll frei von kapitalistischen Strukturen sein, da diese nach ihrer Vorstellung faschistisch seien. Im Zentrum der linksextremistischen Szene steht dabei ein konsequent staatsfeindliches Weltbild.

Im Rahmen dieser Zielrichtung ist festzustellen, dass der Linksextremismus eine ernstzunehmende Herausforderung für die freiheitliche demokratische Grundordnung in Nordrhein-Westfalen darstellt. Während die Szene in Teilen fragmentiert und ideologisch heterogen bleibt, ist zugleich eine fortschreitende Vernetzung über Themen, Aktionsfelder und soziale Bewegungen hinweg zu beobachten.

Hinzu kommt eine breite Palette von Aktionsformen. Dazu gehören Sabotageakte zu Lasten kritischer Infrastruktur bis hin zu Gewalt gegen Personen, beispielsweise gegen Polizistinnen und Polizisten im antirepressiven Kontext. Genauso nutzen Linksextremisten gesellschaftlich breit akzeptierte Themenfelder, um ihre Ideologie in öffentliche Diskurse einzubringen. Die strategische Entgrenzung zwischen reformorientierten Forderungen und systemüberwindenden Zielen stellt eine zentrale Entwicklung dar.

Die Szene bedient sich moderner Kommunikationsformen und nutzt digitale Plattformen, um Mobilisierungseffekte zu verstärken und neue Unterstützer - insbesondere junge, politisch engagierte Menschen - zu gewinnen. Der Übergang zwischen legalem Protest, grenznahem beziehungsweise grenzüberschreitendem Aktivismus und gewaltorientiertem Linksextremismus ist dabei fließend.

Seit einigen Jahren ist zudem ein deutlicher Aufschwung von Organisationen oder losen Personenzusammenschlüssen zu beobachten, die ideologisch wieder strikt dem Marxismus-Leninismus und teilweise auch dem Maoismus folgen. Ziel ist der Aufbau einer Kaderpartei. Orientierung bieten die kommunistische Bewegung und die daraus entstandenen Staaten des 20. Jahrhunderts als scheinbar bessere Alternative zu demokratischen Staaten mit kapitalistischer Wirtschaftsordnung. Durch die Vermischung von klassischer kommunistischer Ästhetik mit Elementen moderner Jugendkulturen gelingt es, Zustimmung bei jungen Menschen zu gewinnen.

Neben klassisch ideologischen Strömungen prägen insbesondere autonome und militante Gruppierungen die Szene. Bestimmte Themen dienen als Klammer und einen das linksextremistische Spektrum über ideologisch verschiedene Strömungen hinweg. Dazu zählen zum

Beispiel die Themen Antifaschismus, Antimilitarismus und Antikapitalismus, einhergehend mit einem hohen Grad der Mobilisierung.

Das Themenfeld Antifaschismus hat in Nordrhein-Westfalen in den zurückliegenden Jahren an Bedeutung gewonnen. Die wurde unter anderem während einer Demonstration gegen den Bundesparteitag der *Alternative für Deutschland (AfD)* (Anmerkung: Im Folgenden wird die AfD kursiv dargestellt, sofern die Bundespartei gemeint ist. Die kursive Darstellung entfällt bei explizitem Bezug auf den Landesverband Nordrhein-Westfalen.) in Essen im Juni 2024 sichtbar. Linksextremistische Gruppierungen beteiligten sich über die Kampagne „Widersetzen“ an der Demonstration. Trotz einer durch das Bündnis im Vorhinein getroffenen Vereinbarung, auf Gewalt zu verzichten, kam es im Verlauf der Demonstration zu gewalttätigen Aktionen, wie etwa dem gewaltsamen Durchbrechen von Sperrstellen der Polizei.

Im Rahmen antifaschistischer Aktionen sind auch körperliche Angriffe auf den politischen Gegner Teil des linksextremistischen Handlungsspektrums. So belegen tätliche Angriffe von Personen aus dem linksextremistischen Spektrum auf Teilnehmer einer Versammlung der **Jungen Alternative** im August 2024 im Zusammenhang mit dem islamistischen Anschlag von Solingen das Gewaltpotenzial bei sich bietenden Gelegenheiten.

Das Niveau an Gewalttaten gegen staatliche Institutionen und politische Gegner bleibt trotz schwankender Intensität stabil hoch. Einen markanten Wendepunkt in der öffentlichen Wahrnehmung und in der sicherheitsbehördlichen Einschätzung markierten die Ausschreitungen rund um den G20-Gipfel im Juli 2017 in Hamburg. Die dort erlebte Eskalation mit hunderten verletzten Polizistinnen und Polizisten und massiven Sachschäden führte nicht nur zu einem breiten gesellschaftlichen Diskurs über linksextremistische Gewalt, sondern auch zu einer strategischen Neuaufstellung innerhalb der Szene und verstärkten Sicherheitsmaßnahmen auf staatlicher Seite.

Das Themenfeld Antimilitarismus bildet ebenfalls ein bedeutendes Bezugs- und Vernetzungsfeld für Linksextremisten aus ganz unterschiedlichen Strömungen. Hierbei sind die Bundeswehr sowie sich für Aufrüstung einsetzende Politiker Hauptangriffspunkte für Antimilitaristen.

Auch private Unternehmen, die zur Aufrüstung der Bundeswehr beitragen und militärische Güter ins Ausland exportieren, werden politisch angegriffen. In diesem Kontext ist die Firma Rheinmetall mit Hauptsitz in Düsseldorf als das größte Rüstungsunternehmen in Deutschland Hauptadressat antimilitaristischer Proteste. Dies lässt sich schon am Namen des bundesweit und Spektren übergreifend agierenden Bündnisses „Rheinmetall entwaffnen“ (RME) erkennen.

Darüber hinaus sind ökologische Themen für Linksextremisten weiterhin bedeutend. Ein prägendes Beispiel sind Waldbesetzungen, wie beispielsweise in Nordrhein-Westfalen die Besetzung des Hambacher Forstes und des Weilers Lützerath im Zuge der Proteste gegen den Braunkohletagebau. Im Zusammenhang damit sind Linksextremisten anschlussfähig an die Mitte der Gesellschaft. Zugleich wird deutlich, wie nah extremistische und nicht-extremistische Umweltaktivisten bei ihren Themen und Aktionen beieinanderliegen können. Gleichzeitig verübten Linksextremisten im Zusammenhang mit Waldbesetzungen - zum Beispiel im Zuge der Räumung des Weilers Erkelenz-Lützerath 2023 - Gewalthandlungen und szenetypische Straftaten.

Im Zuge der fortschreitenden Auseinandersetzung mit dem Klimawandel lässt sich eine thematische Akzentverschiebung innerhalb klimapolitischer Diskurse beobachten. Der Zusammenhang zwischen Klimawandel und Wasser - insbesondere in Bezug auf Wasserverbrauch, Wasserknappheit und Ressourcenkonflikte - ist stellenweise stärker in den Fokus der Klimabewegung gerückt. So wird Wasserknappheit als zentrale Folge des Klimawandels neben Umweltkatastrophen, Extremwetter wie Hitze/Starkregen, Bränden und Ernte-

ausfällen aufgegriffen. Dieses Thema greifen Linksextremisten teilweise jetzt schon auf, sodass es in Zukunft verstärkt als Kampagnenthema genutzt werden kann.

Ein weiterer maßgeblicher Prozess innerhalb des Linksextremismus zeigt sich in der Vermischung einer ökologieorientierten Aktionsrichtung mit einer antikapitalistischen Haltung. Diese Vermischung ist vor allem dann problematisch, wenn damit ein revolutionärer Ansatz in Verbindung steht. Ein Beispiel ist das Bündnis *Ende Gelände* (EG). Aus Sicht von EG ist die Hauptursache des Klimawandels im Kapitalismus begründet, der in der linksextremistischen Interpretation eine wirtschaftliche und politische Ordnung als Ganzes bedeutet. Aus diesem Grund fordert EG einen Systemwandel, um Klimagerechtigkeit überhaupt erreichen zu können. Sie positionieren sich unter ihrem Leitspruch „System Change Not Climate Change“ gegen die Nutzung von Braun- und Steinkohle und verlangen eine Abkehr vom fossilen Kapitalismus.

Die Verbindung von klimapolitischen Themen mit der Zielrichtung der Systemüberwindung zeigt sich auch bei Angriffen auf die kritische Infrastruktur durch Linksextremisten und den dazugehörigen Gruppen und Kampagnen wie das **Kommando Angry Birds** und **Switch off**. Diese bieten Linksextremisten eine Plattform, um sich in einem gemeinsamen ideologischen Kontext einzureihen. Dabei wird der „revolutionäre Bruch“ angestrebt.

Übergeordnete Zielrichtung ist es, eine globale, soziale Revolution zu erreichen, die aus Sicht der Kampagne alle gesellschaftlichen Übel beenden könnte. Die Kampagnen verstehen sich als Plattform zur Mobilisierung für ein weltweites Agieren. Dabei werden Militanz und Gewalt „in allen möglichen Formen“ ausdrücklich als erwünschte Mittel des Widerstands und Straftaten im Zusammenhang mit dieser Zielrichtung als gerechtfertigt angesehen.

Ideologien und Ideengeschichte des Linksextremismus

Linksextremismus unterliegt - ebenso wie andere Phänomenbereiche - der Gefahr, bis in die Mitte der Gesellschaft anschlussfähig zu sein. Auffallend ist dabei der hohe Anteil von Menschen mit höheren Bildungsabschlüssen, die sich dem Linksextremismus zuwenden. Der Weg dorthin beginnt oft über ein Studieren von Texten, etwa in einem Lesekreis oder in einer politischen Bezugsgruppe. Für an linker Ideologie und politischer Theorie interessierte Personen eröffnet sich dabei ein schier gigantisches Werk, in dem auf einem hohen intellektuellen Niveau und auf scheinbar rationaler Grundlage die menschliche Gesellschaft, Geschichte, Kultur usw. analysiert wird.

Viele der heute von Linksextremisten vertretenen Ideen sind keine neue Vorstellungen, sondern fußen auf einer vergleichsweise weit zurückreichenden Tradition. Der Politikwissenschaftler Hans Gerd Jaschke geht von fünf „Traditionsbestände[n]“ aus, um die sich der Linksextremismus im Wesentlichen bis heute

gruppieren: „die Utopie der klassenlosen Gesellschaft, die Bekämpfung des bürgerlichen Staates, das Dogma von der revolutionären Partei der Arbeiterklasse, das Konzept der permanenten Revolution und den Anarchismus“. Die entscheidende Grenze zum Extremismus ist letztendlich, ob die angestrebten (sozialen) Veränderungen durch Reform des bestehenden Systems oder durch eine Beseitigung dieses, sprich durch eine Revolution, erreicht werden sollen.

In der Geschichte der politischen Linken trennten sich die Revolutionäre von den Reformorientierten dementsprechend weniger aufgrund von entgegenstehenden politischen Analysen, als vielmehr aufgrund von Fragen der Strategie und Taktik.

Neben der politischen Theorie gibt es zudem eine weit zurückreichende kulturelle Tradition, die erkundet werden kann. Aus dieser lassen sich eine Vielzahl identitätsstiftender Elemen-

te, von den Farben Rot und Schwarz, Hammer und Sichel, dem A im Kreis, der schwarzen Katze der Anarchisten über die Arbeiterlieder, dem schwarzen Block bis zu linksextremistischem Hip-Hop etc. auch sinnlich erfahren. Der Reiz, einer verschworenen Kampfgemeinschaft anzugehören, scheinbar besondere Einsichten zu haben und sich damit von der Mehrheitsgesellschaft abzugrenzen, ist daher auch für diesen Extremismus prägend. Linksextremisten sehen und fühlen sich einer langen Linie



Aufruf der plattform ruhr zum Gedenken an die Märzrevolution 1920 auf Instagram

von Kämpfen für soziale Gerechtigkeit und gegen die Unterdrückung verbunden. In ihrer Eigenwahrnehmung kämpfen sie auch heute noch als „Verdammte dieser Erde“ gegen das „System der Zerstörung“ an.

In diesem Kapitel sollen daher die wichtigsten ideologischen und historischen Entwicklungen, cursorisch und ohne Anspruch auf Vollständigkeit, vorgestellt werden. Grundsätzlich ist darunter eine ganze Gruppe von heterogenen politischen Strömungen zu verstehen, die sich auf anarchistische und/oder marxistische Ideen berufen oder diesen zugeordnet werden können. Dabei ist festzuhalten, dass die freiheitliche demokratische Grundordnung heute der Maßstab der Verfassungsschutzbehörden für die Beurteilung extremistischer Bestrebungen ist, jedoch nicht zur Bewertung historischer Phänomene herangezogen werden kann. Vielmehr sind diese nur innerhalb ihres historischen Kontextes zu beschreiben. Im 19. Jahrhundert zum Beispiel, also zu den Lebzeiten vieler bis heute maßgeblicher Theoretiker, waren große Bevölkerungsteile von der politischen Willensbildung ausgeschlossen und in den meisten Staaten Europas gab es keine Gewaltenteilung im heutigen Sinne. Im Deutschen Reich ab 1871 konnte der Kaiser zum Beispiel den Reichskanzler ernennen und den Reichstag jederzeit auflösen. Und selbst im verhältnismäßig fortschrittlichen Großbritannien erhielten erst 1918 alle Männer ab 21 Jahren und, erstmals überhaupt, Frauen ab 28 Jahren das Wahlrecht.

Die Entstehung der Arbeiterbewegung

Die sozialistischen, kommunistischen und anarchistischen Ideen und die damit verbundenen politischen Ziele entwickelten sich historisch vor allem in der Folge der Französischen Revolution 1789. Für den Begriff Sozialismus gibt es keine eindeutige Definition. Charakteristisch sind aber die Betonung der Werte Gerechtigkeit, Solidarität und Gleichheit. Kommunismus leitet sich vom lateinischen

„communis“ ab, was „gemeinsam“ bedeutet. Anarchismus wiederum kommt aus dem altgriechischen und bedeutet „Herrschaftslosigkeit“.

Bereits in den Jahrhunderten vor der Industriellen Revolution hatten ältere gesellschaftliche, vor allem durch die Religion begründete Ordnungsvorstellungen in Europa an Bedeutung verloren. In der oft mit dem Begriff Aufklärung beschriebenen Epoche wurde die Vernunft gegenüber traditioneller Autorität betont. Durch eine je nach Land oder Region mehr oder weniger schnell voranschreitende Durchsetzung individueller Handlungsfreiheiten (Emanzipation) der Individuen formierten sich die europäischen Feudalsysteme zu nationalstaatlich organisierten bürgerlichen Gesellschaften. Durch den technischen Fortschritt entstanden zudem völlige neue Möglichkeiten, die die westeuropäischen Gesellschaften spätestens seit dem 19. Jahrhundert in ihrer Sozialstruktur radikal veränderten. So führten etwa die neuen Möglichkeiten der Massenproduktion zu einer erhöhten Verfügbarkeit von Gütern und insgesamt zu einer Verbesserung der Lebensumstände, was sich beispielsweise in einem massiven Bevölkerungswachstum widerspiegelte. Damit einher ging eine Urbanisierung der Gesellschaft, ein nie gekanntes Wachstum der Stadtbevölkerung. Es entstand eine ganz neue Gesellschaftsschicht, die Fabrik- beziehungsweise Industriearbeiter, das Proletariat.

Diese Bevölkerungsgruppe lebte überwiegend in beengten Stadtvierteln unter schlechten hygienischen Bedingungen, verfügte weder über Kapital noch Boden, sondern konnte ausschließlich die eigene Arbeitskraft am Markt beziehungsweise an die Unternehmer, die Kapitalisten, verkaufen. Dies führte zu neuen politischen Bewegungen, die eine Verbesserung der Lage der unteren Gesellschaftsschichten zu ihrem Programm erhoben. In Auseinandersetzung damit entwickelten Karl Marx und Friedrich Engels ihre Kritik der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsform. Ihre Vorstellungen setzten sich in dem 1836 in Paris gegründeten Bund der Gerechten durch,

was im November 1847 zur Umbenennung der nunmehr revolutionär-sozialistischen Organisation in Bund der Kommunisten führte. Im Januar 1848 erschien das Manifest der Kommunistischen Partei, indem Marx und Engels ihre Weltanschauung knapp zusammenfassten. Dieses Werk endet mit dem berühmten Aufruf:

„Die Proletarier haben nichts zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen. Proletarier aller Länder vereinigt euch!“

Marxismus

Auch wenn die in der DDR verlegten Marx-Engels Werke (MEW) 40 Bände und die inzwischen durch die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaft übernommene, noch nicht fertiggestellte, historisch-kritische Marx-Engels Gesamtausgabe (MEGA) bereits über 100 Bände verzeichnet, beinhalten diese keine in sich geschlossene Theorie. Marx' und Engels Leistung ist zweifellos die materialistische Interpretation des deutschen Idealismus. Sie übernahmen die dialektische Methode von Georg Wilhelm Friedrich Hegel und erklärten damit, im Gegensatz zu letzterem, die Welt auf einer materialistischen Grundlage und begründeten so den dialektischen Materialismus.

Der Mensch ist demnach vor allem anderen durch seine Stellung im Produktionsverhältnis determiniert. Andere Differenzen zwischen den Individuen, etwa ethische, kulturelle oder religiöse werden ignoriert beziehungsweise als letztendlich irrelevant für die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft bewertet. Aus dieser Denkweise leiteten Marx und Engels den Klassenkampf, also eine ununterbrochene Auseinandersetzung zwischen einer herrschenden und einer beherrschten Klasse, als zentrales Element der Geschichte ab. Dieser historische Materialismus drücke sich im aktuellen Stadium der menschlichen Entwicklung im Gegensatz von Proletariat (Arbeiterklasse) und Bourgeoisie (Kapitalisten) aus. Während erstere nur die eigene Arbeitskraft auf den

Markt bringe, verfüge letztere über die Produktionsmittel, das heißt Kapital, Maschinen, Rohstoffe, usw..

Kernprinzip des Kapitalismus nach Marx und Engels ist die Erhöhung des Mehrwertes, also des Profits aus einer Ware. Dieser sei wesentlich durch die in der Ware enthaltene Arbeitskraft bedingt. Die Arbeiter schafften folglich diesen Mehrwert, den sich jedoch die Kapitalisten aneignen würden. Neben dieser Ausbeutung der Arbeitsklasse folgten durch die auf Steigerung der Profite ausgerichtete Logik des Systems zwangsläufig Absatzkrisen aufgrund von Produktionsüberschüssen. In der Folge würden Löhne gedrückt und es erfolge eine Konzentration und Zentralisation des Kapitals sowie eine Vergesellschaftung der Arbeit. Nächste Folge dieser gesetzmäßig auftretenden Krise des Kapitalismus sei eine Vereinigung und Organisierung der Unterdrückten und schließlich die Revolution, der gewaltsame Sturz der Bourgeoisie. Anschließend werde eine Diktatur des Proletariats entstehen, welche den Übergang zu einer klassenlosen Gesellschaft darstelle. Spätestens hier werden Marx und Engels vage in ihren Ausführungen. Der Staat müsse zunächst als Instrument zur Entwicklung des Sozialismus erhalten bleiben, um dann im Wandel zum Kommunismus abzusterben. Zu diesem gibt es dann nur Schlagworte über eine genossenschaftlich begründete Gesellschaft oder eine Assoziation freier Produzenten, in der jeder nach seinen Bedürfnissen und seinen Fähigkeiten tätig sein könne. Weiter heißt es, nach Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und der durch den Kapitalismus erzeugten Arbeitsteilung, könnten die Menschen ihre Entfremdung von sich selbst und untereinander überwinden, um sich dann ihrem wahren Wesen wieder zu nähern.

Was dieses ausmacht bleibt allerdings unbeantwortet, weshalb Rezipienten der Schriften von Marx und Engels durchaus zu weit voneinander entfernten Schlussfolgerungen kommen. Aus dem Bezug auf Marx' und Engels' Theorien kann daher auch heute nicht per se auf eine extremistische Ideologie geschlossen

werden. Teile ihrer Positionen beinhalten aber offenkundig eine enorme Anschlussfähigkeit für extremistische Positionen. Zu nennen ist hier, neben der bereits bei Marx erkennbaren Tendenz zu einer säkularen Heilslehre mit Absolutheitsanspruch, die angestrebte Errichtung eines autoritären Staates. Dieser soll, bevor er selbst zugunsten des Kommunismus abstirbt, die Überwindung des kapitalistisch-bürgerlichen Staates durchführen. In der Konsequenz kann daraus nur eine Unterdrückung der Opposition folgen.

Marxismus-Leninismus

Von entscheidender Bedeutung für den heutigen Linksextremismus ist die an Marx und Engels anschließende Staats- und Parteitheorie des Wladimir Iljitsch Uljanow, genannt Lenin. Diese Theorie führte zur Bekämpfung der parlamentarischen Demokratie und war beziehungsweise ist die Legitimationsgrundlage aller sich als kommunistisch verstehenden Staaten der Welt und prägt bis heute die von den Verfassungsschutzbehörden als dogmatische Linksextremisten subsumierten Strömungen.



Statuen von Marx und Lenin vor der MLPD-Geschäftsstelle in Gelsenkirchen (dpa)

Lenin war der führende Kopf der 1903 innerhalb der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands entstandenen Fraktion der Bolschewiki (russisch „die Mehrheitler“). Aus diesen entwickelte sich infolge der Revolution 1917 die Kommunistische Partei Russlands, KPR (B) beziehungsweise später die Kommunistische Partei der Sowjetunion (KPdSU). Bereits 1902 kam Lenin in seiner Schrift „Was tun?“ zu der

Überzeugung, dass ein revolutionäres Klassenbewusstsein nicht in der Arbeiterklasse selbst entstehen müsse, sondern von den „besseren fortschrittlicheren Elementen der Arbeiterklasse oder auch von den Intellektuellen, die sich der revolutionären Bewegung anschließen, kommen“ könne. Lenin übernahm von Marx die Idee der Diktatur des Proletariats. Er verstand darunter aber eine starke Zentralmacht, die nach der Revolution nötig sei, um die Bourgeoisie zu entmachten und die Grundlagen des Sozialismus zu schaffen. Dies könne nur die kommunistische Partei sein, welche ideologisch geschlossen und führungsfähig sein müsse. Innerhalb dieser „Partei neuen Typus“ beschlossene Dinge müssten deswegen einheitlich nach außen vertreten werden und die innerparteilichen Minderheiten haben sich strikt der Mehrheit unterzuordnen. Dies bezeichnet Lenin als demokratischen Zentralismus, ein bis heute für marxistisch-leninistische Organisationen maßgebliches System. Bei der **Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands (MLPD)** heißt es zum Beispiel in ihrem Statut:

„[...] die gesamte Partei muss sich der einheitlichen Disziplin fügen: Unterordnung des Einzelnen unter die Partei; Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit; Unterordnung der unteren Ebenen unter die höheren; Unterordnung der gesamten Partei unter das Zentralkomitee.“

Die übergeordneten Parteigliederungen beziehungsweise die entsprechenden Personen in den Ämtern leiten also die die unteren Gliederungen an, was auch bedeutet, dass diese berechtigt sind, in die Personalentscheidungen einzugreifen. In einer in der DDR verlegten Erläuterung ist nachzulesen, dass dies dafür Sorge, dass nur solche Kandidaten für Parteiämter zugelassen werden, die entsprechend ideologisch geschult seien. Eine strukturelle Bevorzugung von ideologisch geschulten Mitglieder ist von Lenin also beabsichtigt.

Lenin, der bereits 1924 mit 53 Jahren nach schwerer Krankheit verstarb, führt in „Staat

und Revolution“ seine Staatstheorie weiter aus. In der kapitalistischen Gesellschaft ist der Staat nach Lenin nur das Werkzeug der Herrschenden zur Unterdrückung der Arbeiterklasse und muss daher als erstes durch die Kommunisten zerschlagen werden. Die bürgerliche Demokratie ist in dieser Sichtweise nur ein Deckmantel für die Diktatur des Kapitals und eine echte Demokratie sei erst im Sozialismus möglich. Die „besondere Repressionsgewalt“ [sic!], die der bürgerliche Staat für die kleine Gruppe der Kapitalisten gegen die Arbeiterklasse einsetze, müsse durch die Diktatur des Proletariats umgekehrt werden. In der Übergangsphase zum Kommunismus müssten daher neben der Enteignung der Kapitalisten auch die Bourgeoisie und die Konterrevolutionäre unterdrückt werden. Lenins Definition, dass der bürgerliche Staat nur ein Werkzeug der herrschenden Klasse und daher fundamental zu bekämpfen sei, ist ein zentrales Element aller heutigen Strömungen des Linksextremismus.

Unter dem Schlagwort Antirepression ist Gewalt gegen die Polizei die unmittelbarste Folge dieses Denkens. Im Rahmen der Proteste gegen den Braunkohletagebau im Rheinland forderten dementsprechend „Anarchist:innen aus Lützerath“ 2021:

„Lasst uns also den Staat und seine Institutionen als das betrachten was sie sind: rassistisch, patriarchal, unterdrückend, zerstörerisch und vor allem: niemals Kooperationspartner:innen. Wir müssen aufhören, mit den Herrschenden zu interagieren, denn sie werden weder uns noch den Planeten retten. Wir müssen die Dinge neu denken, raus aus der Passivität kommen. Wir müssen die Herrschenden attackieren! [...] Die Mittel, die wir dafür nutzen müssen, gehen über Sabotage und Steine werfen hinaus [...]“

1916 hat Lenin in „Der Imperialismus“ als höchstes Stadium des Kapitalismus zudem eine strategische Analyse der Welt vorgelegt. Für ihn ist der Imperialismus das durch Monopole, Finanzkapital und Kolonialpolitik charak-

terisierte letzte Stadium des Kapitalismus. Daraus folgert er, dass der Sozialismus nicht notwendigerweise in den fortgeschrittenen Industrieländern beginnen müsse, sondern auch in industriell eher rückständigen Ländern beginnen könne. Eine revolutionäre Situation entstehe schlicht, wenn die herrschenden Klassen ihre Herrschaft nicht mehr aufrechterhalten könnten und die unteren Klassen nicht mehr bereit seien, sich beherrschen zu lassen. Solche zugespitzten Konstellationen müssten die Revolutionäre erkennen und entschlossen ausnutzen. Nicht von ungefähr passt diese, nach dem Sturz der zaristischen Regierung veröffentlichte Analyse, zur Situation in Russland 1917. Marxistisch-Leninistische Gruppen, wie aktuell der **Kommunistische Aufbau**, haben Lenins Thesen zur Doktrin erhoben:

„Lenin hat zu Beginn des 20. Jahrhunderts die wesentlichen Gesetzmäßigkeiten des „Imperialismus als höchsten Stadiums des Kapitalismus“ herausgearbeitet.“[sic!]

Neben der Theorie Lenins sind auch die praktischen Erfahrungen der Bolschewiki aus Februar- und Oktoberrevolution, russischem Bürgerkrieg, sowie die inneren Machtkämpfe bis zur Etablierung der Sowjetunion unter der Herrschaft von Josef Stalin für heutige kommunistische Organisationen von derartiger Bedeutung, dass hier die Ereignisse zumindest kurz zusammengefasst werden müssen.

Im Ersten Weltkrieg wurde das Zarenreich durch die Mittelmächte in die Defensive gedrängt, Millionen Soldaten waren gefallen und sowohl die Armee als auch die Bevölkerung litten unter Versorgungsengpässen. Es kam zu Hungersnöten und einer rasch steigenden Inflation. Im Zuge der russischen Februarrevolution von 1917 wurde die Monarchie gestürzt und es entstand eine provisorische Regierung aus verschiedenen Parteien von Konservativen über Liberale bis hin zu verschiedenen Linksradikalen. Die Bolschewiki putschten erfolgreich gegen diese Regierung in der sogenannten Oktoberrevolution, vom 24. bis 26. Oktober (julianischer Kalender)

1917 und installierten eine neue von Lenin geführte Regierung. Noch im selben Jahr schlossen sie Frieden mit den Mittelmächten und erließen über 100 Dekrete, unter anderem eine Pressezensur und die Einrichtung einer Geheimpolizei (Tscheka) zur Unterdrückung der Opposition. Die Repression traf als erstes die konservativen und liberalen Parteien sowie die russisch-orthodoxe Kirche. Zu Beginn des Jahres 1918 begannen die Bolschewiki außerdem mit dem Aufbau der Roten Armee, die ihre Gegner in dem bis Ende 1922 andauernden Bürgerkrieg, subsumiert als Weiße Armee, besiegte. Dieser äußerst komplexe Konflikt, in dem sich zahlreiche Fraktionen engagierten und in dem auch die ehemaligen Kriegsparteien des Ersten Weltkrieges sowie nationale Befreiungsbewegungen beteiligt waren, forderte je nach Schätzung zwischen sieben und zwölf Millionen Menschenleben. Der Sieg der Bolschewiki im Russischen Bürgerkrieg ist eng mit der Person Lew Dawidowitsch Bronstein, genannt Trotzki verbunden. Dieser organisierte die Rote Armee und war bis zum Ende des Bürgerkrieges nach Lenin die wichtigste Führungsperson der Bolschewiki.



Werbung für einen Vortrag zum Thema Trotzismus

Iosif Wissarionowitsch Dschugaschwili, genannt Stalin, war bis dahin der Öffentlichkeit eher wenig bekannt, wurde aber 1922 zum Generalsekretär der Kommunistischen Partei Russlands gewählt. In der Folge gelang es ihm, immer mehr Macht innerhalb des Parteiapparates an sich zu ziehen. Obwohl der bereits schwer erkrankte Lenin noch versuchte, Stalins Führungsanspruch abzuwehren, bildete dieser nach Lenins Tod 1924 zusammen mit Grigori Jewsejewitsch Sinowjew und Lew Borissowitsch Kamenew ein Triumvirat an der Spitze der Partei. Trotzki, der sowohl Lenin als auch Stalin immer offen kritisiert hatte, und seine Anhänger, die sogenannte linke Opposition, wurden nun zum Feindbild und systematisch aus der Parteiführung verdrängt. 1925 verlor Trotzki seine Funktion als Volkskommissar für Armee und Marine, 1927 wurde er aus der Partei ausgeschlossen und nach Kasachstan deportiert, 1929 schließlich aus der Sowjetunion ausgewiesen. Ein Großteil seiner Anhänger wurde in den sogenannten „Säuberkampagnen“ ab Mitte der 1920er-Jahre zur Zwangsarbeit verurteilt oder hingerichtet. Trotzki gelangte über mehrere Stationen schlussendlich nach Mexiko, wo er 1940 durch einen spanischen Agenten des sowjetischen Geheimdienst NKWD ermordet wurde.

Stalinismus und Trotzismus

Bei Stalin und dem nach ihm benannten Stalinismus handelt es sich weniger um eine ideologische Fortentwicklung des Marxismus-Leninismus als um ein angewandtes politisches System. Oleg Chlewnjuk schreibt in seiner Biographie Stalins, dass dessen theoretisches Modell durch seinen rigiden ideologischen und politischen Dogmatismus eher beengt blieb. Unter der von Stalin proklamierten Doktrin vom Aufbau des Sozialismus in einem Land begann in der Sowjetunion ein radikaler Umbau der Gesellschaft in Richtung Kommunismus. Zwangskollektivierung,



Stalin-Bild in Berlin 1945 (dpa)

Aufbau einer Schwerindustrie und „Säuberung“ von Staat, Gesellschaft und Partei von Oppositionellen oder wen man dafür hielt, durch Verbannung, Zwangsarbeit in Arbeitslagern (den Gulag) oder schlicht Ermordung, sind die Stichworte zum Stalinismus. Um Marx, Engels, Lenin und Stalin selbst entwickelte sich zudem ein exzessiver Personenkult, der in der Folge charakteristisch für kommunistische Staaten wurde und bis heute zum Beispiel in Nordkorea fortlebt. Der Historiker Jörg Baberowski schreibt in seinem Werk „Der Rote Terror“, dass mit Stalins Tod am 5. März 1953 ein „dreißigjähriger Ausnahmezustand“ und Krieg gegen die eigene Bevölkerung endete:

„Die Bolschewiki vertrieben Hunderttausende Bauern aus ihren Dörfern und deportierten sie nach Sibirien. Sie führten drakonische Strafen in den Kolchosen und Fabriken des Landes ein, mit denen sie Bauern und Arbeiter zu eiserner Disziplin zwingen wollten. Mehrere Millionen Menschen starben während der Hungersnot des Jahres 1933“

Ereignisse, die kommunistische Gruppen bis heute leugnen, relativieren oder sogar erklären. So spricht etwa die **Kommunistische Partei** (vormals **Kommunistische Organisa-**

tion) vom „ruhmreichsten Kapitel der Sowjetunion“ und verteidigt heute Vladimir Putin, der „wie Stalin“ Opfer einer „antikommunistischen und die westlichen Kriege rechtfertigenden Propaganda“ sei.

Nach dem Ausschluss aus der von den Stalinisten beherrschten III. Internationalen [der kommunistischen Parteien], bildeten Trotzki und seine Anhänger 1938 eine IV. Internationale als „Weltpartei der sozialistischen Revolution“, welche sich wiederum in nationale „Sektionen“ gliederte. Der Politikwissenschaftler Rudolf van Hüllen führt aus, dass die Trotzisten im Gegensatz zu den anderen Marxisten-Leninisten in ihren Gruppen kontroverse Diskussionen und die Bildung von Tendenzen zulassen. Da sie aber gleichzeitig Lenins Dogma vom demokratischen Zentralismus folgen, also es am Ende immer nur eine Linie geben kann, führt dies zu ständigen inneren Konflikten, Abspaltungen und zur Bildung neuer Gruppen. So gibt es derzeit circa zwanzig IV. oder V. Internationale, und allein in Deutschland existiert wohl ein gutes Dutzend trotzkistischer Personenzusammenhänge bei einer gleichzeitig überschaubaren Anhängerschaft.

Maoismus

Bis heute besteht innerhalb des Linksextremismus eine Debatte darüber, ob Mao Zedong den Marxismus-Leninismus ideologisch weiterentwickelt habe. Neben dem Begriff Maoismus wird daher manchmal auch von den Mao Zedong Ideen oder dem Mao Zedong Denken gesprochen, um die Bedeutung gegenüber den anderen Vordenkern herabzusetzen. So lehnt der **Kommunistische Aufbau** den Begriff Maoismus ab, weil dessen Thesen von den Haupt- und Nebenwidersprüchen „zu undialektischen Herangehensweisen“ verführe und er die Große Proletarische Kulturrevolution in China zum Allheilmittel stilisiere. Mao habe, so die Ansicht des **Kommunistischen Aufbau**, den Marxismus-Leninismus lediglich auf die chinesischen Verhältnisse seiner Zeit angewandt und sei daher nicht als Fortentwicklung des Marxismus-Leninismus zu ver-

Abseits solcher Debatten können folgende wesentliche Elemente der maoistischen Strömung des Marxismus-Leninismus festgehalten werden: Dies sind zunächst die militärstrategischen Überlegungen Mao Zedongs aus den Erfahrungen in den Kämpfen mit der Kuomintang und den Japanern im chinesischen Bürgerkrieg beziehungsweise im Zweiten Weltkrieg. Dabei mussten sich die Kommunisten im sogenannten Langen Marsch weit ins chinesische Hinterland zurückziehen und führten dann einen Guerillakrieg. Diese hier nur angerissene Strategie wird von Maoisten als (langandauernder) Volkskrieg bezeichnet und auch heute von maoistischen Guerilla, etwa auf den Philippinen oder in Indien, angewandt. Ein weiteres auf Mao Zedong zurückgehendes Konzept ist die an konfuzianistische Vorstellungen anknüpfende Theorie der Massenlinie. Demnach müssen die idealen Parteikader die Wünsche und Bedürfnisse des Volkes, der Massen, erkennen, mit den Zielen der Partei synthetisieren und umsetzen.

verschiedenen Ländern verschiedene Wege der Revolution. Für China postulierte Mao etwa, dass die Klasse der Bauern die Revolution anführen könne. Weiter seien qualitative Sprünge einer Gesellschaft durchzuführen sobald diese möglich sind, um schneller zum Kommunismus voranzuschreiten. Die chinesischen Kommunisten unter Mao betonten außerdem, dass eine „Weiterentwicklung“ des Bewusstseins des Einzelnen nötig sei, um das „traditionelle Denken“ zu überwinden und die Gesellschaft insgesamt zum Besseren, also zum Kommunismus, verändern zu können. Wie schon im Stalinismus ist hier zu erkennen, dass es auf dem Weg zur „Befreiung des Menschen“ keine Freiheit des einzelnen Menschen geben kann.

Hungersnot. Dem Sinologen Frank Dikötter zufolge starben „mindestens 45 Millionen Menschen einen unnötigen Tod.“ Demgegenüber steht eine gewisse Modernisierung des Landes als Ergebnis der brachialen Kampagnen. Nach der Wirtschaft begannen die Kommunisten den Menschen zu formen. In der ab 1966 begonnenen euphemistisch Große Proletarische Kulturrevolution (GPKR) genannten Kampagne zur Beseitigung von „Missständen“ in Staat und Gesellschaft wurde die chinesische Gesellschaft in etwa zehn Jahren radikal umgestaltet. Auch in diesen Vorgängen, bei denen auch Machtkämpfe unter den Kommunisten eine entscheidende Rolle spielten, verloren bis zu 1,7 Millionen Menschen ihr Leben. Für die **MLPD** ist dies allerdings „eine Schlammlawine antikommunistischer Hetztiraden“. Ihrer Meinung nach wurde durch die GPKR eine Restauration des Kapitalismus verhindert. Es sei eine „Massenbewegung gegen bürokratische Erscheinungen und ihre Vertreter“ gewesen und eben „kein Deckchensticken“, wie Mao es selber gesagt habe.

Marxistische und anarchistische Ideologien sind Teile eines immer wieder gemeinsam agierenden politischen Spektrums.

Neben Karl Marx war Mikhail Aleksandrovic Bakunin eine der führenden Personen in der Internationalen Arbeiterassoziation (IAA), der 1862 gegründeten ersten Internationalen. Auch die erste Person die sich selbst als Anarchist bezeichnete, Pierre-Joseph Proudhon, war Zeitgenosse und stand im Austausch mit Marx und Bakunin. Aus Proudhons Werk „Bekenntnisse eines Revolutionärs“ (1849) leitet sich die Losung „Anarchie ist Ordnung ohne Herrschaft“ ab. Häufig wird das bekannte Symbol, das A im Kreis beziehungsweise im O, so hergeleitet.

Erstere drückt sich in den „konkreten Kämpfen“ aus, das heißt in Demonstrationen, Streiks, Besetzungs- beziehungsweise Blockade- und Sabotageakten. Zweite betrifft das Leben in solidarischen und selbstverwalteten Gemeinschaften, etwa in Kommunen, besetzten Häusern oder auch in Autonomen Zentren, welche die kommende befreite Gesellschaft bereits im Hier und Jetzt zumindest ansatzweise erfahrbar machen sollen. Ent-

17

Dabei soll die Anarchie im Gesellschaftlichen selbst erfahren und konstruiert werden. Herrschaft soll folglich durch eine horizontale soziale Organisationsform ersetzt werden. Dies ist dem Philosophen Daniel Loick zufolge der „kleinste gemeinsame Nenner“, bei dem sich die diversen anarchistischen Strömungen einig sind. Im Detail wird es dann deutlich komplizierter, wenn etwa geklärt werden soll, worin Herrschaft genau besteht, wie eine anarchistische Ordnung praktisch aussehen soll, ob Hierarchien gegenüber Tieren (Antispeziesismus) weiterbestehen dürfen oder wie mit Straftaten umgegangen werden soll. Folgerichtig stellt sich dann auch die Frage nach den anwendbaren Mitteln, sprich ob Gewalt angewendet werden darf. Teile der Bewegung von der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis in die 1930er-Jahre beantworteten dies mit einer Vielzahl von Attentaten unmissverständlich. Berühmte Fälle sind beispielsweise die Ermordungen von Elisabeth von Österreich-Ungarn 1898 oder des US-Präsidenten William McKinley 1901. Diese Praxis der spontanen, direkten und gewaltsamen Aktion ist bis hin zum Terrorismus der Roten Armee Fraktion und der Gewalt aktueller autonomer Gruppen bis heute Teil des revolutionären Selbstverständnisses eines Teils des linksextremistischen Spektrums.

Phänomenologisch kann der Anarchismus grob in die beiden Strömungen individualistischer und kollektivistischer Anarchismus weiter unterteilt werden. Scheidepunkt ist hier die Interpretation von Freiheit. Individualanarchisten streben eher nach einer Befreiung des Einzelnen von der Gesellschaft, während kollektivistische Anarchisten Gemeinschaften ohne Hierarchien aufbauen wollen. Wie im Marxismus zielt der kollektivistische oder auch kommunistische Anarchismus auf eine Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und letztendlich des Staates. Die Produktionsmittel sollen in Kollektivbesitz gehen und durch die Produzenten, also durch die Arbeiter selbst kontrolliert werden. Die Idee der übergeordneten Partei wird dagegen abgelehnt und zwangsläufige historische Gesetzmäßigkeiten gibt es im Anarchismus

nicht. Nach Pjotr Alexejewitsch Kropotkin sei die Geschichte nicht von Klassenkämpfen bestimmt, sondern vom Konflikt zwischen staatlicher Autorität und der antiautoritären Gemeinschaft der Massen, die auf freiwilligem Zusammenschluss basiere und sich gegen die Machtakkumulation des Staates zu verteidigen suche. Weitere Konzepte sind der Anarchosyndikalismus, der Plattformismus/Especifismo oder auch der Anarchafeminismus. Letzterer verbindet, wie der Name schon sagt, Anarchismus mit Feminismus. Hier werden der Kampf gegen sexistische Geschlechterbilder und die Beseitigung der patriarchalen Ordnung als elementare Ziele des Anarchismus verstanden. Der Anarchosyndikalismus fokussiert dagegen stark auf die Arbeiter, wobei darunter alle Gruppen verstanden werden, die in irgendeiner Form am Produktionsprozess beteiligt sind beziehungsweise direkt oder indirekt von Lohnarbeit abhängen. Diese sollen in lokalen gewerkschaftlichen Zusammenschlüssen (Syndikaten) organisiert werden und sich die Produktionsmittel aneignen. Die **Freie Arbeiter*innen Union (FAU)** erklärt in diesem Kontext:

„[...] als anarchosyndikalistische Gewerkschaft sind wir nicht dem Interesse einer Nation oder eines Staates verpflichtet, sondern dem gemeinsamen Interesse der ArbeiterInnen weltweit, sich von ökonomischer Ausbeutung und sozialer Unterdrückung zu befreien.“

Der sogenannte Plattformismus geht auf die Revolutionäre aufständische Armee der Ukraine zurück. Especifismo oder auf Deutsch Spezifizismus ist eine in Südamerika entstandene ähnliche Organisationstheorie. In Deutschland besteht seit 2018 die Organisation **Die Plattform - anarchakommunistische Föderation**, die sich unter anderem auf diesen Ideen bezieht. Diese versteht sich als „Ideenorganisation [...] ideologisch überzeugter Anarchist*innen“, die sich in „Massenorganisationen“ oder „sozialen Basisbewegungen engagieren“, um so „als lohnabhängige Klasse der sozialen Revolution Schritt für Schritt näher [zu] kommen.“



Plakatwerbung für eine zivilisationskritische Veranstaltung

Zuletzt sei noch der (Anarcho-)Primitivismus genannt, eine Strömung, die eine Rückkehr zu vorindustriellen Produktionsweisen oder sogar zu einer Jäger- und Sammlerkultur anstrebt.

Wesentliche Entwicklungen des deutschen Linksextremismus im 20. Jahrhundert

Die KPD in Weimarer Republik und im Nationalsozialismus

Im Deutschen Reich kam es infolge der Niederlage im Ersten Weltkrieg zur Novemberrevolution 1918 und Absetzung des Kaisers, an deren Ende jedoch die parlamentarische Demokratie durchgesetzt wurde.

Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gründeten noch im selben Jahr die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD), wurden aber am 15. Januar 1919 durch rechtsgerichtete Freikorps in Berlin ermordet. Luxemburg und Liebknecht sind bis heute, nach Marx und Engels, die wohl bekanntesten deutschen Ikonen revolutionärer und kommunistischer Kreise weltweit. In der DDR wurde ihr Todestag jährlich mit einer staatlich organisierten Massendemonstration begangen und auch in der Gegenwart kommen jedes Jahr Tausende zur LL-Demonstration nach Berlin. Von kommunistischen Kaderorganisationen werden sie zu Märtyrern verklärt, deren Vorbild man folgen müsse. So sagte eine Rednerin des **Kommunistischen Aufbaus** 2024:

„Lasst uns die Fahnen der gefallenen Genoss:innen aufheben! Das bedeutet für uns: Lasst uns selber hinterfragen, unser Leben hinterfragen und Schritte voran gehen, voran in der Kader:innenentwicklung, voran im Aufbau der Kommunistischen Partei. Denn Karl und Rosa wussten schon ohne Partei keine Revolution!“

Spätestens nachdem die Hoffnungen auf eine Revolution geplatzt waren, entwickelte sich die KPD unter ihrem Vorsitzenden Ernst Thälmann ab Mitte der 1920er-Jahre zu einer autoritär geführten Partei. Über die Kommunistische Internationale wurde die KPD, so wie die meisten anderen nationalen KP, ideologisch auf die Linie der von Stalin geführten Sowjetunion gebracht. Sie verfügte in der Weimarer Republik über eine stabile Anhängerbasis vor allem unter den Arbeitern in den industriellen Zentren und wurde bei den Reichstagswahlen 1932 mit 16,9 Prozent der Stimmen sogar drittstärkste Partei. Nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten waren die Kommunisten jedoch die ersten Opfer.

Geschätzt wurden bis zum Ende der NS-Diktatur circa 150.000 Mitglieder inhaftiert, bis zu 30.000 Mitglieder ermordet, darunter auch Ernst Thälmann. Ein Teil der Führungspersonen ging ins Exil, insbesondere in die Sowjetunion.

Die Deutsche Demokratische Republik

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs übernahmen die von der Sowjetunion gesteuerten Kader der KPD um Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht die Führung in der sowjetischen Besatzungszone, in der dann 1949 mit der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) eine Diktatur nach sowjetischem Muster gegründet wurde. Die Kommunistische Partei wurde mit der Sozialdemokratischen Partei auf Druck der Sowjetunion zur Sozialistischen Einheitspartei (SED) zwangsvereinigt. Sozialdemokraten, die Widerstände leisteten, wurden in Lagern inhaftiert. Auch wenn die DDR als mehr oder weniger Satellitenstaat der Sowjetunion keine eigene ideologische Strömung hervorgebracht hat, ist diese doch für einige marxistisch-leninistisch ausgerichtete Gruppen und Zirkel wichtiger Teil ihrer Identität. So ist bei der **Deutschen Kommunistischen Partei (DKP)** weiterhin nachzulesen:

„Wir Kommunistinnen und Kommunisten halten die Erinnerung an die DDR wach, an das bessere Deutschland, an die Möglichkeit einer gesellschaftlichen Alternative.“

Ernst Thälmann, der in den 1920er-Jahren zeitweise auch dem paramilitärischen „Roten Frontkämpferbund“ vorstand, wurde in der DDR zur ideologisch verklärten Leitfigur stilisiert. Unter anderem besang man ihn als „Stimme und Faust der Nation“, errichtete zahlreiche Denkmäler, organisierte die neun- bis 14-jährigen Kinder in den Thälmann-Pionieren und veröffentlichte Propagandafilme und -literatur über Thälmanns Leben und Wirken. Gerade in jüngster Zeit wird dieser, nach der Wiedervereinigung 1990 weitgehend verschwundene, Kult um Thälmann von Teilen des Linksextremismus wieder verstärkt aufgegriffen.

RAF, K-Gruppen und Autonome: Die links-extremistische Szene der Bundesrepublik bis 1990

Der nach dem Zweiten Weltkrieg in der Bundesrepublik Deutschland wieder gegründeten KPD gelang es niemals, an die Wahlergebnisse in der Weimarer Republik anzuknüpfen. Bei den ersten Bundestagswahlen 1949 konnte sie 5,7 Prozent erreichen, 1953 waren es nur noch 2,2 Prozent. Der Wiedereinzug ins Parlament wurde also verfehlt. Die Partei geriet stark unter den Einfluss der SED, 1950/51 wurden sogar missliebige Führungspersonen in die DDR gelockt und dort zu längeren Gefängnisstrafen verurteilt. 1956 wurde die Partei als zweite in der Bundesrepublik Deutschland verboten. Wesentlicher für die Entwicklung des westdeutschen Linksextremismus war wohl die Studentenbewegung beziehungsweise die Außerparlamentarische Opposition (APO) ab Mitte der 1960er-Jahre.



Instagram-Post von ROSA Düsseldorf zum Tag der deutschen Einheit 2023

Diese setzte sich aus einer ganzen Reihe von Strömungen von linken Christen über Reformorientierte bis zu Linksextremisten zusammen. Bemerkenswert ist, dass die allermeisten Führungsfiguren und auch Mitglieder der Organisationen aus dem akademisch-intellektuellen Milieu kamen. Dies bedeutet erstens, dass kaum Kontinuität zur kommunistischen Bewegung vor dem Zweiten Weltkrieg bestand und zweitens Menschen aus dem Proletariat in diesen Gruppen marginal waren.

Wesentliche Antriebe des Gesamtphänomens waren auf nationaler Ebene beispielsweise Forderungen nach Reformen an den althergebrachten Ordinarienuniversitäten, die Schwäche der parlamentarischen Opposition gegenüber der Großen Koalition seit 1966, die sogenannten Notstandsgesetze sowie die unbewältigte NS-Vergangenheit. International führten insbesondere die Opposition gegen den Vietnamkrieg, die Bürgerrechtsbewegung in den USA sowie die Unterstützung von antikolonialistischen Befreiungsbewegungen in Afrika, Asien und Südamerika zu einer transnationalen Verbundenheit ähnlicher Bewegungen in verschiedenen Ländern. Damit gemeint sind vor allem die Länder Westeuropas, die USA und Japan. Aber auch im sowjetischen Machtbereich kam es zu entsprechenden Phänomenen, vor allem in Polen und der damaligen Tschechoslowakei, die jedoch brutal durch die Sowjetunion unterdrückt wurden.



Vietnam-Kongress 1968 (dpa)

Maßgeblich in Deutschland waren die Protestbewegungen gegen Atomwaffen und Aufrüstung, die ab 1964 bei den Ostermärschen über 100.000 Menschen auf die Straßen brachten.

Kern der APO wurde der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS), der zunächst für eine Demokratisierung der Hochschulen eintrat, dann aber begann, ausschweifende Theoriedebatten zu einer Vielzahl politischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Themen der Zeit zu führen. Dabei knüpften die Protagonisten an den Marxismus, die Psychoanalyse, die Kritische Theorie der Frankfurter Schule der Sozialwissenschaften und andere soziologische und philosophische Ideen an. In der Praxis wandte man neben Demonstrationen eine Vielzahl von teilweise auch illegalen Protestformen wie Blockaden, Streiks, Boykott, Besetzungen und anderen direkten Aktionen an, die bis heute unter der euphemistischen Begrifflichkeit „ziviler Ungehorsam“ charakteristisch für die linksextremistische Szene sind. Nachdem am 11. April 1968, Gründonnerstag, die Führungsfigur Rudi Dutschke von einem Attentäter schwer verletzt wurde, begannen die bis dato schwersten Straßenunruhen der Bundesrepublik. Über die Osterfeiertage 1968 demonstrierten Hunderttausende und immer wieder kam es zu Versuchen, Redaktionen und Druckereien der für das Attentat verantwortlich gemachten Springer-Presse zu stürmen. In München starben dabei sogar zwei Menschen. Nach den Auseinandersetzungen um die 1968 verabschiedeten Notstandsgesetze begannen die APO und der SDS zu zerfallen. Viele Aktivisten verwarfen die revolutionäre Zielsetzung, kehrten der Bewegung den Rücken, manche setzten fortan darauf, die Gesellschaft durch Veränderung ihrer Institutionen zu reformieren, wieder andere wandten sich alternativen Lebenswelten zu. Der radikalste Teil der Antiautoritären begann, nach Muster der italienischen Operaisten, später auch Spontis genannt, militante, dezentral agierende Strukturen zu bilden, aus denen sich langfristig die Autonomen entwickelten. Ideologisch waren diese Gruppen weniger festgelegt, es kamen Ideen aus Rätekommunismus, libertärem Anarchismus zusammen mit dem strategischen Ziel, neben Industriearbeitern neue Zielgruppen wie Arbeitsmigranten, unqualifizierte Arbeiter, Frauen oder auch gesellschaftliche Randgruppen für sich zu gewinnen.



Solidaritätserklärung des Kommunistischen Aufbau für Daniela K. (dpa)

Gleichzeitig begann man eine Gegenkultur, also der „Kapitalverwertung“ entzogene eigene autonome Lebenswelten, aufzubauen. Seit Ende der 1970er-Jahre wurde diese Szene zunehmend zur dominanten Strömung des linksradikalen bis linksextremistischen Spektrums.

Ein kleiner Teil der APO ging in den Terrorismus, bildete Gruppen wie die Tupamaros Westberlin, die Bewegung 2. Juni, Revolutionäre Zellen und am prominentesten die Rote-Armee-Fraktion (RAF). Den Vorstellungen der RAF zufolge sollte durch den bewaffneten Kampf den „Massen“ gezeigt werden, dass die „Stadtguerilla“ ihre Interessen durchsetze. Aus den kleinen Kommandoeinheiten sollte so eine revolutionäre Volksarmee werden. Alle Gruppen begingen zahlreiche Schusswaffen-, Brand- und Sprengstoffanschläge. Insgesamt ist die von 1971 bis 1998 bestehende RAF, dem Generalbundesanwalt zufolge, „für 34 Morde, mehrere Entführungen und zahlreiche Banküberfälle und Sprengstoffattentate mit einer Vielzahl von Verletzten verantwortlich.“ Bis heute sind mutmaßliche Mitglieder auf der Flucht und können weiterhin auf eine breite Sympathie und Unterstützung durch die links-

extremistische Szene setzen, wie aktuell an den zahlreichen Solidaritätsaktionen für die 2024 verhaftete Daniela K. festzustellen ist.

Eine weitere Folgeerscheinung des Zerfalls von SDS und APO war die (Wieder-)Gründung der **DKP** 1968 durch ehemalige Funktionäre der KPD und die Entstehung der maoistisch geprägten K-Gruppen sowie ein gewisses Erstarken des trotzkistischen Spektrums. Die letzten beiden Strömungen hatten hier den Vorteil, sich durch den Bezug auf Trotzki, Stalin, Mao Zedong von der „bürokratisierten“ beziehungsweise der nach Stalins Tod als „reformistisch“ bis „konterrevolutionär“ deklarierten Sowjetunion und der DDR abgrenzen zu können. Hier kehrte man also zum Marxismus-Leninismus zurück und begann wieder Kaderorganisationen für die kommende proletarische Revolution aufzubauen.

Die maoistischen Gruppen wie Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten (KPD/ML), die Kommunistische Partei Deutschlands/Aufbauorganisation (KPD/AO), später nur noch KPD, der Kommunistische Bund Westdeutschland (KBW) und weitere,

bildeten eine ganz eigene politische Subkultur aus, die von zahlreichen Abgrenzungen, Abspaltungen, Ausschlüssen im Kampf um die richtige Masselinie und seltener von Zusammenschlüssen geprägt war. Gemeinsam war ihnen die Ablehnung des Grundgesetzes als „Ausdruck kapitalistischer Herrschaft“. Demgegenüber gab es einen ideologischen Dogmatismus, der sich im Extremfall bis zur Bewunderung für die massenmörderischen Roten Khmer in Kambodscha steigerte. Die K-Gruppen hatten ihren Höhepunkt bis in die zweite Hälfte der 1970er-Jahre und begannen dann bis spätestens Ende der 1980er-Jahre zunächst rapide zu schrumpfen, um dann langsam abzusterben. Überlebt hat in offener Linie bis heute, abgesehen von winzigen Zirkeln, nur die **MLPD**, die 1982 aus dem Kommunistischen Arbeiterbund Deutschlands (KABD) hervorging.

Linksextremismus nach 1990

Nicht erst seit der Wiedervereinigung sind die aktionsorientierten Autonomen der prägende Teil der linksextremistischen Szene. Diese zeichnen sich durch eine theorieferne Ausrichtung aus und bedienen sich je nach Bedarf aus den oben beschriebenen Ideologien. Zudem wird Gewalt als legitimes Mittel im politischen Kampf gesehen. Die Autonomen Zentren, von denen es auch in Nordrhein-Westfalen eine ganze Reihe gibt, sind wesentliche Schnittstellen der linksextremistischen Szene. Der Politologe Karsten Dustin Hoffmann schreibt,

„Die Autonomen lehnen jede Form von Herrschaft ab. Diktatorische Regime, parlamentarische Systeme – selbst die direkte Demokratie ist aus ihrer Sicht abzulehnen, da hier stets eine Mehrheit über eine Minderheit herrscht. In der Utopie der Autonomen gibt es keine festen Strukturen. Konflikte werden individuell bewältigt, indem alle Betroffenen zu einem Plenum zusammenkommen und dort diskursiv zu einer Lösung gelangen.“

Natürlich blieb auch diese Szene nicht ohne Konflikte. Neben der durch die radikale Ausrichtung unvermeidbaren Konfrontation mit dem Staat gibt es auch permanent interne Streitigkeiten. Zu nennen wäre die sich Anfang der 1990er-Jahre entwickelnde Spaltung in israelsolidarische Antideutsche und israelkritische bis das Existenzrecht Israels ablehnende Antiimperialisten.

Infolge von Debatten über Militanz und Organisation entstanden außerdem seit Mitte der 2000er-Jahre die sogenannten Postautonomen, die sich in überregionalen Bündnissen wie der **Interventionistischen Linken (IL)** oder **...ums Ganze! - kommunistisches Bündnis (uG)** sammeln. Hier wird die Ablehnung von Organisationen durch die Autonomen wieder infrage gestellt. Außerdem fehlt es nach Ansicht Postautonomer der Autonomen Szene an politischer Perspektive sowie einem taktischen Verhältnis zur Gewalt. Postautonome befürworten zwar Gewalt, distanzieren sich aber gegebenenfalls auch taktisch von ihr, um anschlussfähiger für Bündnispartner aus dem demokratischen Spektrum zu sein. Gewalt soll strategisch angewendet werden und nicht zum Szene-Habitus verkommen. Seit den 2000er-Jahren waren Postautonome führend an Protesten mit massiven Ausschreitungen und Straftaten wie etwa bei den Protesten gegen die Europäische Zentralbank in Frankfurt am Main 2015 oder dem G20-Gipfel 2017 beteiligt. Einfluss haben sie auch auf antimilitaristische Bündnisse oder auf die Klimagerechtigkeitsbewegung, in Nordrhein-Westfalen besonders auf die Proteste gegen den Braunkohletagebau im Rheinischen Revier oder das Bündnis Rheinmetall Entwaffnen.

Auch die Postautonomen befinden sich heute in einer Krise. Über interne Konflikte um sexuelle Übergriffe haben sich lokale Gruppen aufgelöst oder die Bündnisse verlassen. Außerdem scheinen die vermeintlich klaren Erklärungsmuster und Strategien des dogmatischen Linksextremismus wieder an Attraktivität zu gewinnen.

Linksextremistische Strukturen zwischen Wandel und Stagnation

(Post)Autonome in der Krise

Die Gesellschaft befindet sich in einem steten Wandel. Die Fragen nach Gerechtigkeit und Freiheit werden über Generationen hinweg stets neu diskutiert und austariert. Dabei lassen sich die wenigsten Konflikte innerhalb der Grenzen von Nationalstaaten betrachten. Äußere Einflüsse bedingen immer wieder Veränderungen im Inland. Die Entwicklung der Autonomen Szene in der Bundesrepublik Deutschland liefert hierfür ein anschauliches Beispiel. Nach dem Zweiten Weltkrieg und den anschließenden wirtschaftlich prosperierenden Jahren wurden insbesondere an den Hochschulen zunehmende Generationskonflikte sichtbar. Ende der 1960er-Jahre bildete sich eine Studentenbewegung heraus, die zunehmend um Einfluss rang. Die organisierten Proteste zeigten eine Mobilisierung der Zivilgesellschaft in bis dato für die junge Bundesrepublik nicht gekanntem Ausmaß. Aus dieser großen Bewegung entstanden vielfältige linksgerichtete Gruppen, wie zum Beispiel die Spontibewegung. Diese deutete die Massenproteste und die ihnen immanente Spontaneität als revolutionäres Element der Geschichte. Damit wurde eine klare Abgrenzung zum Kurs von marxistisch-leninistischen orientierten Gruppen deutlich, die weiterhin am Konzept einer Partei, die die Massen als Avantgarde in die Revolution führen sollte, festhielten.

Weitere außerparlamentarisch linksorientierte Gruppen bildeten nach und nach eine linksextremistische Szene heraus, die in Unterscheidung zu den marxistisch-leninistischen

Gruppen spätestens ab den 1980er-Jahren als Autonome Szene bezeichnet wurde. Zunächst bezog sich die Bewegung auf die Arbeiterbewegung und wollte durch „wilde Streiks“ die gewerkschaftlich nicht organisierten Arbeiter zunehmend radikalisieren. Das oben beschriebene revolutionär wahrgenommene Momentum der Spontaneität der Massen sollte genutzt werden, um den revolutionären Prozess zu beschleunigen. Auch Hausbesetzungen wurden ab den 1970er-Jahren zu einem Mittel der Wahl, um günstigen Wohnraum zu erkämpfen.

Autonome Gruppen nahmen beispielsweise auch an Demonstrationen der Friedensbewegung und der Anti-Atomkraft-Bewegung teil. Später kamen weitere Themenfelder hinzu. Das politische Selbstverständnis der Autonomen wird in den folgenden Auszügen aus einem Thesenpapier von 1981 deutlich:

„1. wir kämpfen für uns und führen keine stellvertreterkriege, alles läuft über eigene teilnahme, politik der ersten person, wir kämpfen nicht für ideologien, nicht fürs proletariat, nicht fürs volk, sondern für ein selbstbestimmtes leben in allen bereichen. ... 5. wir haben alle einen diffusen anarchismus im kopf, sind aber keine traditionellen anarchist:innen. Die begriffe marxismus, sozialismus und kommunismus beinhalten für uns nach allen ihren theorien und praktiken den staat und können somit von uns auch als zwischenstufe nicht akzeptiert werden.“

Den Autonomen wohnt somit eine latente Theorieferne beziehungsweise -feindlichkeit inne. Autonome Gruppen lassen allenfalls Ideologiefragmente aus unterschiedlichen

linken Strömungen erkennen und wollen sich somit auch eine Flexibilität für eigene Begründungszusammenhänge bewahren. Zu den Mitteln und der Strategie für die Erreichung der eigenen Ziele wird bei den Autonomen meist vergebens gesucht. Vielmehr erschöpft sich die Haltung der Autonomen in der Verweigerung, die im politischen Engagement per se eine verwerfliche Handlungsweise sieht. Stattdessen werden die Eroberung und Verteidigung von Freiräumen angestrebt, die beispielsweise in Form von besetzten Häusern gesehen werden. Eine wichtige Prägung aller autonomen Gruppen ist das antiautoritäre Verständnis. Autonome sind hierarchiefeindlich eingestellt und kämpfen mit ihren Aktionen oft um Freiräume gegenüber dem Staat. Neben dem Staat, der als Repressionsorgan wahrgenommen wird, ist der politische Gegner der Autonomen im Rechtsextremismus zu verorten. Dabei wird Gewalt gegen diese beiden Akteure als Gegengewalt interpretiert und somit legitimiert.

Die Gewalt- und Militanzfrage spaltet seit jeher die Akteure in der Autonomen Szene. Gewalt gegen Personen gilt gemeinhin als der Zivilgesellschaft nicht vermittelbar und wird von der Mehrheit der Akteure nicht befürwortet oder zumindest nicht offen propagiert. Staatliche Repräsentanten, wie beispielsweise Polizistinnen und Polizisten, aber auch politische Gegner aus dem rechtsextremistischen Spektrum werden jedoch propagandistisch entmenslicht, um gegen sie gerichtete Gewalt zu rechtfertigen. Bei den Gewalttaten lassen sich unterschiedliche Formen ausmachen. Zunächst sind Gewaltdelikte im Rahmen von Demonstrationen und Versammlungen zu nennen. Dabei kann sich die Gewalt gegen Sachen, Einrichtungen und Gebäude richten, als auch gegen Personen wie Polizistinnen und Polizisten und Rechtsextremisten. Darüber hinaus lassen sich klandestine Aktionen ausmachen, wobei geplant und gezielt Brand- und Sprengstoffanschläge gegen Autohäuser, Dienstfahrzeuge oder Einrichtungen der kritischen Infrastruktur durchgeführt werden. Ein Ziel der Täter ist dabei, die Vermittelbarkeit der Taten für die Gesamtgesellschaft zu

erreichen. Jede Tat wird möglichst in einen Begründungszusammenhang gestellt. Hierdurch sollen gesellschaftliche Diskurse nach den Vorstellungen der Autonomen gesteuert beziehungsweise beeinflusst werden. Eine der wenigen Theorien, der Autonome und insbesondere die im Folgenden beschriebenen Postautonomen anhängen, ist die Theorie der Hegemonie nach Antonio Gramsci. Er war ein führender Akteur der Kommunisten in Italien zwischen den Weltkriegen. In Haft verfasste er die sogenannten „Gefängnishefte“, in denen er unter anderem die angesprochene Theorie entwarf. Nach Gramsci besteht eine Gesamtgesellschaft aus dem Kern einer politischen Gesellschaft oder auch der staatlichen Gesellschaft, die von der Zivilgesellschaft umschlossen ist. Je fester die Zivilgesellschaft zu dem Staat und seinen Überzeugungen und Strukturen stehe, desto schwieriger sei es, diese Gesamtgesellschaft umzuwälzen beziehungsweise einen Systemwandel zu erzeugen. Eine Revolution gelinge nach Gramsci nur in einem längeren strategischen Prozess und selten in einem spontanen Umsturz.

Anfang der 2000er-Jahre wurde die Antiglobalisierung durch nicht-extremistische Akteure immer stärker in die Gesellschaft getragen. Globalisierung als Ausdruck eines hemmungsloser werdenden Kapitalismus, der fortan über Ländergrenzen hinweg agiert und dabei die dem Kapitalismus immanenten Verwerfungen auch in den sogenannten „Globalen Süden“ trägt, wurde in dieser Interpretation auch für die Autonome Szene interessant. Eine Antiglobalisierungshaltung ist letztlich eine antikapitalistische und eine antikolonialistische Haltung. Das Themenfeld ist somit für die Autonome Szene mobilisierungsfähig und birgt die Chance eines Anschlusses an die Zivilgesellschaft. In der Theorie nach Antonio Gramsci kann die Globalisierung zu einem Bruch in der Zivilgesellschaft führen. Die öffentliche Meinung nehme zunehmend die Wirtschaftskrisen sowie das Auseinanderdriften zwischen den armen und reichen Gesellschaftsschichten wahr. Vom Kapitalismus in seiner globalen Ausprägung profitierten nicht alle Menschen.

Als personifizierte Sinnbilder dieses Kapitalismus wurden die Repräsentanten der Europäischen Zentralbank sowie der G8- und G20-Staaten angesehen. Anlassbezogene Bündnisse, die bis in den demokratischen Bereich reichten, organisierten öffentlichkeitswirksame Proteste gegen die Treffen der G8 in Heiligendamm 2007 oder die Eröffnung des Neubaus der Europäischen Zentralbank (EZB) in Frankfurt am Main im Jahr 2015. Aus diesen Protestbündnissen heraus entwickelte sich nach und nach ein neues Erscheinungsbild innerhalb der Autonomen Szene, die sogenannten Postautonomen. Postautonome sind eine Strömung im deutschen Linksextremismus, die sich in Fragen der Organisation, der Bündnisarbeit und politischen Protestpraxis von Leitideen der Autonomen absetzt, mit dem Ziel, die gesellschaftliche Isolation in abgeschlossenen Szenen zu überwinden. Auch wenn eine Skepsis gegenüber formalen Organisationsstrukturen prägend ist, zeichnen sich die Postautonomen durch überregionale netzwerkartige Strukturen aus.

Postautonome verfügen über einen gewissen Grad an Struktur, sind zumeist in Ortsgruppen organisiert, miteinander vernetzt und agieren aber auch im Namen der Gesamtstruktur nach einem gemeinsam festgelegten Konsens. Leitlinien der Gesamtstruktur werden miteinander diskutiert und teilweise veröffentlicht. Wesentliche Akteure dieser linksextremistischen Prägung sind die Organisationen **Interventionistische Linke (IL)** und **...ums Ganze! - kommunistisches Bündnis (uG)**. Diese sind über mehrere Ortsgruppen bundesweit organisiert und somit an vielen Orten handlungsfähig. In Nordrhein-Westfalen verfügen die beiden Organisationen über Ortsgruppen in Bielefeld, Düsseldorf, Köln und Münster. Oftmals wird mit anderen Akteuren in anlassbezogenen Bündnissen agiert.

Die **IL** hat in ihrem 2024 veröffentlichten „Zwischenstandspapier #2“ auf den „revolutionären Bruch“ abgehoben:

„Unser Ziel ist der revolutionäre Bruch mit dem Bestehenden. Unser Antrieb ist die alltägliche Wut über die herrschenden Verhältnisse und das Begehren nach einer Welt, in der alle Menschen nach ihren Fähigkeiten und Bedürfnissen ein gutes Leben führen können. Ohne Abschaffung des kapitalistischen Privateigentums, ohne Aufhebung der Klassen und der Ausbeutung, ohne Überwindung der patriarchalen und rassistischen Unterdrückung und Gewalt wird es eine solche Welt nicht geben. [...] Der Nationalstaat und seine Institutionen stehen dieser umfassen-~~den~~ Demokratisierung entgegen. In ihm verdichten sich Macht- und Kapitalinteressen, die auf Kosten des Globalen Südens durchgesetzt werden. Seine Grenzen dienen der Kontrolle und Abschottung – und sind daher immer blutig. Deshalb muss dieser Nationalstaat abgeschafft werden – ebenso wie die Europäische Union, die Kapitalinteressen bedient und die Festung Europa organisiert.“

Mit der „Demokratisierung“ ist eine Vergesellschaftung privaten Eigentums gemeint, also Enteignungen. Dass die Organisation einer parlamentarischen Demokratie mit gewählten Repräsentanten für die Postautonomen nicht erstrebenswert ist, zeigt auch die folgende Passage: „Dabei können parlamentarische Politik und Mehrheiten bestenfalls eine untergeordnete Rolle spielen. Ohne mit seinen Regeln zu brechen, lässt sich das politische System nicht grundlegend ändern. Alle entsprechenden Versuche sind gescheitert.“

Das Ziel und die Aufgabe seien daher „der langfristige Aufbau außerstaatlicher, gesellschaftlicher Gegenmacht in der Verbindung von revolutionärer Organisation und sozialen Bewegungen.“ Im Namen der **IL** ist die gezielte Suche nach Brüchen in der Zivilgesellschaft bereits implementiert: Wenn ein Bruch erkannt wird, soll gezielt interveniert werden, um diesen Bruch letztlich zu vergrößern, um einem vollständigen Systembruch näherzukommen.

In der Betrachtung der letzten Jahre zeigt sich, dass sich insbesondere die **IL** mit unterschiedlichen Themenfeldern auseinandersetzt, um mögliche Krisen und Brüche zu identifizieren. Prägende Themenfelder sind hierbei der Antifaschismus, Antirassismus, Antikapitalismus insbesondere im Bereich der Ökologie, Antirepression und zunehmend auch der Antimilitarismus, um nur einige zu nennen. Im Folgenden sollen einige bedeutende Ereignisse in diesen Themenfeldern beschrieben werden, um die Entwicklung postautonomer Strukturen zu verdeutlichen.

Die **IL** agierte in den zurückliegenden Jahren zumeist in Bündnissen, wie zum Beispiel „widersetzen“ beim Protest gegen den AfD-Bundesparteitag in Essen 2024 oder „Rheinmetall entwaffnen“ beim Camp in Köln im Jahr 2025, manchmal als Initiator, manchmal als wesentlicher und treibender Akteur des Bündnisses. Dabei ist die **IL** immer auf der Suche nach Instrumentalisierungspotenzialen für ihr strategisches Vorgehen. Je nach gesellschaftlicher Relevanz kann sich der Anlass des eigenen Engagements verändern.

Als die Klimakrise als Thema immer mehr an Relevanz gewann und das Potenzial einer Protestbewegung zu erkennen war, engagierte sich die **IL** in der sogenannten „Klimagerechtigkeitsbewegung“. In der eigenen Deutung konnte der Kapitalismus als Verursacher der Klimakrise gelten. Somit ist das Themenfeld der Ökologie ein antikapitalistisches Thema. In einem der folgenden Kapitel wird dieses Thema näher aufgegriffen; daher sei an dieser Stelle erwähnt, dass sich die **IL** insbesondere bei *Ende Gelände* und deren Massenaktionen des „zivilen Ungehorsams“ engagiert hat beziehungsweise sich hiermit solidarisierte.

Als eine der ersten öffentlichkeitswirksamen Aktionen der **IL** sind die oben bereits angesprochenen Proteste gegen den Neubau der EZB sowie gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm zu nennen. Auch beim G7-Gipfel auf Elmau im Jahr 2022 und 2017 in Hamburg waren die Proteste gegen die Gipfel der führenden Wirtschaftsnationen prägend für die

Tatkraft der **IL** und deren Ansehen innerhalb der linksextremistischen Szene. Sie fungierte hierbei oft als eine Art Transmissionsriemen und trieb dadurch die Protestpotenziale an. Dabei gab es zumeist im Vorfeld einen Aktionskonsens, bei dem sich die Teilnehmer auf bestimmte Arten von Aktionen verständigten. Meistens wurden die Vorgehensweisen als Aktionen des „zivilen Ungehorsams“ bezeichnet, um eine gewisse Legalität hineinlesen zu können.

In Nordrhein-Westfalen sind die Proteste gegen die Novellierung des nordrhein-westfälischen Polizeigesetzes sowie des Versammlungsrechts zu nennen, die mehrmals große Demonstrationen in Düsseldorf und Köln 2018 und 2022 hervorriefen. Hierzu gründete sich abermals ein anlassbezogenes Bündnis (No PolG NRW) unter wesentlicher Beteiligung der **IL**. Insbesondere die hohe Mobilisierungsfähigkeit der **IL** in weite Teile der linksextremistischen Szene wurde hier offenbar. Strömungsübergreifend beteiligten sich viele linksextremistische Gruppen an den Protesten und nahmen eine gewichtige Rolle innerhalb der eigentlich von demokratischen Akteuren organisierten Demonstrationen ein. Ein vermeintlicher Anschluss an die Zivilgesellschaft war somit aus Sicht der linksextremistischen Gruppen hergestellt. Die Demonstrationen verliefen nicht friedlich, da es unter anderem zu Widerstandshandlungen und Gewalttätigkeiten kam. Ähnlich wie bei den Großdemonstrationen gegen die politischen Gipfel deutete die linksextremistische Szene die Handlungen der Polizei als Polizeigewalt und die eigenen Handlungen lediglich als legitime Gegengewalt beziehungsweise Reaktion. Antirepression wurde so als Thema der Postautonomen verankert.

Auch das Thema Antifaschismus spielte über die Jahre hinweg eine wesentliche Rolle für die Postautonomen. Als Feindbild kristallisierte sich immer mehr die auf Bundesebene agierende Partei *Alternative für Deutschland (AfD)* heraus. Hierbei wird die Gesamtpartei als politischer Gegner wahrgenommen. Nahezu sämtliche Bundes- und Landesparteitage

der AfD und darüber hinaus auch kleinere Parteiversammlungen werden durch Proteste begleitet, die oft von den Postautonomen beworben und teilweise auch organisiert werden. Nordrhein-Westfalen war hiervon mehrmals betroffen. Es fanden unter anderem Bundesparteitage in Köln 2017, Kalkar 2021 und zuletzt im Jahr 2024 in Essen statt. Insbesondere die Proteste in Köln und Essen waren von zahlreichen Blockadeversuchen und Widerstandshandlungen geprägt und gingen über das friedliche Maß an Demonstration hinaus. Der Bundesparteitag in Kalkar wiederum war weniger von entsprechenden Aktionen geprägt, was nicht zuletzt an örtlich bedingten logistischen Schwierigkeiten für die linksextremistische Szene lag.

Enteignungskampagnen wie die „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ in Berlin oder lokale Initiativen aus Nordrhein-Westfalen wie in Düsseldorf durch die **Agentur für urbane Unordnung** werden wesentlich durch die **IL** gesteuert. Diese Kampagnen zielen auf die Vergesellschaftung von Wohnraum, um den Mietpreissteigerungen in den Großstädten und möglichen Spekulationen mit Freiflächen etwas entgegenzusetzen. Auch hierbei zeigten sich aus Sicht der **IL** partiell Erfolge, indem die Zivilgesellschaft und einige politische Parteien das Thema Wohnen stärker in den Fokus nehmen. Die Strategie der **IL**, durch gezielte Themensetzung den Anschluss an die bürgerliche Gesellschaft zu erreichen, ist hierbei erfolgreich gewesen.

Durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und die mit dem Krieg verbundene Stärkung der NATO und der Bundeswehr sind die antimilitaristischen Positionen innerhalb der linksextremistischen Szene wieder sichtbar geworden. Auch in diesem Themenfeld engagiert sich die **IL** im Bündnis „Rheinmetall entwaffnen“. Durch den Hauptsitz des Unternehmens Rheinmetall in Düsseldorf hat dieses Thema auch für Nordrhein-Westfalen eine starke Relevanz. Durch die Corona-Pandemie und einen aus ihrer Perspektive zu befürchtenden Rechtsruck der Zivilgesellschaft sehen sich die Postautonomen immer wieder neuen

Herausforderungen ausgesetzt. In Reaktion auf diese Veränderungen zeigt sich eine ausgesprochen große Anpassungsfähigkeit der handelnden Akteure. Aufkommende Themen werden relativ schnell analysiert, Stellung zu diesen bezogen und Strategien entwickelt. Die Corona-Pandemie allerdings versetzte die linksextremistische Szene allgemein in eine gewisse Schockstarre und Handlungsunfähigkeit. Schon nach einigen Wochen wurden das mangelnde Handeln und der Aufruf der Szene zur Beachtung der herrschenden Corona-Regeln durch einzelne Linksextremisten als Staatshörigkeit ausgelegt. Auch die **IL** und die Postautonomen insgesamt fanden keine wirkliche Antwort darauf. Das Protestpotenzial, dass durch die Pandemie und ihre Regeln entstand, wurde vornehmlich vom politischen Gegner gekapert. Erst als diese Proteste größer wurden, beteiligte sich die linksextremistische Szene an Protesten gegen Veranstaltungen aus der Szene der Corona-Leugner und Anhänger anderer Verschwörungsmythen.

Auch das postautonome Bündnis **uG** hat sich an einigen der vorher beschriebenen Bündnisse und Proteste beteiligt. Darüber verantwortet das Bündnis **uG** die schon länger andauernde Kampagne **Nationalismus ist keine Alternative (NIKA)**. Hierbei handelt es sich um eine bundesweit agierende Kampagne gegen Antifaschismus, Antirassismus und Antirepression mit lokalen Ablegern in Nordrhein-Westfalen. Vielfältige Themen werden von dieser Kampagne aufgegriffen, die wiederum ihre Mobilisierungsfähigkeit in die linksextremistische Szene nutzt, um Proteste und Aktionen zu organisieren oder sichtbar zu machen. Beispiele hierfür sind die „justice4Mouhamed-Kampagne“, bei der es um den Tod des 16-jährigen Mouhamed Lamine Dramé bei einer Maßnahme durch die Dortmunder Polizei am 8. August 2022 ging. Auch bei den Protesten gegen das neue Versammlungsrecht in Nordrhein-Westfalen sowie zur letzten Landtagswahl war **NIKA** als Kampagne der **uG** ein führender Akteur.

Die Postautonomen befinden sich in einer Art Orientierungsphase. Einerseits ist nicht erkennbar, dass ein revolutionärer Prozess im Sinne des politisch linken Lagers an Fahrt aufnimmt, andererseits haben rechtspopulistische Positionen an Zulauf gewonnen, was sich insbesondere in den jüngsten Erfolgen der Bundespartei *AfD* widerspiegelt. Ein Rechtsruck sei spürbar, auf den die Postautonomen eine Antwort suchen. Nicht zuletzt deshalb hat die **IL** im Jahr 2024 nach zehn Jahren ihr sogenanntes „Zwischenstandspapier #2“ veröffentlicht. Darin beleuchtet sie die aktuelle politische und gesellschaftliche Lage aus ihrer Sicht und diskutiert Strategien für den angestrebten revolutionären Prozess.

In dem Papier spricht die **IL** auch von einem Dissens innerhalb der linken Strukturen. Eine Zusammenarbeit mit den im folgenden Kapitel beschriebenen „kommunistischen Jugend- und Kadergruppen“ gestalte sich aufgrund unterschiedlicher Ansätze schwierig, sodass eine Bündnispolitik künftig wahrscheinlich nicht alle linksextremistischen Strömungen umfassen wird.

Darüber hinaus geht es in dem Papier auch um die Langfristigkeit von Bündnissen und Kampagnen. Die bereits angesprochene Anpassungsfähigkeit der Postautonomen ist auch ein Zeichen für kurz- bis mittelfristig angelegtes Handeln. Nur wenige Bündnisstrukturen sind langfristig angelegt. Eines der Ziele sei es daher, über lokale Initiativen langfristige Strukturen und Mitbestimmung in zivilgesellschaftlichen Prozessen zu organisieren. (Post)autonome Strukturen innerhalb der linksextremistischen Szene werden auch weiterhin nach Mobilisierungspotenzialen und anschlussfähigen Themen suchen und im Wege von weiteren lokalen Initiativen versuchen, Einfluss und Mitbestimmung in zivilgesellschaftlichen Prozessen zu gewinnen mit dem Ziel, den revolutionären Bruch voranzutreiben. Es bleibt abzuwarten, inwieweit die Krise der (Post)autonomen anhalten oder überwunden wird.

Rote Jugend voran? Kommunistische Jugend- und Kaderorganisationen

Im Vergleich zur postautonomen Strömung waren die dogmatischen Marxisten-Leninisten, abseits der Parteien **DKP** und **MLPD**, für eine lange Zeit die deutlich kleinere und auch irrelevantere Strömung im Linksextremismus.

Seit einigen Jahren ist aber ein deutlicher Aufschwung von Organisationen oder losen Personenzusammenschlüssen zu beobachten, die ideologisch wieder strikt dem Marxismus-Leninismus und teilweise auch dem Maoismus folgen. Im deutlichen Gegensatz zu den (Post-)Autonomen will man hier eine Kaderpartei aufbauen und orientiert sich an der kommunistischen Bewegung und den daraus entstandenen Staaten des 20. Jahrhunderts. Diese werden gegenüber den gegenwärtigen kapitalistischen Staaten als die besseren und menschenfreundlichen Systeme interpretiert. Die Verbrechen gegen die Menschlichkeit sowie das Fehlen elementarer Rechte des Individuums gegenüber dem Staat in Sowjetunion, DDR usw. werden als bedauerliche Fehler verharmlost, schlicht geleugnet oder als notwendige Maßnahmen gegen „Konterrevolutionäre“ umgedeutet und in Einzelfällen sogar glorifiziert.

Außerdem sind die **kommunistischen Jugend- und Kaderorganisationen** antiimperialistisch ausgerichtet, was eine dichotome Teilung der Welt in Freund und Feind zur Folge hat. Ganz wie im Kalten Krieg des letzten Jahrhunderts ist die „imperialistische Bourgeoisie“ der erklärte Feind der Organisationen. Allerdings werden, neben den klassischen Feindbildern USA, Israel, den Staaten der EU und der NATO, meist auch das „revisionistische“ China und zumindest teilweise auch Russland gemeint. Demgegenüber solidarisieren sich die Kadergruppen mit Aufstandsbewegungen in

den sogenannten Entwicklungs- beziehungsweise Schwellenländern, ohne dass diese zwangsläufig kommunistische oder auch nur politisch linke Ziele verfolgen müssen.

Aktuell ist dies besonders im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt zu sehen, bei dem die **kommunistischen Jugend- und Kaderorganisationen** auch mit Anhängern und Unterstützern der islamistischen **HAMAS** demonstrieren. Es muss konstatiert werden, dass solche vermeintlich eindeutigen Narrative, Strategien und Freund-Feind-Schemata, insbesondere unter Jugendlichen und jungen Menschen, an Zustimmung gewinnen.

Dies gelingt den Gruppen auch durch eine Vermischung von klassischer kommunistischer Ästhetik mit Elementen moderner Jugendkulturen. So werden gemeinsam Banner für Versammlungen gemalt oder Graffiti angefertigt. Bei Versammlungen treten die Gruppen dann meist als geschlossene Blöcke mit kommunistischer Symbolik wie rote Fahnen, Hammer und Sichel und oft auch mit

roten Sturmhauben in Erscheinung. Auch der Kleidungsstil ist relativ einheitlich und erinnert nicht zufällig an „Ultra“-Fußballfangruppen. Diesem Bild entspricht ebenso das Auftreten von Personen mit Megaphonen, die Parolen wie „nur der Griff der Massen zum Gewehr schafft den Sozialismus her“ vorgeben, welche dann vom Block nachgesprochen werden. Wesentliches Element sind dabei auch die sozialen Medien, in denen fortlaufend mit Bilderstrecken, Reels und Videos zu Versammlungen und anderen Aktivitäten mobilisiert beziehungsweise im Nachgang der Versammlung berichtet wird.

Abseits von Versammlungen bieten die Gruppen, neben ideologischer Schulung, vor allem eine Gemeinschaft von Gleichgesinnten, die neben dem politischen Kampf auch gemeinsam Sport treiben oder Ausflüge machen. Zudem verfügen viele Gruppen über Räumlichkeiten, in denen die oft jugendlichen Angehörigen auch ihre Freizeit gemeinsam verbringen können.

 **oat_duisburg** Gestern (23.02.2025) waren wir anlässlich der Bundestagswahlen und des Rechtsruck mit mehreren hundert Menschen in Gelsenkirchen auf der Straße.

Die Wahlen gingen wie erwartet aus und die AfD konnte ihre Stimmen im Vergleich zur letzten Bundestagswahl verdoppeln. Das ist besorgniserregend, nicht nur für uns als Linke, sondern auch für alle Menschen, die von der menschenverachtenden Politik der AfD betroffen sind. Auch wenn voraussichtlich nicht zu einer schwarz-blauen Bundesregierung kommen wird, hat die AfD jetzt eine bessere Position um Einfluss zu nehmen.

Der Rechtsruck ist spürbar und durchzieht die gesamte Politik und Gesellschaft. Während die AfD rechte Positionen immer sagbarer gemacht hat, haben die Altparteien das gesagt schon umgesetzt. Ob die härtesten Asylrechtsreformen, eine vehemente Militarisierung oder das nach unten treten gegen die schwächsten in unserer Gesellschaft.

Wir müssen gegen die rechte Politik aller Parteien ankämpfen und eigene soziale Perspektiven im Sinne unserer Klasse formulieren und auf die Straßen tragen. Wir dürfen uns nicht der Illusion hingeben, dass Wahlen innerhalb des kapitalistischen Systems grundsätzliche Verbesserungen mit sich bringen oder uns von den Regierenden geschenkt werden. Organisieren wir uns – unabhängig und gemeinsam!

Unsere Demonstration sollte die Perspektive eröffnen und fand viel Zuspruch in Gelsenkirchen.

Auch wenn es während der Demonstration zu einem Angriff von mehreren Faschisten kam haben wir direkt darauf reagiert und uns nicht einschüchtern lassen (Video Slide 7)

Auch im Anschluss an den Angriff zogen wir lautstark weiter durch Gelsenkirchen und brachten unsere Demonstration erfolgreich zum Ende ▶ (Slide 11)

Danke an alle Teilnehmer:innen 🍷

(Ein ausführlicher Bericht wird demnächst hier folgen ...)

24 Wo.

Für dich ▾

 user1 24 Wo. Gefällt 2 Mal Antworten

 user2 24 Wo. Gefällt 1 Mal Antworten

 user3 24 Wo. Gefällt 3 Mal Antworten

Kommunistische Jugend- und Kaderorganisationen bei einer Demonstration gegen die Bundestagswahl in Gelsenkirchen 2025

Die Größe der Personenzusammenschlüsse ist schwierig festzustellen. Die Gründe liegen darin, dass die Gruppen keine Informationen über die innere Struktur preisgeben. Zudem sind die Angebote der Gruppen sehr niederschwellig. Dies bedingt, dass sich manche Personen nur an ausgewählten Aktivitäten beteiligen und möglicherweise nur an Sportangeboten oder an Schulungen teilnehmen. Bei größeren Demonstrationen ist andererseits zu beobachten, dass sich die **kommunistischen Kader- und Jugendgruppen** zunehmend an die Spitze setzen und so andere Personen, zumindest für die jeweilige Versammlung, in ihren Blöcken mitaufnehmen. So erscheinen die Gruppen dann größer als sie wirklich sind. Im engeren Sinne, also dauerhaft in den Gruppen aktiv, dürften in Nordrhein-Westfalen rund 300 Personen sein. Die Anzahl nahm in den letzten Jahren entsprechend der gestiegenen Relevanz **kommunistischer Kader- und Jugendgruppen** zu.

Kommunistischer Aufbau/Föderation Klassenkämpferischer Organisationen

Der **Kommunistische Aufbau (KA)** will eine „Kampfpartei neuen Typus,“ geführt von „professionellen Kader:innen, welche die revolutionäre Arbeit als ihre Lebensaufgabe sehen“ aufbauen. In seiner Programmatik werden die Beseitigung des „deutschen Imperialismus“, die Errichtung einer Diktatur des Proletariats mit einer zentralen Planung der Ökonomie als Schritte zum Kommunismus und die Vernichtung der kapitalistischen Klasse in einem „revolutionären Bürgerkrieg“ genannt. In martialischer Wortwahl heißt es, um die „eiserne Kampfeinheit“ der „Arbeiter:innenklasse“ zu schmieden

„[...], muss in der praktischen Arbeit der Kommunist:innen ein besonderer Fokus darauf liegen, ihre Verwurzelung in allen Teilen,

Schichten und Gruppen der Arbeiter:innenklasse herzustellen. Dazu gehören insbesondere auch die Frauen der Arbeiter:innenklasse, die LGBTIQ+ Personen und Migrant:innen unserer Klasse, die Arbeiter:innen in Stadt und Land, und alle Generationen der Arbeiter:innenklasse von der Jugend bis zu Rentner:innen.“

Der **KA** und die ihm angeschlossene **Föderation Klassenkämpferischer Organisationen (FKO)** richten ihre Organisationen in diesem Sinne strikt nach der marxistisch-leninistischen Ideologie aus. In der Schrift „Die Grundlagen kommunistischer Massenarbeit“ führt der **KA** mit Verweis auf Lenin und Stalin die Strategie aus, verschiedene Bevölkerungsgruppen in eigenen Organisationen zu erfassen, welche, geführt von der kommunistischen Partei, letzten Endes die freiheitliche demokratische Grundordnung beseitigen sollen:

„Die Massenorganisationen in den Stadtteilen, Betrieben oder Schulen werden perspektivisch zu den strategischen Keimzellen der Sowjetmacht! Sie legen den Grundstein für die Herrschaft der Arbeiter:innenklasse, die Revolution verleiht ihnen die gesellschaftliche Macht dazu.“

Offen verfügt der **Kommunistische Aufbau** demgemäß mit der **Kommunistischen Jugend** und den **Kommunistischen Frauen** über zwei solche Vorfeldorganisationen. Diese haben allerdings nur eine bundesweite Ebene. Auf der lokalen Ebene agieren vor allem die Teilorganisationen der **FKO**. Im Einzelnen stellen sich die Teilorganisationen wie folgt dar:

Die **Internationale Jugend** bezeichnet sich selbst als „sozialistische Organisation für Schüler:innen, Studierende, junge Arbeiter:innen und Erwerbslose“. Sie hat in Nordrhein-Westfalen derzeit in Köln, Düsseldorf, Ruhrgebiet (im Raum Essen aktiv) und Hagen-Wuppertal lokale Gruppen.



Ferienprogramm der Internationalen Jugend Düsseldorf

Das **Solidaritätsnetzwerk** möchte auf lokaler Ebene zum Beispiel Arbeitnehmer und Mieter untereinander vernetzen und hat Ableger in Köln, Essen, Wuppertal und Dortmund. Vordergründiges Ziel ist es, Menschen bei ihren alltäglichen Problemen abzuholen, etwa bei Lohnstreitigkeiten, Überstunden, Wohnungskündigungen, Problemen beim Ausländer- oder Arbeitsamt etc. Im Leitfaden zum Aufbau von Solidaritätsnetzwerken heißt es allerdings ideologisch eindeutig, dass man sich keineswegs als Rechtsberatung oder -versicherung verstehe. Ziel des **Solidaritätsnetzwerks** sei es, „die Interessen unserer Klasse durchsetzen – also erfolgreiche Klassenkämpfe“ zu führen.

Das **Frauenkollektiv** hat in Nordrhein-Westfalen lokale Gruppen in Köln und Wuppertal. Hier wird eine geschlechtsspezifische Variation der marxistisch-leninistischen Dogmatik vertreten:

„Um dieses System zu überwinden, indem Millionen Menschen auf Grund ihres Geschlechts und ihrer Klassenzugehörigkeit ausgebeutet und unterdrückt werden, organisieren wir uns im Frauenkollektiv, schaffen einen Raum, in dem wir Frauensolidarität zur konkreten Praxis werden lassen und kämp-

fen für eine klassenlose Gesellschaft, in der die Unterdrückung des Menschen durch den Menschen beseitigt ist.“

Die Organisation **Betriebskampf** strebt eine „dauerhafte wirklich würdige, produktive und von Ausbeutung und Unterdrückung befreite Arbeits- und Lebenswelt [...] in einer sozialistischen Gesellschaft“ an. Die Zielgruppe sind hier abhängig beschäftigte Arbeitnehmer. In Nordrhein-Westfalen besteht bisher eine Gruppe in Köln.

Neben den genannten theoretischen Standpunkten positionieren sich **KA**, **FKO** und die angeschlossenen Organisationen kontinuierlich in Bezug auf aktuelle politische Entwicklungen und Diskurse im Rahmen von Versammlungen genau wie in der eigenen Berichterstattung in den sozialen Medien gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung. So zum Beispiel am 19. Februar 2024. Auf ihrem Instagram-Kanal teilte die **Internationale Jugend** Ortsgruppe Hagen/Wuppertal den Aufruf zur Demonstration „4 Jahre Hanau - Gedenken heißt kämpfen“ und behauptete im Kommentar unter anderem eine „Komplizenschaft des deutschen Staates mit dem Mörder von Hanau“.

Zum Tag der politischen Gefangenen veröffentlichte der **Kommunistische Aufbau** 2024 die Erklärung „Praktische Solidarität gegen staatliche Repression! Heraus zum 18. März!“. Darin wird behauptet: „Die politische Repression gegen antifaschistische, umweltpolitische, revolutionäre und kommunistische Kräfte in Deutschland nimmt in den vergangenen Monaten deutlich an Fahrt auf.“ Inhaltlich solidarisiert man sich, anlässlich der Festnahme der mutmaßlichen RAF-Terroristin Daniela K. im Februar 2024, außerdem mit den Taten der Terrororganisation:

„Mit der unermüdlichen über Jahrzehnte anhaltende Jagd nach drei vermeintlichen ehemaligen Mitgliedern der Roten Armee Fraktion zeigt der Klassenstaat, dass er versucht jeden Beweis zunichte zu machen, dass wir diesem System die Stirn bieten können“

Und auch die **FKO** bezog sich am Tag des politischen Gefangenen 2024 auf K. und meinte: „Der Kampf für eine andere Welt darf nicht nur im Mund geführt werden - er muss praktisch werden!“

Zwar ist festzustellen, dass Versammlungen beziehungsweise Aktionen der Organisation nicht grundsätzlich auf Gewalt ausgerichtet sind. Dennoch waren Angehörige bereits mehrfach an Ausschreitungen bei Demonstrationen beteiligt. Der **Kommunistische Aufbau** beziehungsweise die **Föderation Klassenkämpferischer Organisationen** verfügen über ein breites publizistisches Angebot. Regelmäßig wird die Zeitschrift „Kommunismus“ herausgegeben, die auch online abrufbar ist. Außerdem kann die Zeitung „Perspektive“ beziehungsweise das tagesaktuelle berichtende Nachrichtenportal „Perspektive Online“ dem Beobachtungsobjekt **Kommunistischer Aufbau** zugeordnet werden. Perspektive Online betreibt auch Kanäle bei WhatsApp, Telegram, Instagram, Facebook, X (ehemals Twitter), Mastodon und YouTube. Außerdem werden eine eigene App für Android und ein RSS-Feed angeboten. Ein weiteres, dem **Kommunistischen Aufbau** zuzuordnendes Online-Medium ist „Klassenbildung“, ein sozusagen multimediales ideologisches Bildungsformat, mit Auftritten in sozialen Medien, Video- und Audio-Streamingdiensten. Zudem haben die einzelnen zugehörigen lokalen Gruppen verschiedene Auftritte in den sozialen Medien und berichten dort über ihre Aktivitäten, teilen Beiträge anderer Gruppen oder der übergeordneten Organisationseinheiten sowie Beiträge aus den eigenen Medien. **KA** und **FKO** verfügen in Essen über eine eigene Lokalität, das Soziale Zentrum Philipp Müller, welches an einen 1952 im Alter von 21 Jahren bei einer illegalen Demonstration durch die Polizei erschossenen Kommunisten erinnert. Getragen wird das Zentrum durch den Verein Solidarisch Leben e.V., in dessen Vorstand nur Angehörige der **Internationalen Jugend** beziehungsweise des **Kommunistischen Aufbaus** sitzen. Unter derselben Adresse besteht der Versandhandel „Roter Stern Shop“, der neben Szenekleidung, Fah-

nen, Aufkleber etc. die Publikationen des **Kommunistischen Aufbau** vertreibt.



Ernst Thälmann T-Shirt im Roter Stern Shop

In Köln ist die **FKO** Mieterin des Internationalen Zentrums Vingst. Neben Veranstaltungen von **KA**, **FKO**, usw. treffen sich dort auch Organisationen des auslandsbezogenen Extremismus, wie die ideologisch gleich ausgerichtete türkische **Marksist Leninist Komünist Parti (MLKP)**. In diesem Zusammenhang ist auch die Beteiligung an diversen Veranstaltungen im Gedenken an das Duisburger **MLKP**-Mitglied Ivana Hoffmann zu bemerken. Hoffmann schloss sich bewaffneten Einheiten an und verstarb 2015 bei Kämpfen gegen den sogenannten **Islamischen Staat (IS)** in Nordsyrien im Alter von 19 Jahren. Sie wird als Märtyrerin verklärt und wurde posthum zum Ehrenmitglied des **KA** erklärt. In einer Broschüre der **Internationalen Jugend** heißt es über Hoffmann:

„Der Tag ihres Todes ist jedoch gleichzeitig der Tag, an dem sie unsterblich wurde. Denn so lange wir uns an Ivana erinnern, und ihre Geschichte erzählen, solange wir ihren Kampf weiterführen, lebt sie in unserem Kampf weiter.“

Rote Jugend Deutschland

Ein Netzwerk, auf das die bereits ausgeführte Vermischung von klassischer kommunistischer Ästhetik mit Elementen moderner Jugendkulturen besonders zutrifft, ist die „Rote Jugend Bewegung“.



Post aus dem Telegram-Kanal der RJD

Bereits seit einigen Jahren werden durch die Verfassungsschutzbehörden bundesweit kleine lokal agierende Jugendgruppen festgestellt, welche sich vor allem symbolisch auf den Marxismus-Leninismus beziehen, von außen betrachtet aber nur in relativ offenen Strukturen organisiert zu sein scheinen.

Man habe damit seit Ende der 2000er-Jahre etwas Neues „geboren“. So ist in der Broschüre „Die rote Jugendbewegung“ zu lesen:

„[n]ämlich die Verbreitung von Elementen des wissenschaftlichen Sozialismus über eine Subkultur, die größere Teile der Jugend ansprach und sie mobilisieren konnte: Über Graffiti, Partys, Sport, Kollektivität, Solidarität, Musik etc.“

Ende des Jahres 2023 haben sich einige dieser lokalen Gruppen zur **Roten Jugend Deutschland** zusammengeschlossen, bei anderen ist eine Zusammenarbeit zumindest zeitweise festzustellen. Der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen kommt aktuell zum Schluss, dass die Gruppen **Rote Jugend Köln**, **Rotes Ruhrgebiet**, **einheit Bielefeld** [sic] und **Aufbruch Münster** der **RJD** angehören. Weitere Gruppen im Umfeld sind **ROSA Düsseldorf**, **Rotes Kollektiv Lüdenscheid**, **Avanti Gelsenkirchen** und die **Antifa Jugend Aachen**.

Darüber hinaus kann von einer größeren Bewegung gesprochen werden, da zum Beispiel antifaschistische Gruppen die Ästhetik übernehmen.

Generell kann gesagt werden, dass die **RJD** und ihre Teilgruppen sich in der Öffentlichkeit und über die sozialen Medien vor allem als aktives, sportliches und kreatives Netzwerk junger Menschen darstellen wollen. Dabei ist die Ideologie zwar durch die Ästhetik omnipräsent, man beschränkt sich aber in den sozialen Medien auf kurze Statements. Dass die **RJD** dem Marxismus-Leninismus folgt, ist aber auch in Instagram-Beiträgen offensichtlich:

„Wir sollten diese Einheit [der „KommunistInnen“] aufbauen und entwickeln, denn nur so können wir letztendlich die kommunistische Partei aufbauen, die so notwendig für die revolutionäre Überwindung des bürgerlichen Staates ist. Nur durch das Erringen der Einheit kommen wir einen Schritt voran auf dem Weg zur Revolution. [...] Werde auch du ein Teil der Bewegung, die diesem Staat den Kampf ansagt.“

Was mit Kampf gemeint ist, ist in der bereits genannten Broschüre nachzulesen:

„Wir sind der Meinung, dass wir vor allem durch folgende Aspekte geeint sind: Den Willen zur Organisation, ein tiefes Grundvertrauen und eine große Sympathie für den wissenschaftlichen Kommunismus als ideologische Grundlage, den unbedingten Tatenrang zur politischen Praxis, Befürwortung und Anwendung von revolutionärer Gewalt, [...]“

Offensichtlich wird die Praxis der **RJD** auf den jährlichen Liebknecht-Luxemburg-Gedenkdemonstrationen in Berlin. Seit einigen Jahren stellt die Organisation hier einen eigenen Block mit bis zu 300 Teilnehmern. Bei der Veranstaltung kommt es immer wieder zu Ausschreitungen. So auch am 14. Januar 2024. Auslöser war das Anstimmen von Sprechchören mit dem Inhalt: „From the River to the Sea, Palestine will be free“ durch Teilnehmer



Block der RJD auf der LL-Demonstration 2024 (dpa)

eines palästinensischen Blocks. Als ein Redner in diesem Zusammenhang von Polizeikräften vorläufig festgenommen wurde, drehte der bereits an der Stelle vorbeimarschierte Block der **Roten Jugend** nach Polizeiangaben geschlossen um und griff die Beamten mit Schlägen, Tritten, Würfeln mit Gegenständen, teilweise sogar mit zuvor für Fahnen verwendeten Holzstangen an. Auch auf am Boden liegende Polizeikräfte wurde eingewirkt. In der Folge wurden circa 20 eingesetzte Polizistinnen und Polizisten verletzt und etwa 15 Demonstrierende festgenommen. Für die Gedenkdemonstration im Jahr 2025 erklärte die **Rote Jugend Deutschland** unter anderem mit der **Perspektive Kommunismus** bereits im Vorfeld:

„Wir rufen daher dazu auf, am vergangenen Jahr anzuknüpfen und die kommende LLL-Demonstration am 12. Januar 2025 in Berlin gemeinsam gegen Angriffe der Polizei zu verteidigen! Bei aller Vielfalt und Widersprüchlichkeit linker und kommunistischer Politik, die sich auch auf der Demonstration widerspiegelt, ist es doch unabdingbar, dort praktisch zusammenzustehen, wo der Staat angreift. Ein Angriff auf einen Teil der Demonstration ist ein Angriff auf das Anliegen der gesamten Demonstration. Dort wo die Staatsmacht zuschlägt, werden wir uns kollektiv verteidigen.“

Die **Rote Jugend** beteiligt sich aktuell an pro-palästinensischen Demonstrationen und solidarisiert sich mit der am 2. November 2023 durch das Bundesministerium des Innern verbotenen palästinensischen Organisation **Samidoun**. Im Zusammenhang mit dem Kriegszustand in Gaza bezeichnet zum Beispiel

Aufbruch Münster Israel durchgängig als Kolonie beziehungsweise Siedlerkolonie und spricht von „Aufrufen durch Zionisten zu Gewalt und Genozid gegen das palästinensische Volk“. Ein weiteres Beispiel für die antiimperialistische Ausrichtung ist die Vortragsreihe der „friends of the filipino people in Struggle - Europe 2023“. Dabei handelt es sich um eine Unterstützungskampagne für die maoistische Guerilla New Peoples Army, welche sich seit Jahrzehnten in einem bewaffneten Konflikt mit dem philippinischen Staat befindet und von EU und USA als Terrororganisation gelistet ist. In einem Instagram-Beitrag zu der Veranstaltung posierten verummte Angehörige von **Aufbruch Münster** mit einem Banner: „Lang lebe der Volkskrieg auf den Philippinen!“ und dem kommunistischen Hammer und Sichel-Symbol.

Perspektive Kommunismus

Beim Bündnis **Perspektive Kommunismus (PK)** handelt es sich um einen weiteren überregionalen Zusammenschluss der aktions- und gewaltorientierten **Kommunistischen Jugend- und Kaderorganisationen**. Die **PK** ist überwiegend in Süddeutschland aktiv, hat aber mit der **Revolutionären Linken Duis-**

burg und der **Kommunistischen Linken Köln** auch zwei Mitgliedsgruppen in Nordrhein-Westfalen. Nach Ansicht der **PK** existiere aber aktuell keine „revolutionäre kommunistische Organisation“ der man sich anschließen könne. Sie möchte daher selber die eine Organisation sein, „die auf ideologischer, kultureller und politischer Ebene eine reale Gegenmacht zur Macht von Staat und Kapital aufbaut beziehungsweise diese befördert.“ Neben der Befürwortung revolutionärer Gewalt strebt die **PK** in der von ihr angestrebten Ordnung unmissverständlich auch eine Umerziehung von, aus ihrer Sicht nichtkonformen, Menschen an:

„Des Weiteren muss der Wiederaufstieg der alten Ausbeuter:innenklasse sowie anderer reaktionärer Entwicklungen verhindert werden. Auch werden wir uns mit Überresten von kapitalistischem, bürgerlichen Bewusstsein noch lange auseinandersetzen müssen. Also: Mit einer revolutionären Situation allein ist die kommunistische, klassenlose Gesellschaft noch lange nicht erreicht, es liegt viel Arbeit vor uns.“

Wie die **PK** zu politisch motivierter Gewalt eingestellt ist, unterstreicht auch ihre Glorifizierung linksextremistischer Terroristen. So erinnert die **PK** in einem Text auf ihrer Homepage vom 4. Juni 2022 an die zuvor verstorbene RAF-Terroristin Inge V., ohne auch nur ansatzweise die Verbrechen zu erwähnen, die sie begangen beziehungsweise an denen sie mitgewirkt hatte. Auch zum „Weltfrauen-Kampftag“ am 8. März 2024 würdigte die **Perspektive Kommunismus** Inge V. und darüber hinaus auch Terroristinnen wie Leila K. von der marxistisch-leninistischen **Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP)**. Anlässlich der Festnahme der mutmaßlichen RAF-Terroristin Daniela K. fordert die **PK** „Freiheit für Daniela und alle inhaftierten Genoss:innen!“ und wünscht den weiterhin untergetauchten Terroristen „Glück und Kraft“. Im selben Text wird zudem explizit der Terror der Roten Armee Fraktion als Teil des eigenen revolutionären „Erbe“ benannt:

„Damit ist die Geschichte der RAF auch ein Teil unserer Geschichte und ein wertvoller Erfahrungsschatz für revolutionäre Bewegungen heute – trotz allen programmatischen und strategischen Unterschieden. Eine fruchtbare Auseinandersetzung mit dieser Geschichte beinhaltet für uns sowohl die Legitimität des damaligen Versuches zu betonen und seine Stärken anzuerkennen, als auch sein Scheitern ernstzunehmen und zu analysieren.“

Das Bündnis befasst sich ansonsten mit den typischen, von linksextremistischen Akteuren bespielten Aktionsfeldern wie Antifaschismus, Antikapitalismus, Antirassismus, Antimilitarismus, Antigentrifizierung, Kurdistan-solidarität, Antirepression sowie zunehmend auch den Themenbereichen Klima und Umwelt. Bei den Protesten gegen den Parteitag der *AfD* auf Bundesebene vom 28. bis 30. Juni 2024 in Essen rief die **PK** zu militanten Aktionen auf:

„Es braucht mehr als nur Kundgebungen und Lippenbekenntnisse, um die Möglichkeiten ihrer politischen Arbeit einzuschränken!“. [...] Es hat sich oft genug gezeigt, dass Faschist:innen sich nur zurückdrängen lassen, wenn ihnen handfester, auch militanter Widerstand entgegen schlägt. [...] Werfen wir gemeinsam die *AfD* von ihrem hohen Ross – mit allen Mitteln.“

Strategisch und methodisch geht es der **PK** dabei darum, fließende Übergänge zu nicht-extremistischen Bewegungen zu schaffen und diese durch das gezielte Provozieren von Gewalt zu radikalisieren und im Sinne der eigenen Ideologie zu instrumentalisieren. Im Vergleich zu anderen Kaderorganisationen wird der Marxismus-Leninismus nicht so plakativ vorangetragen. Er ist aber dennoch Grundlage allen Handelns der Struktur und wird auch nicht verborgen. So bemühte die **Perspektive Kommunismus** zum antimilitaristischen „Rheinmetall entwaffnen“-Camp im August 2025 in Köln die bekannte marxistisch-leninistische und antiimperialistische Doktrin:

„Es ist der westliche Imperialismus, der weltweit die Kriegsgefahr vorantreibt. Im Angesicht der kapitalistischen Krise, ihrer schwindenden Profite und der schärfer werdenden Konkurrenz sind die Herrschenden zunehmend bereit, die Eskalation zu riskieren. Ihr moralisches Mäntelchen lassen sie dabei mehr und mehr fallen. Der Krieg gegen den Iran, der blutige Abnutzungskrieg an der NATO-Ost-Front, der Genozid in Palästina – die Barbarei ist sichtbar.“

Kommunistische Partei

Infolge eines langen Richtungsstreits über die ideologische Ausrichtung und Strategie in der **Deutschen Kommunistischen Partei (DKP)** und der **Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ)** spaltete sich 2018 ein Teil von der Partei ab und gründete die **Kommunistische Organisation (KO)**. Diese spaltete sich über einen Dissens zum russischen Angriffskriegs auf die Ukraine im Dezember 2022 ein weiteres Mal. Bis Mitte 2024 bestanden dann zwei **Kommunistische Organisationen**, bis sich ein Teil in **Kommunistische Partei (KP)** umbenannte. Es gibt folglich weiterhin eine **KO**. Diese hat in Nordrhein-Westfalen nur eine Ortsgruppe in Duisburg. An dieser Stelle soll es aber um die **KP** gehen, die laut eigenen Angaben Ortsgruppen in Aachen, Bonn, Dortmund, Düren, Düsseldorf, Essen, Köln, Krefeld und Wuppertal unterhält. Obwohl die **KP** sich als Partei bezeichnet, will sie vorerst nicht den Parteienstatus beantragen und auch nicht zu Wahlen antreten.

Auf ihrem ersten „Aufbauparteitag“ vom 21. bis 23. Juni 2024 wurden ein „Gründungsprozess“ gestartet und ein Zentralkomitee gewählt. Die **KP** hat einen vergleichsweise strukturierten Plan veröffentlicht. Demnach wolle man bis zum nächsten „Aufbauparteitag“ im März 2026 unter anderem weiter an der „Kader- und Mitgliederentwicklung“ arbeiten sowie „einen zentralen Bildungsplan erstellen und umsetzen.“ Das Zentralkomitee

der Partei werde eine Jugendabteilung einrichten und „auf dem 2. Aufbauparteitag soll eine Resolution zur Frage der Kämpfe der Jugend beschlossen werden, auf deren Grundlage dann die Jugendorganisation der **Kommunistischen Partei** entstehen soll.“



Die Kommunistische Partei auf dem Antikriegstag 2024

Die **KP** fokussiert sich stark auf die Theorie, da sich ihrer Analyse zufolge die kommunistische Weltbewegung in einer tiefen Krise befinde. Deshalb bestehe aktuell

„die Aufgabe der Kommunisten außerdem darin, einen wissenschaftlichen Klärungsprozess zu organisieren, der das notwendige Maß an Licht in das Dunkel der theoretischen und praktischen Unklarheiten bringen kann. Für all diese Aufgaben ist ein möglichst umfassendes Verständnis des wissenschaftlichen Sozialismus die grundlegende Voraussetzung.“

Zur Verbreitung ihrer Texte nutzt die **KP**, beziehungsweise ihre Ortsgruppen, die eigene Website und ist in den sozialen Medien aktiv. So bietet sie zum Beispiel eine umfangreiche Marxismus-Leninismus-Grundlagentraining zum Download an und hat ein eigenes Wiki aufgebaut.

Teil der Strategie sind außerdem mehrtägige Sommercamps, Tagesseminare, Lesekreise sowie Grundlagentrainingen für Neumitglieder und Sympathisanten. Am Sommercamp 2025 mit dem Titel „Kriege, Krise und Rechtsentwicklung - diese Welt hat der arbeitenden Klasse nichts zu bieten“ in Hessen nahmen nach Angaben der Organisation 300 Personen, teilweise auch aus dem Ausland, teil. Das Pro-

gramm war augenscheinlich breit gefächert: Neben zahlreichen, teils zeitgleich stattfindenden politischen Vorträgen, Diskussionen etc. gab es auch einen Theaterworkshop mit dem Titel „Das gesprochene Wort als Waffe der Agitation“, ein Demotraining unter dem Motto „Wie schützen wir uns bei Demonstrationen, und anderen öffentlichen Aktionen?“ sowie den Workshop „Leben, singen, kämpfen – Arbeiterliederworkshop“, Yoga, eine Wanderung und Fröhspport.

Bei öffentlichen Auftritten liegt der Schwerpunkt der **KP** derzeit stark im Bereich Antimilitarismus. Wie die anderen Kaderorganisationen ist die **KP** antiimperialistisch ausgerichtet. Ein Beispiel dafür sind die Aktionen der **KP** zur Verleihung des Karlspreises in Aachen. Anlässlich der Verleihung 2023 an den ukrainischen Präsidenten beteiligte sich die **KP** (noch als **KO**) an einer Gegenveranstaltung und erklärte, dieser führe „[...] einen furchtbaren Stellvertreterkrieg gegen Russland“ im Interesse des Preises der „westlichen Waffengeber“. Im Jahr 2025 protestierte die **KP** gegen die Verleihung des Karlspreises an die Präsidentin der EU-Kommission. Mit Blick auf die Geschichte der Preisträger heißt es:

„Der Karlspreis fungiert immer wieder als Instrument, um jene Akteure zu rehabilitieren, die unter dem Deckmantel „europäischer Werte“ imperialistische Kriege und Expansion, ökonomischen Zwang und soziale Verelendungsmaßnahmen durchsetzen. [...] Ein friedliches Europa kann nicht durch imperialistische Projekte wie die EU geschaffen werden. [...] Nur ein sozialistisches Europa kann den Interessen der Völker Europas und dem dauerhaften Frieden dienen.“

Auch auf dem 2024 veranstalteten Kommunismus-Kongress der **KP** ging es in einer Podiumsdiskussion um eine „Revolutionäre Strategie gegen den deutschen Imperialismus“. Bemerkenswert war hier die Vernetzung mit anderen Jugend- und Kaderorganisationen. So diskutierten auf dem Podium auch der **Kommunistische Aufbau** und die **Rote Jugend** mit. Zudem kamen, so steht es im Bericht der

KP, „zahlreiche internationale Gäste“ unter anderem aus Venezuela, Brasilien, Schweden, Russland und der Ukraine zum Kongress.

Die **KP** beteiligte sich dementsprechend regelmäßig an antimilitaristischen Aktionen etwa an den Ostermärschen oder am Antikriegstag. Außerdem werden Versammlungen zu Gedenk- und Aktionstagen, zum Beispiel zur Befreiung von Konzentrationslagern im Zweiten Weltkrieg, zum Liebknecht-Luxemburg-Gedenken oder zum 1. Mai abgehalten.

Aktuelle Entwicklungen im Trotzismus

Wie im zweiten Kapitel ausgeführt, verstehen sich Trotzisten als legitime Vertreter des Marxismus-Leninismus und verfolgen letztendlich die Errichtung einer weltweiten Diktatur des Proletariats. Der aus der Sowjetunion vertriebene Leo Trotzki entwickelte zudem die Theorie der permanenten Revolution und verwarf die Idee vom Sozialismus in einem Land. Obwohl sie daran anschließend die Entwicklung der Sowjetunion unter Stalin als „Staats-, Partei- und Wirtschaftsbükratie“ scharf kritisieren, organisieren sich auch die Trotzisten strikt nach den leninistischen Prinzipien als Partei neuen Typus und folgen dem demokratischen Zentralismus.

Aufgrund ihrer revolutionären Zielsetzung und der klaren Ablehnung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung betrachten Trotzisten Gewalt als legitimes Mittel, sind aber derzeit nicht als gewaltbereit zu bewerten. Sie beobachten intensiv das politische Geschehen in Deutschland und der ganzen Welt, analysieren und diskutieren aktuelle und historische Entwicklungen und produzieren so vor allem eine bemerkenswerte Menge an Text. Neben den Websites und den Auftritten in den sozialen Medien werden regelmäßig (Online-)Zeitungen, Zeitschriften und Bücher zu verschiedenen Themen veröffentlicht.



Plakatwerbung für eine trotzkistische Schulungsveranstaltung in Köln auf Instagram

Typisch sind auch kleinere Diskussions- und Informationsveranstaltungen sowie Studienkreise zu den ideologischen Schriften. Außerdem werden regelmäßig mehrtägige Veranstaltungen angeboten, bei denen man sich mit den anderen nationalen Sektionen der jeweiligen Weltorganisation trifft, an denen aber oft auch Anhänger anderer (trotzkistischer) Gruppen sowie interessierte Einzelpersonen teilnehmen können.

Insgesamt ist das Personenpotential der trotzkistischen Gruppen in Nordrhein-Westfalen überschaubar. Die Zahl der tatsächlichen Mitglieder in den Organisationen wird auf unter 200 Personen geschätzt. Die Trotzisten sind aber als ideologisch sehr überzeugt und als sehr aktiv zu bewerten. Durch die für sie handlungsleitende These, dass die Transformation der Gesellschaft zum Kommunismus nicht allein durch die Partei, sondern nur durch die gesamte Arbeiterklasse erreicht werden könne, verfolgen sie die Taktik des Entrismus. Dies bedeutet, sie engagieren sich offen oder konspirativ in größeren politischen Organisationen. Das heißt, dass sie durch ihre Mitarbeit und ihre beschriebenen ideologischen Analysen einen Einfluss auf andere Personenzusammenhänge, Initiativen und Einzelpersonen ausüben.

Wie im zweiten Kapitel ausgeführt, ist das trotzkistische Spektrum sehr fragmentiert und splittet sich in eine ganze Reihe von Klein- und Kleinstgruppen auf. Im Folgenden werden daher die fünf aktuell relevantesten Gruppen in Nordrhein-Westfalen näher betrachtet. Drei weitere Organisationen, die in geringem Umfang ebenfalls in Nordrhein-Westfalen in Erscheinung treten, werden hier nur kurz erwähnt. Erstens die **Sozialistische Gleichheitspartei (SGP)** und ihre Jugendorganisation **International Youth and Students for Social Equality (IYSSE)**. Die **SGP** tritt, bisher als einzige trotzkistische Organisation, bei Wahlen an, zuletzt bei der Bundestagswahl 2025. Dabei erhielt sie 5.923 Stimmen (0,0 Prozent) bundesweit. Sie hat, neben Berlin und Hessen, auch einen Landesverband in Nordrhein-Westfalen und eine **IYSSE** Hochschulgruppe in Bochum.

Die Organisation **REVOLUTION - kommunistische Jugendorganisation (REVO)** hat seit 2020 eine Ortsgruppe in Dortmund. **REVO** ist die Jugendorganisation der Gruppe Arbeiter*innenmacht (GAM), welche selber keine Strukturen in Nordrhein-Westfalen hat. Die Kleinstgruppe in Dortmund beteiligt sich an pro-palästinensischen und an antifaschistischen Versammlungen und hat vereinzelt auch eigene Informations- und Diskussionsveranstaltungen durchgeführt.

Auch die Revolutionäre **Internationalistische Organisation/Waffen der Kritik (RIO/WdK)** beteiligt sich an pro-palästinensischen Protesten. Unter dem Namen „Marxistische Hochschulgruppe“ ist die Gruppe in Münster und Dortmund vertreten und richtet sich gezielt an Studieneinsteiger. Die Gruppe in Münster hat unter anderem erklärt, gegen „Bürgerliche Staats und Demokratietheorien“ zu kämpfen, und will in Verbindung mit der „Arbeiter:innenklasse [...] das verrottete System“ zerschlagen. Außerdem organisierte die Gruppe Anreisen zu den Protesten gegen den Bundesparteitag der **AfD** im Juni 2024 in Essen und rief zu diesem Anlass einmal mehr zu einer „Einheitsfront gegen den Faschismus, die Regierung und die Bosse“ auf.

Sozialistische Alternative und Sozialistische Organisation

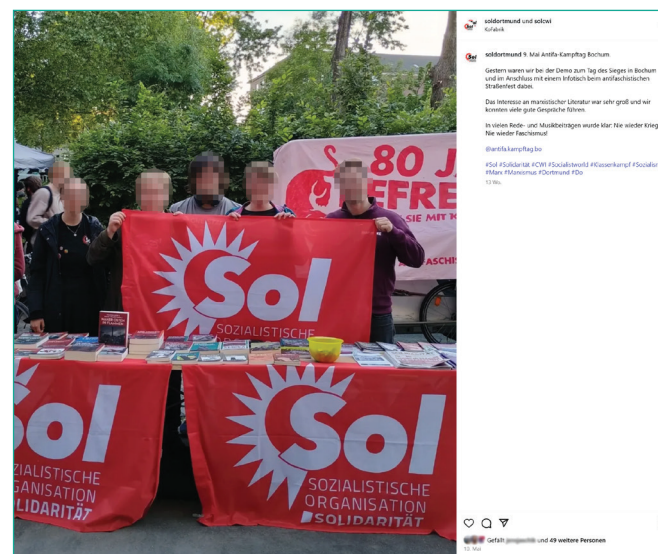
2019 trennte sich nach „neunmonatige[r] Debatte“ im Committee for a Workers' International (CWI) die **Sozialistische Organisation Solidarität (SOL)** von der **Sozialistischen Alternative (SAV)**. Folgt man einer Darstellung der **SOL**, liegen die Hintergründe in der politischen Strategie der Sektionen in Griechenland, Hong Kong, den USA, Wales und Irland. Im Kern ist der Vorwurf zu erkennen, die jeweiligen Sektionen hätten der Arbeiterklasse keine „sozialistische Perspektive“ gezeigt und ihre Forderungen zu sehr dem politischen Mainstream angepasst. Nach Ansicht der spaltenden Fraktion haben sich ihre inneren Gegner zu sehr „kapitalistischen Sachzwängen“ angepasst, obwohl „die Aufgabe eine wirklich sozialistische Massenkraft aufzubauen, die die Überwindung der Klassenherrschaft des Bürgertums anstrebt“, noch nicht erreicht worden sei. Darüber entstanden zunächst zwei Fraktionen in CWI und in der Folge auch in der deutschen Sektion. International besteht die CWI weiter, in dieser ist nun als deutsche Sektion die **SOL** organisiert, die **SAV** ist Teil der International Socialist Alternative (ISA).

Diese Spaltung hat sich auch auf Nordrhein-Westfalen ausgewirkt, so sind ganze **SAV**-Ortsgruppen zur **SOL** übergegangen. Aktuell hat die vormals größte trotzkistische Struktur **SAV** nur noch in Aachen und Köln Ortsgruppen. Die neue **SOL** hat ebenfalls in Aachen und Köln, darüber hinaus aber auch in Bielefeld, Bochum, Bonn, Dortmund und Hamm, lokale Gruppen. Das Personenpotenzial bei der Organisationen in Nordrhein-Westfalen liegt bei rund 50 Angehörigen.

Inhaltliche Schwerpunkte beider Gruppierungen sind vor allem ökonomische und soziale Themen, die Mitglieder sind aufgefordert, sich in gewerkschaftlichen Zusammenhängen und der Partei DIE LINKE zu engagieren. Die **SOL**

hat zudem 2023 die Jugend für Sozialismus gegründet, welche sich von der **Linksjugend [‘solid]** abgespalten hat. Dabei versuchen sie ihre marxistisch-leninistischen Sichtweisen einzubringen und verstehen sich als interne revolutionäre Kritiker, klar zu erkennen beispielsweise in einem Kommentar der **SAV** zum Bundesparteitag der Partei DIE LINKE im Mai 2025. Die im Leitantrag des Parteitages formulierte Aussage, die Bundesregierung betreibe „Aufrüstung um der Aufrüstung willen“, sei falsch, vielmehr bereite sich der „deutsche Imperialismus“ darauf vor, seine ökonomischen Interessen durchzusetzen.

Diese eindeutige Diktion ist eine übliche links-extremistische Vereinfachung, da implizit kein Unterschied zwischen der aktuellen Politik der Bundesregierung und derjenigen aller deutschen Staaten seit dem Kaiserreich von 1871 gemacht wird. Ideologisch folgerichtig fordert die **SAV** dann auch von der LINKEN, sich analytisch, programmatisch und methodisch „auf das Zeitalter der imperialistischen Konfrontation“ vorzubereiten. Nur so „könne eine Alternative zu diesem wahnsinnigen System“ aufgebaut werden.



Instagram-Post als Werbung für den Informationsstand der SOL auf einer Veranstaltung in Bochum

In der Praxis organisieren beziehungsweise beteiligen sich **SAV** und **SOL** regelmäßig an Demonstrationen, etwa von Gewerkschaften und in den Bereichen Antifaschismus, Ökologie, Feminismus. Bei eigenen Veranstaltung handelt es sich oft um Infostände oder Vorträ-

ge zu den einschlägigen Themen. Der der **SOL** nahestehende Manifest Verlag hat außerdem ein breites Sortiment von ideologischer Literatur über Poster von Marx, Lenin, Trotzki bis zum Poloshirt anzubieten.

Revolutionäre Kommunistische Partei/ Revolutionary Communist International vormalig DER FUNKE/ International Marxist Tendency

Die seit 2024 als **Revolutionäre Kommunistische Partei (RKP)** bezeichnete Organisation hat die jahrzehntelang verfolgte Strategie des Entrismus in sozialistischen oder sozialdemokratischen Parteien aufgegeben. Sie folgte damit einer strategischen Neuausrichtung ihrer Weltorganisation, die sich ihrerseits als Revolutionary Communist International (RCI) einen neuen Namen gegeben hat. Hintergrund dürften, entgegen den Verlautbarungen der Organisation, allerdings weniger aktuelle Erfolgsaussichten für eine Revolution, als vielmehr Unvereinbarkeitsbeschlüsse der Labour Party in Großbritannien gegen mehrere links-extremistische Fraktionen sein, darunter auch die englische Sektion der RCI beziehungsweise International Marxist Tendency (IMT).

Die RCI ist Produkt einer ganzen Reihe von Spaltungen, die bis auf die Workers International League (WIL) zurückgeführt werden können, die in Großbritannien von 1937 bis 1944 bestand. Die prägende Person war Ted Grant (1913 bis 2006), der bis heute für die RCI, neben Marx, Engels, Lenin und Trotzki der maßgebliche Ideologe ist. Auch die derzeitige ideologische und organisatorische Führungsperson der RCI, der Brite Alan Woods (geboren 1944), war über Jahrzehnte eng mit Grant

verbunden und hatte sich mit diesem 1992 als Minderheit vom Committee for a Workers International (CWI) abgespalten. Die deutschen Sektionen folgten stets den internationalen beziehungsweise den britischen Trennungslinien der Strömung. So spaltete sich 1992 auch in Deutschland eine Minderheit von der damaligen deutschen Sektion des CWI, der oben beschriebenen **SAV**, ab und schloss sich als Der Funke der IMT an. An Universitäten nutzte Der Funke auch die Bezeichnung Marxistische Studierende oder bezeichnete sich einfach als Kommunisten.

2024 wurde in allen Sektionen eine inhaltlich identische Kampagne zur Gründung einer revolutionären kommunistischen Partei durchgeführt. Vor Deutschland entstanden bereits in Großbritannien, der Schweiz, Brasilien, Irland und Kanada Revolutionäre Kommunistische Parteien aus den vorherigen Sektionen der IMT.

Die Ortsgruppen von Der Funke änderten die Bezeichnung zu **Revolutionäre Kommunistische Partei** auf ihren Internetpräsenzen und mobilisierten für die Gründung der deutschen **RKP** im November 2024. Dabei versuchten sie intensiv den Eindruck zu erwecken, ein epochales Ereignis stünde bevor. So wurden etwa alle sich als Kommunisten verstehende Menschen aufgerufen, der **RKP** beizutreten. Auf der Website der Organisationen wird seitdem auch ein ausfüllbares Formular für den Eintritt angeboten und intensiv beworben, eine für Trotzkisten eher ungewöhnliche Maßnahme, die üblicherweise auf gut geschulte Kader und nicht auf eine möglichst große Organisation setzen. Im Manifest der RCI wird das Selbstverständnis als Avantgardepartei klar benannt. Demnach beginne der Weg zu den Massen, damit die „fortschrittlichsten und klassenbewusstesten Schichten zu gewinnen.“ Die RCI hält die Masse der Arbeiter tatsächlich für unfähig, sich politische Theorie anzueignen und erklärt, mit Verweisen auf Lenin und Trotzki, dass „die Taktik ausgehend von der konkreten Erfahrung der Arbeiterklasse“ entwickelt werden müsse. Korrespondierend zu den politischen Bedingungen könne die

Strategie der Kommunisten dann zum Beispiel der Eintritt in „reformistische Organisationen“ sein. Überraschenderweise kommt man aber zum Schluss, aktuell sei die erfolversprechendste Strategie die Gründung der Kommunistischen Partei.



Auf Instagram wirbt die RKP um neue Mitglieder

Diese Partei soll aber, so der aktuelle Stand, nicht an Wahlen teilnehmen. Zur Bundestagswahl 2025 heißt es im Leitartikel der **RKP**-Publikation „Der Kommunist“:

„Mit deinem Kreuz am 23. Februar kannst du den Militarismus und den industriellen Niedergang Deutschlands nicht aufhalten. Keine der Parteien wird dem etwas entgegensetzen. Und trotzdem kannst du jetzt die richtige Wahl treffen: Mach mit bei unserer Anti-Militarismus-Kampagne und bau die RKP auf! Der Todeskampf des deutschen Imperialismus bedeutet heftige Angriffe auf die Massen. Diese Attacken werden aber die „guten alten Zeiten“ nicht wiederbringen. Und das wird Widerstand provozieren. Die RKP will diesen Kampf auf die tatsächliche Ursache lenken: den Kapitalismus in seinem imperialistischen Stadium. Bereite dich mit uns darauf vor!“

Die zentrale Steuerung durch die internationale beziehungsweise britische Führung ist bei der **RKP** besonders ausgeprägt. In der Konsequenz veröffentlichen die Ortsgruppen keine

eigenen Grundsatzpapiere oder Ansichten, die abweichende Positionen erkenntlich werden lassen. Auch wenn immer wieder vordergründig von Diskussion gesprochen wird, ist durch die Veröffentlichungen mehr als deutlich gemacht, dass man bereits eine klare Strategie

hat. Die Aufgabe der Kader und der Mitglieder wird dementsprechend von der Leitung vorgegeben und ist schlicht eine Projektion von Lenins Theorie auf aktuelle politische Erscheinungsformen:

„Die jungen Kommunisten sind vor allem dort aktiv, wo der Rest der radikalisierten Jugend in Bewegung ist – z.B. nach wie vor bei Fridays for Future, bei den Protesten gegen die AfD oder den Völkermord in Palästina. Dabei haben sie die Notwendigkeit des Sozialismus bereits verstanden und wollen sich dafür

auch organisieren. [...] Unser Ziel ist, die Revolutionäre Kommunistische Partei aufzubauen, mit der wir den Kapitalismus stürzen können. Diese große Aufgabe beginnt mit einem kleinen Schritt: Wir müssen überall, wo wir sind, mutig als Kommunisten auftreten! So finden wir um uns herum die Leute, die schon jetzt konsequent gegen den Kapitalismus kämpfen wollen, und können sie in kommunistischen Zellen zu revolutionären Kadern ausbilden. Dabei geht es nicht darum, möglichst viele Bücher zu lesen oder endlose Diskussionen zu führen. Revolutionärer Kader wird man, indem man als Kommunist an den Kämpfen um sich herum teilnimmt und stets Position für die Interessen der Arbeiterklasse und die sozialistische Revolution bezieht. Nimm unsere Zeitung und finde die nächsten Kommunisten!“

Aktive Ortsgruppen in Nordrhein-Westfalen bestehen in Köln, Münster und, im Juli 2024 neugegründet, in Dortmund. Die am längsten bestehende Ortsgruppe ist die in Köln, welche neben Der Funke Köln auch als Marxistische

Studierende Köln aufgetreten ist. Tatsächlich hat sich die Zahl der Mitglieder durch die intensive Kampagne zur Gründung der **RKP** erhöht, sie befindet sich in Nordrhein-Westfalen aber noch im unteren zweistelligen Bereich. Mitglieder der **RKP** werden kontinuierlich ideologisch geschult und sind intensiv in die Aktivitäten der Gruppe eingebunden. So planen die Ortsgruppen „woran jedes Mitglied in der nächsten Woche arbeiten kann.“ Innerhalb des linksextremistischen Spektrums wird die **RKP** beziehungsweise die RCI sehr kritisch gesehen. Ein Vorwurf gegen die Gruppe ist, dass sie insbesondere junge und politisch unerfahrene Menschen an Hochschulen rekrutiere, diese bei Informationsveranstaltungen gezielt überrumple, in die Organisation dränge und ihre Mitglieder dann finanziell ausbeute. Insgesamt betrachtet ist die **RKP** in Nordrhein-Westfalen isoliert vom Rest der linksextremistischen Szene, wird aber bisher bei Versammlungen geduldet. Im Wesentlichen bleibt sie aber unter sich und organisiert vor allem eigene Informations- und Schulungsveranstaltungen. In den sozialen Medien und auf der eigenen Website berichten die verschiedenen Ortsgruppen dann über ihre Aktivitäten und verbreiten eigene Stellungnahmen und die Erklärungen der RCI.

Internationale Sozialistische Organisation

Zur **Internationalen Sozialistischen Organisationen (ISO)** haben sich 2016 zwei trotzkistische Organisationen zusammengeschlossen, die internationale sozialistische linke (isl) und der Revolutionäre Sozialistische Bund (RSB). Die **ISO** ist Teil der IV. Internationale, die sich in ungebrochener Kontinuität zur gleichnamigen 1938 mit Trotzki gegründeten Organisation sieht. Tatsächlich gab es auch hier diverse Spaltungen.

Die **ISO** hat nach eigenen Angaben in Nordrhein-Westfalen Ortsgruppen in Bielefeld, Dortmund, Düsseldorf, Köln und Oberhausen. Die Mitgliederzahl bewegt sich geschätzt um

die 30 Personen. Die **ISO** bezieht sich stark auf den sogenannten Ökosozialismus, wozu der 18. Weltkongress der IV. Internationale im Februar 2025 ein Manifest verabschiedete. Demnach bestehe weltweit die „objektive Notwendigkeit einer ökosozialistischen, antirasistischen, antimilitaristischen, antikolonialistischen und feministischen Revolution.“ Auch wenn „Reformen, die die Logik des kapitalistischen Systems akzeptieren“ als ungeeignet abgelehnt werden, hat die IV. Internationale ein „antikapitalistisches Übergangsprogramm“ formuliert. Dieses beruft sich ausdrücklich auf das Kommunistische Manifest (1848) und auf die 1938 von Trotzki formulierten „Aufgaben der IV. Internationalen.“ Darin enthaltene Forderungen

„[...] wie gleitende Lohnskala und gleitende Arbeitszeitskala; Arbeiterkontrolle in den Fabriken, Öffnung der „geheimen“ Konten der Unternehmen; Enteignung der Privatbanken; Enteignung bestimmter Gruppen von Kapitalisten“

werden beibehalten und ergänzt um die relativ konkreten „Grundzüge einer ökosozialistischen Alternative zum kapitalistischen Wachstum“. Neben erwartbaren Forderungen nach Vergesellschaftung des Energie- und Finanzsektors sowie von „BigTech- und Social-Media-Giganten“, sollen unter anderem auch „indigenes Wissen und indigene Erfahrungen“ herangezogen werden und ein „radikaler Bruch mit der Ideologie der Herrschaft des Menschen über die Natur“ vollzogen werden. Für eine materialistische Organisation vergleichsweise überraschend erklärt die IV. Internationale, man könne sich im Bereich Umweltschutz nicht auf die Vernunft alleine verlassen. Vielmehr brauche es eine „Kultur der „Fürsorge“, wie diese von den indigenen Völkern mit dem Begriff „Liebe für Pachamama“, zum Ausdruck gebracht werde. Dies bedeute „Einfühlungsvermögen, Respekt, Umsicht und eine globale Sichtweise“. Die trotzkistische Perspektive der Weltrevolution findet sich dann auch in der programmatischen Erklärung wieder, es werde

„keine Lösung auf nationaler Ebene geben; eine gerechte ökosozialistische Alternative kann zwar in einem Land beginnen, aber ihre vollständige Umsetzung erfordert die Abschaffung des Kapitalismus auf globaler Ebene.“

Die Außenwirkung der **ISO** ist überschaubar und steht offenkundig nicht im Fokus der Organisation. Eigene Veranstaltungen sind eher die Ausnahme, man beteiligt sich jedoch an thematisch passenden Veranstaltungen, etwa im Bereich Antifaschismus oder aktuell zum Nahost-Konflikt oder dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine. Die herausragende eigene Veranstaltung war die 2025 zum sechsten Mal in Köln durchgeführte „Öko-sozialistische Konferenz“, an der sich auch Vertreter anderer Organisationen beteiligten. Neben dem Thema Ökosozialismus hat man sich eigenen Angaben zufolge mit Energieversorgung, Imperialismus, Nationalismus, den Kriegen im Nahen Osten und dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine sowie der Frage „was der neue Aufbruch in der Partei DIE LINKE für die verstärkte ökosozialistische Organisation bedeuten kann“, beschäftigt. Mit dem letzten Punkt zeigt sich auch der Schwerpunkt der **ISO**, die Mitarbeit beziehungsweise der Entrismus in den Gewerkschaften, antifaschistischen Bündnissen und besonders in der Partei DIE LINKE. Dabei ist für die **ISO** klar, welche Strategie in der LINKEN zu verfolgen ist:

„Die Mitglieder der ISO werden für eine Schärfung des bewegungsorientierten und antikapitalistischen Kerns der Partei streiten und sich für den Erhalt des sozialistischen Charakters der Partei einsetzen. In diesen Zeiten ist eine glaubwürdige, aktive und kämpferische sozialistische Partei nötiger denn je.“

Parlamentsorientierter Linksextremismus

Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

Die **DKP** mit Hauptsitz in Essen gliedert sich in Grund-, Kreis-, Bezirks- und Landesorganisationen sowie eine Bundesorganisation. In Nordrhein-Westfalen hat sie etwa 800 Mitglieder. Auf dem 26. Parteitag 2025 wurden der Parteivorsitzende Patrik Köbele und seine Stellvertreterin Wera Richter zum wiederholten Mal in ihren bisherigen Ämtern bestätigt. Die **DKP** hat eine Website und gibt die Wochenzeitung „Unsere Zeit“ als Print- und Onlineversion heraus. Zudem erscheint vierteljährlich das Theoriemagazin „Marxistische Blätter“, in dem neben Beiträgen von Parteimitgliedern auch Gastbeiträge von in- und ausländischen Gewerkschaftern, Journalisten und Wissenschaftlern veröffentlicht werden.

Der marxistisch-leninistische Jugendverband **Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)** bezeichnet sich als „eigenständige Organisation, die der **DKP** nahe steht, aber unabhängig von ihr eine eigene marxistische Jugendpolitik entwickelt.“ Zur Vermittlung der sozialistischen Ideologie des Jugendverbandes wird zweimonatlich das Magazin POSITION herausgegeben. Die **SDAJ** betreibt außerdem eine Homepage, auf der neben Artikeln aus der POSITION weitere Texte und auch Videos veröffentlicht werden. Regelmäßig organisiert die **SDAJ** auch größere Veranstaltungen, wie 2025 zum Beispiel das „Festival der Jugend“ in Bottrop.

Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)

Die **MLPD** versteht sich als Kaderpartei. Wer Mitglied werden will, muss eine mindestens dreimonatige Kandidatenzeit durchlaufen. Die **MLPD** hat in ihren „organisationspolitischen Grundsätzen“ festgelegt, dass ihre Mitglieder unter anderem die Pflicht haben,

„1) ständig das Studium des Marxismus-Leninismus, der Mao-Zedong-Ideen und der ideologisch-politischen Linie der Partei mit der revolutionären Praxis eng zu verbinden. [...] 8) unversöhnlich zu sein gegen alle Abweichungen vom Marxismus-Leninismus und von den Mao-Zedong-Ideen sowie von der ideologisch-politischen Linie der Partei.“

Betriebs- oder Wohngebietsgruppen sind die unterste Ebene der Partei und bilden „das wichtigste Bindeglied zwischen der Partei und den Massen“. Darauf aufbauend kommt die Ortsebene als zweite hierarchische Stufe und dann als dritte Stufe die Kreisebene - die „Organisationsebene der Partei, wo sich die Gesamtheit der Theorie und Praxis des Klassenkampfes aufs Engste durchdringen“. Um die „Überlegenheit der proletarischen Denkweise im Kampf gegen das gesetzmäßige Vordringen der kleinbürgerlichen Denkweise“ zu schützen, hat die **MLPD** ein inneres „System der Selbstkontrolle“ errichtet. Dieses „wird durch das Zentralkomitee geführt und durch eine Zentrale Kontrollkommission kontrolliert.“

Auf Bundesebene fasst der Parteitag - den Grundsätzen der **MLPD** entsprechend - alle vier Jahre Beschlüsse zu den Richtlinien der Partei und zur ideologisch-politischen Linie. Der Parteitag wählt darüber hinaus auch mit dem Zentralkomitee, der Zentralen Kontrollkommission und der Zentralen Revisionskommission die Leitungsgremien auf Bundesebene. Das Zentralkomitee ist unter anderem dafür zuständig, zwischen den Parteitagen

grundsätzliche Entscheidungen zu treffen, darüber hinaus entscheidet es über den strukturellen Aufbau der untergeordneten Organisationseinheiten. Außerdem wählt es den Vorsitzenden, dessen Stellvertreter und den Parteigeschäftsführer. Die aktuelle Vorsitzende der Partei ist Gabi Fechtner, die diesen Vorsitz seit 2017 innehat.

Die **MLPD** verfügt außerdem über den Jugendverband **REBELL** und die Kinderorganisation Rotfuchse. Laut des Statuts der **MLPD** ist der Jugendverband organisatorisch selbstständig, arbeite jedoch „unter der ideologisch-politischen Führung und im Rahmen der Strategie der Partei“. International ist die **MLPD** in der International Coordination of Revolutionary Parties and Organizations (ICOR) organisiert.

DKP und MLPD im Vergleich

DKP und die **MLPD** treten regelmäßig zu Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen an, meist als **Internationalistische Liste/MLPD**. Zu Kommunalwahlen tritt die **MLPD** im Gegensatz zur **DKP** nicht als Partei an, sondern überlässt es ihren örtlichen Mitgliedern, überparteiliche Wählergruppen zu organisieren. Diese führen überwiegend die Bezeichnung *Alternativ, Unabhängig, Fortschrittlich (AUF)* in Kombination mit dem jeweiligen Ortsnamen. Zur Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen 2025 konnten solche Bündnisse in Gelsenkirchen ein, in Bergkamen zwei und in Neukirchen-Vluyn drei Mandate gewinnen. Außerdem wurde in Radevormwald ein Mandat für das von der **MLPD** unterstützte Linke Forum gewonnen. Die **DKP** trat in Bottrop, Gladbeck, Dortmund und Köln zu den Kommunalwahlen an, erreichte aber nur ein Mandat in Bottrop.

Beide Parteien haben ihren Sitz in Nordrhein-Westfalen, die **DKP** in Essen und die **MLPD** in Gelsenkirchen. Sie verstehen sich im Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung jeweils als Nachfolgerinnen der 1956 als verfassungswidrig verbotenen Kommunistischen Partei

Deutschlands (KPD). Die Verfassungsfeindlichkeit von **DKP** und **MLPD** ergibt sich bei beiden Parteien aus der marxistisch-leninistischen Ideologie. Trotz ihrer Beteiligung an den Wahlen, eines ihrer Meinung nach von der Bourgeoisie beherrschten Staates, bleibt ihr Ziel ein revolutionärer Umsturz und die Etablierung der Diktatur des Proletariats im Sinne der in Kapitel 2 ausgeführten Ideologie.

Dessen ungeachtet sind **DKP** und **MLPD** Konkurrentinnen. Die **MLPD** stuft die **DKP** als reformistisch ein, da ihre politische Ausrichtung

„auf der Grundlage der vom XX. Parteitag der KPdSU ausgegangenen revisionistischen Linie eines „friedlichen Weges zum Sozialismus“ durch eine „Strategie der antimonopolistischen Demokratie“

erfolgt sei.

Der XX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) vom 14. bis 25. Februar 1956 war ein Wendepunkt in der Geschichte des 20. Jahrhunderts. Zum Abschluss des Parteitags hielt der Staats- und Parteichef Nikita Sergejewitsch Chruschtschow die berühmte fünfstündige Rede „Über den Personenkult und seine Folgen“. Darin kritisierte er seinen bereits 1953 verstorbenen Vorgänger Stalin zum ersten Mal öffentlich und sprach von einer Terrorherrschaft und einem ausufernden Kult um die eigene Person. Diese Rede markiert den Beginn der „Entstalinisierung“ und der sogenannten „Tauwetterperiode“ des Kalten Krieges.

Für die **MLPD** war dieses Ereignis der „Sieg der Konterrevolution“ und der Beginn der „Zerstörung des Sozialismus von innen“. In der Folge sei in der Sowjetunion der Kapitalismus restauriert und in der DDR sei von einer „kleinbürgerlichen Bürokratie in Partei, Staat, Wirtschaft und den bewaffneten Organen ein bürokratisch-kapitalistisches System errichtet“ worden. In ähnlicher Weise, so die Interpretation der **MLPD**, sei in China nach dem Tod Mao Zedongs von einer „bürokratischen Monopolbourgeoisie neuen Typs“ ab 1976

der Kapitalismus restauriert worden. Demgegenüber beansprucht die **MLPD** für sich den „echten Sozialismus [in dem die], Einheit von Mensch und Natur so weit wie möglich wiederhergestellt werden und die Reichtümer allen zugutekommen“ [sic!]. Für die **MLPD** sind also Stalin und Mao Zedong Vorbilder und ihre Nachfolger Verräter an der Ideologie. Für die **DKP** gehören hingegen die „vier Jahrzehnte der DDR [...] zu den größten Errungenschaften der deutschen Arbeiterbewegung“. Stalin und Mao werden in ihrem Programm nicht genannt.



Flyer der MLPD zur DDR-Geschichte

Auch in Bezug auf die aktuelle Weltlage zeigen sich die unterschiedlichen Standpunkte beider Parteien. Im Falle des Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine wird die NATO vonseiten der **DKP** traditionell als Aggressor verstanden. Die **DKP** nimmt daher eine pro-russische Haltung ein und unterstellt der NATO, bereits seit 2014 für ihre eigene Osterweiterung einen Krieg in der Ukraine zu führen. Friedenspolitisch spricht sich die **DKP** für die Beendigung der

kriegerischen Auseinandersetzungen aus und stellt sich gegen Aufrüstungspläne. Im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt solidarisiert sich die Partei unter Ausblendung der Terroranschläge gegen den Staat Israel vom 7. Oktober 2023 mit dem palästinensischen Volk. Vonseiten der **MLPD** wird der Krieg in der Ukraine als Konsequenz imperialistischer Bestrebungen der NATO, aber auch der Russischen Föderation, welche als neu-imperialistisch definiert wird, verurteilt. Die Terroranschläge gegen den Staat Israel vom 7. Oktober 2023 verurteilt die **MLPD** scharf als „faschistisch“, spricht sich aber grundsätzlich für den Befreiungskampf des palästinensischen Volks aus.

Verbunden mit der Sorge eines Dritten Weltkrieges atomaren Ausmaßes verurteilen beide Parteien die kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Israel und den Vereinigten Staaten von Amerika gegen die Islamische Republik Iran.



Aufruf der DKP zu den Ostermärschen auf Instagram

Die **DKP** und die **MLPD** beteiligen sich an oder organisieren Veranstaltungen, Kundgebungen und Demonstrationen im Rahmen der internationalen Solidarität für das palästinensische Volk und prangern das Verhalten Israels als Völkermord an. Im gleichen Maß richtet sich der Protest der Parteien, auch in Kleingruppen, gegen die Rüstungsindustrie, Aufrüstungspläne, eine Militarisierung der Ge-

sellschaft und die Abwälzung der Krisenlasten auf die Bevölkerung. Beide Parteien stehen der trotzkistischen Auslegung des Kommunismus, insbesondere der Auffassung einer „permanenten Revolution“, ablehnend gegenüber, auch wenn es auf örtlicher Ebene personenbedingt beziehungsweise in der Sache zu Zusammenarbeitsformen kommen kann.

Feste Termine im Laufe des Jahres für beide Parteien sind das Luxemburg/Liebke-Wochenende Anfang Januar in Berlin, der internationale Frauentag am 8. März, die Ostermärsche, der Tag der Arbeit am 1. Mai und der Tag der Befreiung am 8. Mai. Friedensaufrufe mit Kundgebungen finden am 6. und 9. August, den Abwurfdaten der Atombomben in Hiroshima und Nagasaki, und am 1. September, der Weltfriedenstag -Antikriegstag, statt. Weitere Veranstaltungen und Feierlichkeiten, wie zum Beispiel im Sommer, werden durch die **MLPD** an der Parteizentrale der **MLPD** in Gelsenkirchen und von der **DKP** an der Karl-Liebke-Schule in Leverkusen durch die **DKP** ausgerichtet.

Linksextremistische Zusammenschlüsse in der Partei DIE LINKE

Der überwiegende Teil der Mitglieder der Partei DIE LINKE und wesentliche Teile der politischen Forderungen sind nicht als extremistisch anzusehen. Die Partei DIE LINKE lässt allerdings innerparteilich Zusammenschlüsse zu und fördert diese teilweise sogar, bei denen Anhaltspunkte für eine linksextremistische Bestrebung bestehen. Der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen beobachtet daher nicht die Partei DIE LINKE als Ganzes, sondern nur die linksextremistischen Zusammenschlüsse in der Partei DIE LINKE. Dies sind die **Kommunistische Plattform (KPF)**, die **Sozialistische Linke (SL)**, die **Antikapitalistische Linke (AKL)** und der Jugendverband **Linksjugend [‘solid]**.

Kommunistische Plattform und Sozialistische Linke

Die **Kommunistische Plattform** vertritt am deutlichsten von den beobachteten Zusammenschlüssen in der Partei DIE LINKE extremistische Positionen. Sie bekennt sich zur marxistisch-leninistischen Tradition und strebt den Aufbau einer kommunistischen Gesellschaft an. Nicht zuletzt aufgrund der politischen Vergangenheit vieler ihrer Mitglieder befasst sich die **KPF** häufig in verklärender bis revisionistischer Interpretation mit der Geschichte des Kommunismus und besonders mit der DDR. Charakteristisch ist auch eine antiimperialistisch geprägte dichotome Weltsicht, also eine grundsätzlich ablehnende Haltung gegenüber der NATO bei gleichzeitig unkritischer Haltung gegenüber der Politik der Russischen Föderation. So präsentierte die **KPF** bei ihrer Bundeskonferenz im April 2025, mit Bezug auf Feierlichkeiten zum Ende des Zweiten Weltkrieges und mit Blick auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine ihre Sicht auf die deutsche Geschichte und Gegenwart:

„Bei den Rüstungskonzernen knallen derweil die Sektkorken. Wie schon seinerzeit. Rheinmetall verdiente unter dem Kaiser im I. Weltkrieg, unter Hitler im II. Weltkrieg und derzeit an der Vorbereitung des möglichen Dritten. [...] Der deutsche Militarismus, der sich wieder breitmacht, hat immer den Krieg geliebt. Besonders daran muss anlässlich des 80. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus erinnert werden [...]“

Für Nordrhein-Westfalen sind allerdings in den letzten Jahren so gut wie keine Aktivitäten der **KPF** mehr festgestellt worden. Im Gegensatz zur **KPF** ist die **Sozialistischen Linke (SL)** innerhalb der linksextremistischen Strömungen in der Partei DIE LINKE die zumindest verbal gemäßigte. In ihrer mittlerweile bereits 19 Jahre alten Gründungserklärung will

sie an „linkssozialdemokratische und reformkommunistische Traditionen“ anknüpfen und versteht sich als „gewerkschaftlich orientierte Strömung“.

In den letzten Jahren zeigt sich zunehmend, dass die **SL** dem Kurs der Partei DIE LINKE oft deutlich ablehnend gegenübersteht, also zu konstatieren ist, dass sie immer weniger Einfluss auf die Partei ausübt. Außerdem hat die Abspaltung des Bündnis Sarah Wagenknecht (BSW) von DIE LINKE dazu geführt, dass einige Führungspersonen der **SL** den Zusammenschluss verlassen haben.

Aktivitäten der **SL** sind zwar etwas häufiger als im Falle der **KPF** feststellbar, insgesamt allerdings auch als rückläufig zu bezeichnen. Ihre in Nordrhein-Westfalen herausragende Veranstaltung ist die jährliche Sommerakademie in Bielefeld. Im Jahr 2025 referierten hier auch Mitglieder des BSW, was einmal mehr illustriert, dass die **SL** nicht nur um die eigene Position, sondern vielmehr um die eigene Existenzberechtigung vor allem mit sich selbst ringt.

Antikapitalistische Linke

Die **AKL** wurde als loses Netzwerk mit dem Aufruf „Für eine antikapitalistische Linke“ im März 2006 gegründet. Ziel war von Anfang an, die „neue Partei DIE LINKE programmatisch auf eine klare sozialistische Grundlage zu stellen.“ Die Mitglieder der **AKL** sind in verschiedenen Bündnissen aktiv. Die Strömung betont den „pluralistischen Charakter der **AKL** mit Mitgliedern aus verschiedenen antikapitalistischen Traditionen“ schon in ihrem Aufruf 2013. Daraus folgt, dass zahlreiche **AKL**-Mitglieder auch in anderen linksextremistischen Strukturen aktiv sind. So rufen zum Beispiel die trotzkistischen Gruppen **Sozialistische Alternative (SAV)** und **Sozialistische Organisation Solidarität (Sol)** ihre Mitglieder zum Engagement in der **AKL** auf.

Hauptziel der **AKL** ist die Überwindung des kapitalistischen Systems. Hiermit meint die **AKL** nicht lediglich die Wirtschaftsordnung, sondern die Gesellschaftsordnung im demokratischen Verfassungsstaat der Bundesrepublik Deutschland. Die Lösung gegenwärtiger Probleme wie Klimazerstörung, Rassismus oder Kriege ist nach Auffassung der **AKL** nur „in einer sozialistischen Gesellschaft möglich [...] die alle wesentlichen Produktionsmittel in Gemeineigentum hält und eine nach den Bedürfnissen von Menschen und Natur geplante Wirtschaft betreibt.“

Die **AKL** identifiziert folglich, nach marxistisch-leninistischer Lesart, im Kapitalismus die Basis aller gesellschaftlichen Missstände, die in alle Bereiche des politischen Lebens ausstrahle. Zugleich wähnt sie sich beziehungsweise die gesamte kommunistische Bewegung in einer Verfolgungssituation durch einen von einer „herrschenden Klasse“ vermeintlich kontrollierten Staat. Exemplarisch konnte dies 2021 in einer Solidaritätserklärung mit der **Deutschen Kommunistischen Partei (DKP)** festgestellt werden:

„Die **AKL** ist solidarisch mit der **DKP** und allen antifaschistischen, antikapitalistischen und sozialistischen Kräften in der Republik, die die herrschenden Klassenverhältnisse kritisieren und sich für den Aufbau von Gegenmacht und eine Veränderung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse einsetzen. [...] Aktuell erleben wir Angriffe auf die Versammlungsfreiheit u.a. durch das geplante neue Versammlungsgesetz in NRW und die Repression gegen die Demonstration gegen dieses Gesetz.“

Hinweise auf den Antiparlamentarismus der **AKL** ergeben sich offen aus Veröffentlichungen auf ihrer Website. Obwohl die Strömung in einer politischen Partei wirkt, sieht sie Parlamente nicht als Ort politischer Willensbildung, sondern als

„Bühnen für gute Oppositionspolitik. Der Veränderungsdruck kommt jedoch über die Straße. Um Gegenmacht für gesellschaftliche Veränderungen aufzubauen, brauchen wir

ein weiterentwickeltes Verständnis von parlamentarischer Arbeit.“

Die **AKL** stellt klar, dass ihr Fokus auf außerparlamentarischen Bewegungen liegt:

„Unsere Held*innen sind die aktiven Genoss*innen und Aktivist*innen aus den Stadtteilen, den Betrieben, bei Schulstreiks, in den besetzten Wäldern und vor blockierten Kasernentoren.“

Die parlamentarische Demokratie ist nach Ansicht der **AKL** keine wirkliche Demokratie, sondern Ausdruck des Klassencharakters der bestehenden Gesellschaftsordnung und Instrument einer herrschenden Klasse. Die **AKL** weist dem Parlament keine repräsentative Funktion zu, sondern reduziert es auf den Nutzen für die revolutionäre außerparlamentarische Bewegung. So auch in einer Stellungnahme des Landesverbandes NRW der **AKL** zur Bundestagswahl 2021. Deutlich wird hier auch, dass man sich als Teil einer revolutionären Bewegung gegen das bestehende System versteht:

„Es gibt keine parlamentarische oder gar populistische Alternative zu einer Strategie der beharrlichen Verankerung in der Gesellschaft in ihren Widerstandsbewegungen und dem Aufbau von außerparlamentarischen Strukturen, die eine Gegenmacht für die Durchsetzung fortschrittlicher Politik bilden. Die Zeit für einen sozial-ökologischen Systemwechsel ist knapp und die LINKE sollte keine Zeit verschwenden. Jetzt erst recht nicht.“

Wie die **SL** befindet sich die **AKL** in einer existenziellen Krise, ihre Politik hat kaum noch Einfluss auf den Kurs der Partei und ihre Verlautbarungen beschränken sich auf Kritik an der Parteilinie. Mit dem relativ überraschenden Erfolg bei der Bundestagswahl 2025 und einem großen Mitgliederzuwachs für DIE LINKE keimt aber auch wieder Hoffnung bei der **AKL** auf. Zum Parteitag der Partei DIE LINKE im Mai 2025 begrüßte die **AKL** einige Entwicklungen in der Partei, forderte aber auch:

„Aufrüstung, Nato-Begeisterung, Kriegsvorbereitung sind heute keine abstrakten Bekenntnisse, sondern knallhart durchgeführte Tagespolitik. Ihr muss eine LINKE mit ebenso knallharter Oppositionsarbeit entgegentreten – mit Blockaden, Streiks, Demonstrationen. Abwarten, Bedenken Erheben und „Relativieren“ sind keine Optionen mehr. „Auf die Barrikaden“ hieß der schöne Schlachtruf am Parteitag, aber umso klarer muss sein: Auf welche Seite der Barrikaden.“

Es bleibt abzuwarten ob die **AKL** auch vom Aufschwung der Mutterpartei profitiert und mit ihren extremistischen Positionen innerparteilich Zuspruch gewinnen kann.

Linksjugend ['solid]

Die **Linksjugend ['solid]**: ist die rechtlich unabhängige Jugendorganisation der Partei „DIE LINKE“. Diese Verbindung ermöglicht die Nutzung der Infrastruktur der Partei DIE LINKE, so können zum Beispiel die Basisgruppen die Parteibüros für ihre Sitzungen, Treffs und andere Angebote nutzen. Gemäß Selbstdarstellung sieht sich der Verband als „Plattform für antikapitalistische und selbstbestimmte Politik“. Da alle Mitglieder der Partei DIE LINKE zwischen 14 und 35 Jahren, sofern sie nicht widersprechen, Mitglied der **Linksjugend ['solid]** werden, ist die Mitgliedschaft aber nicht zwangsläufig mit einer bewussten Entscheidung für eine extremistische Organisation verbunden.

Im Gegensatz zu den anderen linksextremistischen Zusammenschlüssen in DIE LINKE konnte die **Linksjugend ['solid]** schon vom aktuellen Aufschwung ihrer Mutterpartei profitieren. Die bundesweite „passive“ Mitgliederzahl hat sich demnach seit 2024 von 16.400 auf 61.200 nahezu vervierfacht. Auch die Zahl der „aktiven“ Mitglieder hat sich von 7.500 auf 13.000 um über 70 Prozent erhöht. Außerdem sind Basisgruppen neu entstanden beziehungsweise wieder aktiv geworden. Aktuell bestehen in allen größeren Städten und in vielen Kreisen Nordrhein-Westfalens Basisgruppen. Als

Jugendverband ist die **Linksjugend ['solid]** in den sozialen Medien breit aufgestellt. Alle Ebenen veröffentlichen kontinuierlich eigene politische Inhalte beziehungsweise verbreiten die der Partei.

In ihrer Programmatik fasst die **Linksjugend ['solid]** in einer „Kritik an der Weltordnung“ alle Aktionsfelder des Linksextremismus zusammen und konstatiert eine sich immer weiter zuspitzende Krise, nicht nur in der Politik, sondern in allen Lebensbereichen:

„Unser Leben ist geprägt von unsicheren und schlecht bezahlten Arbeitsverhältnissen, ungleichen und immer weiter eingeschränkten Bildungschancen, repressiven Überwachungsmaßnahmen, alltäglichem Rassismus, Ausbrüchen faschistischer Gewalt, einschränkenden und unterdrückenden Geschlechterverhältnissen, der Einschränkung von Grundrechten und der Zerstörung der Umwelt.“

Demgegenüber stellt die **Linksjugend ['solid]** eine sozialistische Gesellschaft, in der all diese Probleme gelöst sind:

„Die Überwindung des Kapitalismus, hin zu einer demokratisch geplanten Wirtschaft, [...] wäre ein Befreiungsschlag, der es Gesellschaften endlich erlaubt frei zu denken und zu handeln. Niemand müsste hungern, an heilbaren Krankheiten sterben oder den ganzen Tag arbeiten.“

Das programmatische Ziel der Überwindung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung kommt auch in den Verlautbarungen des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen deutlich zum Ausdruck. So wurde im Leitantrag zur Landesvollversammlung 2019 ausgeführt:

„Zu grundsätzlichen Veränderungen, die es nötig machen würden, das Korsett der bürgerlichen Demokratie zu brechen, sind sie [die linksreformistischen Parteien, Anm. des Verf.] nicht bereit [...]. Es ist unsere Aufgabe, [...] aufzuzeigen, dass wirkliche Veränderungen nur durch den Kampf gegen den Kapi-

talismus errungen werden können [...]. Als Sozialist*innen und Internationalist*innen stehen wir an der Seite der Kämpfer*innen [...]. Wir wissen, dass nur eine sozialistische Umwälzung der Gesellschaft die drängenden sozialen und politischen Fragen im Sinne der Massen beantworten kann. Diese Idee tragen wir in Bewegungen, ob es jetzt vorrevolutionäre Massenbewegungen oder kleinere Kämpfe sind.“

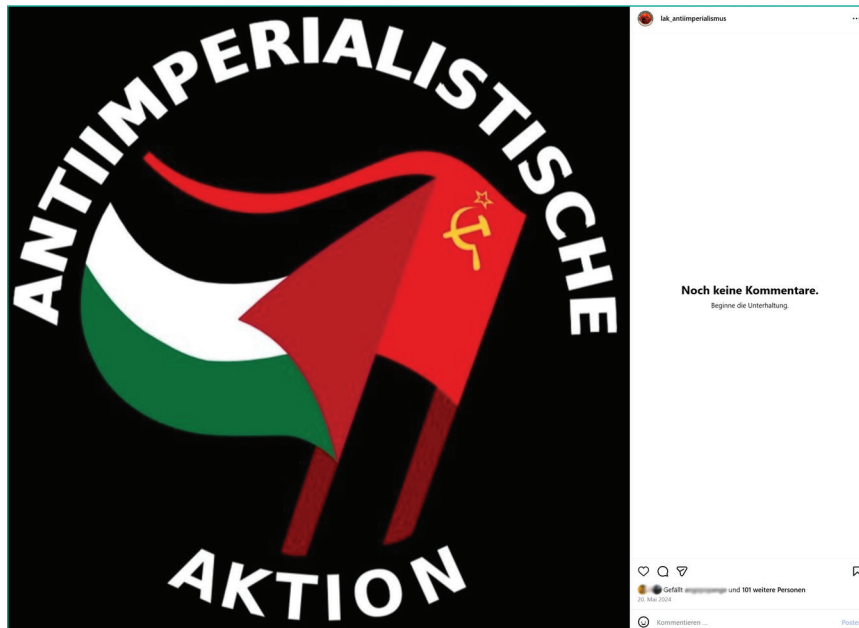
Damit bekennt sich der Landesverband dazu, die angestrebten Veränderungen im Wege einer sozialistischen Umwälzung der Gesellschaft, das heißt revolutionär, herbeiführen zu wollen. Auch die parlamentarische Demokratie wird in der Folge offen abgelehnt:

„Unserem Verständnis nach ist das Parlament nicht der zentrale Hebel, um gesellschaftliche Veränderungen durchzusetzen. Aber es ist wichtig, dort als Sprachrohr vertreten zu sein, sowohl für unsere eigenen Ideen, als auch, um betrieblichen und sozialen Bewegungen eine Stimme zu geben. Deswegen ist es ein Fehler, Verbündete in den Abgeordneten bürgerlicher Parteien zu suchen – Sozialist*innen agieren im Parlament grundsätzlich in feindlichem Terrain! Stattdessen sind unsere Verbündeten in den Betrieben, in den Vierteln, in sozialen Bewegungen, kurz: In der Arbeiter*innenklasse.“

Diese sehr eindeutigen Verlautbarungen liegen bereits einige Jahre zurück. In der Zwischenzeit hat sich die Mitgliedschaft der **Linksjugend ['solid]** deutlich verändert. So waren im Landesverband Nordrhein-Westfalen seit langem trotzkistische Gruppen wie die **Sozialistische Alternative (SAV)** beziehungsweise ab 2018 deren Abspaltung **Sozialistische Organisation Solidarität (SOL)** fest etabliert. Noch 2021 beschloss die Landesvollversammlung einen Antrag gegen den eigenen Bundeskongress, der eine Unvereinbarkeitserklärung der Doppelmitgliedschaft in der **Linksjugend ['solid]** und der **Sozialistischen Organisation Solidarität (SOL)** herbeiführen wollte. Trotz des Scheiterns der Initiative der Bundesebene spalteten sich die Trotzkisten

2023 als **Jugend für Sozialismus (JfS)** ab. Begründet wurde die Abspaltung mit einer mangelnden revolutionären Orientierung zugunsten identitätspolitischer Themen in der **Linksjugend ['solid]**, insbesondere durch den Bundesverband. Weitere Kritikpunkte der **Jugend für Sozialismus** sind die Solidarisierung des Bundesverbandes mit der Ukraine vor dem Hintergrund des russischen Angriffskrieges seit Januar 2022 sowie angebliche Versuche, kritische Stimmen innerhalb des Verbandes zu unterdrücken. Mit der Bildung der **Jugend für Sozialismus** hat daher der überwiegende Teil der Trotzkisten den Entismus in **Linksjugend ['solid]** aufgegeben. Mitglieder der **Sozialistischen Organisation Solidarität** sind seitdem auch nicht mehr in den Landesgremien vertreten.

Die oben ausgeführte Programmatik ist 2025 nicht mehr auf den Online-Auftritten abrufbar. Deutlich kürzer gehalten, tritt die **Linksjugend ['solid]** aber weiterhin für eine „sozialistische Zukunft statt Kapitalismus“ ein und fordert zu diesem Zweck die Überführung von Banken und Konzernen „[...] in öffentliches Eigentum unter [...] Verwaltung durch die Arbeiter*innenklasse“. In einem nächsten Schritt soll die Wirtschaft „entsprechend der Bedürfnisse von Mensch und Umwelt“ geplant werden. Im Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2024 wurde zudem bereits auf das neugegründete Marxistische Netzwerk innerhalb des Verbandes hingewiesen, welches „den Umsturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und den Übergang zu einer sozialistischen Gesellschaft“ anstrebt. Zudem existiert in Nordrhein-Westfalen ein „Landesarbeitskreis Antiimperialismus“ und auf Bundesebene auch ein „Bundesarbeitskreis Klassenkampf“. Letzterer bietet über Instagram und Telegram Grundlagen Schulungen zum Marxismus-Leninismus an, will „eine klassenkämpferische Politik im Verband“ etablieren und strebt „eine sozialistische, revolutionäre, demokratische und oppositionelle Ausrichtung von Verband und Partei“ an.



Sowjetische und palästinensische Fahne in einem Instagram-Post des LAK Antiimperialismus

Auf lokaler Ebene kooperieren Basisgruppen der **Linksjugend [‘solid]** unverändert mit anderen Linksextremisten oder Akteuren des auslandsbezogenen Extremismus. Zum Beispiel mobilisierte die Gruppe in Münster zusammen mit **MLPD, DKP**, der trotzkistischen **RIO**, der der **Roten Jugend Deutschland** zuzurechnenden Struktur **Aufbruch Münster** und palästinensischen Gruppen gegen einen Auftritt des Bundeskanzlers am Antikriegstag 1. September 2025. Die Basisgruppe Essen erklärte anlässlich des Christopher Street Days zusammen mit dem **Kommunistischen Aufbau** und dessen Vorfeldorganisationen **Internationale Jugend** und **Solidaritätsnetzwerk** sowie der auslandsbezogenen extremistischen Struktur **Young Struggle**:

„Wir kämpfen Seite an Seite über nationale Grenzen hinaus, denn LGTBI+ Unterdrückung wurzelt tief im kapitalistisch-imperialistischen Weltsystem. Nur durch den gemeinsamen revolutionären Kampf für den Sozialismus können wir diese Strukturen zerschlagen und echte Befreiung erreichen.“

Die Basisgruppe Euskirchen lud im Mai 2025 die trotzkistische **Gruppe Arbeiter*innen-macht** für „Input und Diskussion“ zum Thema „Imperialismus, Krieg und Die Linke“ ein. Dies sind nicht die einzigen Beispiele, die zeigen, dass nach dem Rückzug einiger extremis-

tischer Strukturen aus der **Linksjugend [‘solid]** andere an deren Stelle getreten sind und der Verband weiterhin extremistische Positionen zulässt. Der grundsätzlich bestehende innere Konflikt der **Linksjugend [‘solid]** zum Nahost-Konflikt ist aufgrund der aktuellen Entwicklungen wieder einmal aufgeflammt. Die Basisgruppe Essen und der Landesverband Nordrhein-Westfalen schrieben im August 2025, Israel sei ein „ethno-faschistischer Kolonialstaat“, in dem eine „queere Befreiung [...]“ niemals möglich sei. In einem Post der Basis-

gruppe Münster aus dem September 2025 gegen „zionistische Positionen in der Partei Die Linke“, den auch der Landesarbeitskreis Antiimperialismus liked, wurde in ähnlicher Diktion behauptet, Zionisten seien Rassisten und Israel unterstellt, es würde Minderheiten „generell vertreiben wollen“. Im Oktober 2025 distanzierten sich der Landesarbeitskreis Antiimperialismus sowie vier weitere Basisgruppen von einem Statement des Bundesverbandes, in dem, so die Ansicht der Verfasser, die Gewalt zu einseitig der **HAMAS** zu geschrieben worden sei. Im November 2025 beschloss der Gesamtverband in diesem Sinne auf seinem XVIII. Bundeskongress:

Wir haben versagt, „1.. den kolonialen und rassistischen Charakter des israelischen Staatsprojekts, der sich von seinen Anfängen bis heute in der Eroberung neuer Gebiete und in der Vertreibung ihrer Einwohner:innen ausdrückt, anzuerkennen 2. die Verbrechen des israelischen Staates, vom Apartheidsystem bis zum Genozid in Gaza, unmissverständlich beim Namen zu nennen und zu verurteilen. [...]“

Demgegenüber steht der Bundesarbeitskreis Shalom, welcher seinen verbandsinternen Gegnern vorwirft, die „Queerfeindlichkeit“ der **HAMAS** zu ignorieren und die „islamistische Herrschaft in Gaza“ zu unterstützen.

Offene Antifaschistische Treffen

Eine relevante Entwicklung im Themenfeld Antifaschismus ist die Etablierung, Verbreitung und Vernetzung von sogenannten Offenen Antifa Treffen (OAT). Gleichnamige Gründungen gab es punktuell bereits in der Vergangenheit, allerdings ist in den letzten Jahren eine Zunahme an Gründung und Etablierung derartiger Treffen zu verzeichnen.

Die hier im Fokus stehende Entwicklung begann im Jahr 2021 und dauert derzeit an. Antifaschismus und die Betätigung im Themenfeld sind nicht verfassungsfeindlich, sondern im Sinne einer wehrhaften Demokratie gesellschaftlich erwünscht. Jedoch eröffnen diese Treffen für Linksextremisten die Chance, sich in die Organisation einzubringen, sie zu beeinflussen und zu steuern, wodurch sich eine Verfassungsfeindlichkeit entwickeln kann. Diese Entwicklung soll hier im Schwerpunkt betrachtet werden.

Offene Antifa Treffen gab es zuerst im südlichen Ruhrgebiet und im Rheinland. Mittlerweile finden diese in ganz Nordrhein-Westfalen statt. Thematisch werden viele insbesondere für Linksextremisten attraktive oder von ihnen beeinflusste Narrative bedient. Aus den veröffentlichten Gründungserklärungen oder Selbstverständnissen geht etwa hervor, dass OAT auch als Reaktion auf das bundesweite Erstarken der Partei *Alternative für Deutschland* (AfD) und die damit verbundene Wahrnehmung eines Rechtsrucks der Gesellschaft etabliert werden. Damit positionieren sich OAT von Anfang an klar gegen erkennbare politische Gegner und gegen aus ihrer Perspektive eindeutig als negativ identifizierte politische Entwicklungen.

Die Bandbreite der beteiligten extremistischen Akteure umfasst dabei das gesamte ideologische Spektrum. Zudem weisen die Akteure alle im Linksextremismus bekannten Organisationsformen (zum Beispiel parteigebunden

versus anarchisch, hierarchisch versus nicht-hierarchisch) auf. Unabhängig davon sind die klassischen Konfliktlinien innerhalb des Linksextremismus (Ideologie, Organisation, Ziele) bei den Akteuren erkennbar. Wenn beispielsweise marxistisch geprägte Gruppierungen bei der Gründung einbezogen sind, beteiligen sich in der Regel keine anarchistisch geprägten Personenzusammenschlüsse. Das führt dazu, dass die Einflussnahme durch extremistische Akteure auf lokaler Ebene unterschiedlich ideologisch, organisatorisch und inhaltlich geprägt ist. Bei der regionalen und überregionalen Vernetzung und Zusammenarbeit dieser Strukturen gilt der allgemeingültige Grundsatz, dass Antifaschismus nach wie vor den „kleinsten gemeinsamen Nenner“ für die Kooperation auch unterschiedlich ausgerichteter Akteure im Linksextremismus darstellt.

Der NRW-Verfassungsschutz betrachtet die existierenden OAT-Strukturen in Nordrhein-Westfalen deshalb differenziert, denn die genannten Akteure bilden ein breites politisches Spektrum ab, darunter jedoch auch linksextremistische Gruppierungen. Eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz findet nur dort statt, wo eine aktive Beteiligung oder Beeinflussung durch linksextremistische Strukturen und Einzelpersonen festzustellen ist und sofern die weiteren rechtlichen Voraussetzungen nach dem Verfassungsschutzgesetz Nordrhein-Westfalen erfüllt sind.

Bei der Betrachtung der linksextremistischen Einflussnahme auf OAT stellt sich die Frage nach ihrer Zielsetzung. Unabhängig von Ideologie und Organisationsform streben linksextremistische Akteure den Aufbau einer Bewegung an, um einen revolutionären Umsturz des bestehenden Systems herbeizuführen und dann die avisierte Zielgesellschaft - beispielsweise Sozialismus/Kommunismus, Anarchismus - zu etablieren. Die meisten strukturell organisierten linksextremistischen Akteure, wie beispielsweise Kaderorganisationen, etablieren dafür Vorfeldorganisationen unter verschiedenen thematischen Aspekten. Diese weisen keine offensichtlichen extremistischen Bezüge auf, weil sie etwa im sozialen

Bereich angesiedelt sind und sich für bessere Lebensbedingungen einsetzen. Ebenso wie die sozialen Themen (Wohnraum, Sozialleistungen) wird durch linksextremistische Akteure das in der Gesellschaft anschlussfähige Themenfeld Antifaschismus instrumentalisiert, um mit Hilfe einschlägiger Narrative interessierte und engagierte Menschen zu radikalisieren.

Im Falle der OAT, hinter denen extremistische Gruppierungen oder Akteure stehen (extremistische Trägerstruktur) bedeutet dies, dass das bestehende gesellschaftliche und politische System im Sinne der linksextremistischen Definition des Antifaschismus (siehe auch Kapitel 4 Antifaschismus) delegitimiert wird. Im Vordergrund stehen Diskussionen über einen politischen Rechtsruck, eine Militarisierung der Gesellschaft, die Steigerung der Ausgaben für Militär zu Lasten des Sozialstaates und weitere negative Entwicklungen in anderen Themenfeldern wie Rassismus und Klima. Diese als negativ wahrgenommenen Entwicklungen werden erklärt mit der linksextremistischen These, dass die Zunahme faschistischen Gedankengutes nur ein Symptom sei, die zugrundeliegende Ursache aber im kapitalistischen Wirtschaftssystem zu finden sei. Die darin implementierte Ausbeutungslogik führe durch die Ausnutzung von Menschen und Ressourcen zur Abwertung von Individuen und Minderheiten (Rassismus/Sexismus) und durch das Anstreben von Monopolen zu autoritärem Denken (Faschismus). Das antikapitalistische Narrativ wiederum ist Ausgangspunkt der grundsätzlichen Gesellschafts- und Systemkritik aus linksextremistischer Perspektive und dient zur weiteren Radikalisierung der OAT-Angehörigen und ihrer Mobilisierung zum Kampf gegen das bestehende System.

Zugleich wird propagiert, dass diesen Entwicklungen nicht auf politischer Ebene oder mit klassischen Protestformen (Kundgebungen, Petitionen) entgegengetreten werden kann, sondern sie mit militanten Aktionen bis hin zu Angriffen auf den politischen Gegner bekämpft werden müssten. Erhöht sich das Aktionsniveau mit grenzüberschreitendem

Verhalten wie Widerstandshandlungen bei Kundgebungen oder Angriffen auf den politischen Gegner, können daraus zudem verbindende Elemente für den Bewegungsaufbau entstehen.

Diese hier nur verkürzt dargestellte Radikalisierung lässt sich aktuell insbesondere an Standorten mit etablierten OAT-Strukturen unter extremistischem Einfluss feststellen. Hier umfasst das den OAT-Strukturen zuzurechnende Aktionsfeld unangemeldete Versammlungen, Vermummungen in der Versammlung, strafrechtlich relevante Delikte wie Sachbeschädigungen oder den Einsatz von Pyrotechnik und Gewaltdelikte zum Nachteil von Polizistinnen und Polizisten.

Neben dieser Darstellung der Handlungsmotive für die Beteiligung linksextremistischer Akteure an OAT-Strukturen ist für den Befund linksextremistischer Einflussnahme auch die räumliche Verbreitung relevant. Die Standorte konzentrieren sich auf die urbanen Ballungsräume. Damit folgt die Lokalisierung der OAT dem für den Linksextremismus üblichen Muster, nach dem sich linksextremistische Strukturen eher in Städten als im ländlich geprägten Raum ausbilden. Auffällig ist darüber hinaus, dass die offenen Treffen in Anlaufpunkten stattfinden, die auch von linksextremistischen Gruppierungen genutzt werden.

Die konkreten Aktivitäten bestehen im Kern in regelmäßigen offenen Informations- und Diskussionsforen, Vortragsveranstaltungen und diversen Aktionen wie Kundgebungen, Mahnwachen und Teilnahmen an größeren Demonstrationen anderer Anmelder. Dieser offene Charakter der Veranstaltungen stellt dabei einen einfachen Einstieg für interessierte Personen dar und ermöglicht zugleich den Anschluss an das demokratische Spektrum. Vordergründig wird durch die Offenheit der Treffen Transparenz nach außen suggeriert, denn jeder Interessierte oder potenzielle Kooperationspartner kann sich jederzeit zum Thema Antifaschismus und geplanten Aktivitäten im Kontext informieren. Eine wesentliche Einschränkung dieser vermeintlichen Transpa-

renz besteht in dem beschriebenen Umstand, dass an allen Gründungen von OAT Gruppierungen oder Einzelpersonen, die aus bereits politisch aktiven Strukturen im Themenfeld Antifaschismus kommen, beteiligt waren und diese von vornherein Einfluss auf das Agenda-Setting nehmen. Inhaltlich liegt der Schwerpunkt der Treffen oftmals im Vorgehen gegen die vor Ort bestehenden Strukturen des politischen Gegners. Die Bandbreite reicht dabei von legalen bis hin zu grenzüberschreitenden Aktivitäten. Eine spezielle Form bilden Recherchen zu Personen und Organisationen des politischen Gegners, die tief in den persönlichen Bereich von Angehörigen der „rechten Szene“ reichen können. Diese Erkenntnisse bilden dabei auch Grundlage von szenetypischen linksextremistischen Aktivitäten wie Outings und Angriffen unterschiedlicher Ausprägung auf diese Personen oder Organisationen.

Der hier beschriebene Prozess der Ausbreitung von OAT-Strukturen scheint aktuell noch nicht abgeschlossen zu sein, wie auch erst diesjährige Gründungen zeigen. Allerdings wird kurz- bis mittelfristig mit einer Stagnation der Entwicklung gerechnet, da vor allem alle größeren Städte in Nordrhein-Westfalen, wie z.B. Düsseldorf, Köln, Duisburg, Dortmund, Münster oder auch Mönchengladbach und Leverkusen mittlerweile ein OAT aufweisen.

Viele dieser Zusammenschlüsse haben sich seit ihrer Gründung als attraktives Angebot zur Betätigung im Bereich Antifaschismus etabliert. Einige der OAT-Strukturen entwickelten sich von Treffen mit Diskussionen hin zu einer aktiven und aktionsorientierten Bewegung. Dabei wird ein Gemeinschaftsgefühl geschaffen, das dann im Rahmen von Aktionen genutzt wird, um ein System der Selbstvergewisserung zu erzeugen. Dies umfasst Aussagen wie die „richtige Sichtweise auf die Welt“ und „unser Tun/Handeln ist die richtige Antwort“ auf negative gesellschaftliche und politische Entwicklungen. Die Entwicklung zu einem aktionsorientierten Gemeinschaftsgefühl kann die Basis für eine strategische Koordinierung durch extremistische Trägerstrukturen bilden. Im Rahmen von politischen Informations- und

Bildungsveranstaltungen lassen sich dann leicht ideologische Grundlagen schaffen und Aktionen radikalieren. Dies kann dann zwar dazu führen, dass ursprünglich Interessierte verloren gehen. Durch eine Struktur können aber immer auch Personen für das „Neue“ gewonnen werden, die den eingeschlagenen Weg unter Umständen bereitwilliger mitgehen oder sich gar durch den Grad des Aktivismus angezogen fühlen. Die Offenheit der Struktur ermöglicht zudem die Kooperation mit Organisationen oder Personen, die eine Zusammenarbeit mit eindeutig extremistischen Akteuren meiden würden. Das eben beschriebene System der Selbstvergewisserung wird dabei nicht nur durch interne, sondern auch externe Faktoren verstärkt. Wenn eine nach eigener Anschauung notwendige, aber strafbewehrte Aktion zu einem staatlichen Handeln führt, beispielsweise einer Ingewahrsamnahme, trägt diese zur Solidarisierung - etwa in Form einer Mahnwache vor der Polizeiwache - und Steigerung des Gemeinschaftsgefühls bei. Zugleich werden die gewählten Narrative - die Polizei als „Repressionsorgan und Handlanger des faschistisch/kapitalistischen Staates“ - bedient, und als „Kriminalisierung“ des eigenen moralisch notwendigen Aufbegehrens gegen das „System“ gebrandmarkt. Wenn beispielsweise ein polizeiliches Einschreiten im Zuge einer Versammlungslage als „Polizeigewalt“ deklariert wird, die mögliche auslösende Handlung durch Linksextremisten jedoch unterschlagen wird. Dieser Prozess der Nutzung linksextremistischer Narrative durch extremistische Trägerstrukturen erfordert die Beobachtung linksextremistisch beeinflusster Strukturen durch den Verfassungsschutz auf der Grundlage des Verfassungsschutzgesetzes Nordrhein-Westfalen.

Kampfsport im Linksextremismus

Kampfsport stellt ein weiteres Betätigungsfeld im Linksextremismus dar. Dieser ist unter anderem im Zusammenhang mit der gewalt-samen Ausrichtung und der stark professiona-

lisierten Vorgehensweise der „Antifa Ost“ und im sogenannten „Budapest Verfahren“ bei Angriffen auf vermeintliche Angehörige der rechtsextremistischen Szene von Bedeutung.

Kampfsport wird in verschiedenen ideologischen Strömungen des Linksextremismus trainiert und praktiziert. Ein Schwerpunkt der im Linksextremismus ausgeübten Kampfsportarten ist vornehmlich im Bereich des Muay Thai - Thaiboxen - und des Krav Maga zu verorten. Angebote zu entsprechenden Kampfsport-/Selbstschutztrainings gibt es in mehreren nordrhein-westfälischen Städten. Diese werden offen im Internet beworben und bieten so einen niederschweligen Einstieg in linksextremistische Strukturen und deren Propaganda. Darüber hinaus stärkt die gemeinsame Ausübung von Kampfsport auch die Gruppenzugehörigkeit.

Der Aspekt der Selbstverteidigung und des „Selbstschutzes“ steht bei der Bewerbung und Eigendarstellung von Kampfsportaktivitäten im Vordergrund und stellt damit auch die primäre Motivation der Teilnehmer dar. Gerade das Aufladen von Kampfsportaktivitäten mit linksextremistischer Ideologie oder deren Veranstaltung in einem linksextremistischen Objekt stellen einen willkommenen Bezugsrahmen für sich gesellschaftlich als benachteiligt empfindende Gruppen dar. So wird beispielsweise für „FLINTA“ - Gruppen (Frauen, Lesben, intergeschlechtliche, nichtbinäre, transgeschlechtliche und agender Personen) oder Personen mit einer Abneigung gegen den in manchen Kampfsportclubs vorherrschenden Körperkult und Machismo ein niederschwelliger Zugang in linksextremistische Milieus ermöglicht. Die Ausübung von Kampfsport wirkt dann als zusätzliches identitätsstiftendes Element, das die einzelnen Akteure eng an die jeweilige Szene bindet, Kennverhältnisse vertieft und ein Gemeinschaftsgefühl erzeugt, das die Motivation für weitere Aktionen in der Gruppe steigern soll. Das Bedürfnis nach „Selbstschutz“ wird insbesondere bei der Durchführung antifaschistischer Aktionen empfunden, da diese zwangsläufig im Kontext zu Gewalt durch den politischen Gegner steht.

Linksextremistische Kampfsportgruppen verstehen sich in der Regel als antifaschistische Gruppen, weswegen es eines der Ziele dieser Gruppen ist, „eine Gegenmacht aufzubauen“.

Zur effektiven Ausübung von Gewalt, sei es aus „Selbstschutz“ oder gezielt gegen den politischen Gegner, bietet sich das Erlernen von Kampfsporttechniken an. Durch erlernte Techniken können Gegner gezielt angegriffen und gleichzeitig die Gefahr eigener Verletzungen minimiert werden. Weiterhin bietet das Trainieren verschiedener Szenarien, wie etwa Einsatz von Pfefferspray oder Verhalten in Unterzahl die Möglichkeit, das koordinierte Vorgehen einer Bezugsgruppe zu üben und zu verfestigen.

In Nordrhein-Westfalen haben sich mehrere linksextremistische Gruppen gebildet, die offen Kampfsportangebote für die Szene bieten. So gibt es in Düsseldorf eine Gruppe, die zweimal in der Woche im Freien an wechselnden Orten abgehaltene Trainingseinheiten anbietet. Die Gruppe propagiert zuallererst den „Selbstschutz“. Zusätzlich zum normalen Trainingsbetrieb werden auch themenbezogene Seminare veranstaltet, wie beispielsweise ein Praxisseminar zum Einsatz von Pfefferspray. Den engen Bezug zur linksextremistischen Szene kann man hierbei auch an den Räumlichkeiten erkennen, die von der lokalen linksextremistischen Szene genutzt werden, wie das „Linke Zentrum Hinterhof“ in Düsseldorf.

Der zuvorst propagierte Selbstschutz als Zweck der Kampfsportaktivität wird auch von plakativen Aussagen wie „Nazis boxen“ flankiert, die im öffentlichen Raum verbreitet werden.

In veröffentlichten Videobeiträgen der Gruppe werden Techniken gezeigt, die gezielt gegen „Burschenschaftler“ oder auch gegen „irgendeinen anderen Nazi“ eingesetzt werden können und sollen. Dabei bleibt bewusst offen, ob es sich um eine Reaktion auf einen Übergriff des Gegenübers handelt oder die erlernten Techniken aktiv zum Angriff auf den Gegner

eingesetzt werden sollen. In der Vergangenheit gab es in Düsseldorf bereits mehrere körperliche Übergriffe gegen Mitglieder einer lokalen Burschenschaft, die von linksextremistischen Tätern gezielt verübt wurden, zuletzt am 22. Juli 2024.

Eine weitere linksextremistische Kampfsportgruppe namens **Left Hook Köln** hat sich in Köln gegründet. Wie bereits oben dargestellt, möchte auch diese Gruppe eine „Gegenmacht aufbauen“ und „rechten Hools etwas entgegensetzen“. Die beim Kampfsport vermittelten Fähigkeiten stellen nach eigener Darstellung „nützliche Skills auf Demos“ dar. Eine Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner oder der Polizei auf Demonstrationen wird somit schon antizipiert. Der Kampfsport dient dabei als ein vorbereitendes Instrument. Zur weiteren Integration der Gruppe und einer neben dem Sport praktizierten politischen Bildung sollen auch Lesekreise und Diskussionsrunden veranstaltet werden.

Als Vernetzungsplattform für linksextremistische Kampfsportgruppen und -akteure dient die seit 2023 halbjährlich stattfindende „Red Corner Summer School“ beziehungsweise „Red Corner Winter School“ in Oberhausen. Hier lassen sich die Teilnehmer neben diversen Trainingseinheiten auch theoretisch beschulen. Über ein ganzes Wochenende ist Raum für ein gegenseitiges Kennenlernen und Vernetzen.

Neben Gruppen und Vernetzungsveranstaltungen haben sich szenenahe Anbieter für Merchandise-Artikel in der linksextremistischen Szene etabliert.

Daneben werden Kampfsportveranstaltungen im Bundesgebiet durchgeführt, um Einnahmen für die kurdischen Gebiete in Nordsyrien (Rojava) zu generieren, so geschehen bei der Veranstaltung „Thirtysix Fights - Fighting in Solidarity“ in Berlin. Hierbei lässt sich ein enger Bezug zu weiteren Themenfeldern der linksextremistischen Szene erkennen, in diesem Fall der Kurdistansolidarität.

Die Befassung von Linksextremisten mit dem Bereich des Kampfsports kann zunächst als Antwort auf einen „rechten Kulturkampf“ verstanden werden und wird auch deswegen oft als bloßer „Selbstschutz“ propagiert. Rechtsextremistische Gruppen und Akteure werden oft durch Ideale eines Machismo, Körperkult und eine übersteigerte Männlichkeit angesprochen und sind dem Kampfsport zugeneigt. Zunehmend lässt sich jedoch auch eine linksextremistische Beschäftigung mit Kampfsport feststellen. Ein „empowerndes“ Gruppenerlebnis zur Selbstverteidigung wird dabei mitunter genutzt, um Angriffstechniken als Ziel der Herrschaftsaffirmation zu entwickeln. Der Raum, der vermeintlich von Rechtsextremisten eingenommen wurde, soll zurückerobert werden. Körperliche Übergriffe von Linksextremisten auf als Nazis deklarierte Burschenschaftler deuten auf diese Entwicklung in Teilen der linksextremistischen Szene hin. Beispielhaft sind hier die genau geplanten und zuvor trainierten Angriffe durch die „Antifa Ost“ zu nennen. Es bleibt abzuwarten, inwieweit die erlernten Techniken in Zukunft nicht nur als „Selbstschutz“ durch linksextremistische Akteure eingesetzt werden. In jedem Fall birgt das Thema Kampfsport im Linksextremismus ein großes Vernetzungspotenzial für die Szene. Gewaltorientierte Linksextremisten können sich hierdurch darüber hinaus stärker radikalisieren.

Aktuelle Entwicklungen im organisationsgebundenen Anarchismus

Im Anarchismus bestehen aktuell drei Organisationen in Nordrhein-Westfalen, zwischen denen es enge Verflechtungen gibt. Eine scharfe Trennung der einzelnen Strömungen, wie im marxistisch-leninistischen Spektrum, gibt es bei den Anarchisten nicht. Daher sind organisationsübergreifende Mehrfachmitgliedschaften wesentlicher Personen des an-

archistischen Spektrums keine Ausnahme. Im Hinblick auf die Größe bestehen Unterschiede. So hat die **Freie Arbeiter*Innenunion (FAU)** etwa 250 Mitglieder, während die **plattform - anarchakommunistische Organisation** und die **Föderation deutschsprachiger Anarchisten - International of Anarchist Federations (FdA-IFA)** geschätzt jeweils zwischen 30 bis 50 Angehörige in Nordrhein-Westfalen zählen. Die organisationsgebundenen Strukturen des Anarchismus sind kollektivistisch ausgerichtet. Sie verfolgen eine langfristige Strategie, verzichten aber nicht auf revolutionäre Mittel. Vielmehr ist der Einsatz von Gewalt jederzeit auch individuell möglich, da Anarchisten ihre Anwendung nicht von der Voraussetzung einer bestimmten gesellschaftspolitischen Situation abhängig machen. Gewalttätige Aktionen können auch im Sinne einer „Propaganda der Tat“ als Fanal zur Verbreitung anarchistischer Konzepte durchgeführt werden.

Anarchismus heranzuführen und langfristig ein revolutionäres Netzwerk aufzubauen.

Selbstverständlich versuchen Anarchisten auch online ihre Zielgruppe zu erreichen, haben eigene Websites und bedienen alle üblichen sozialen Medien. Das herausragende Beispiel ist der in Dortmund produzierte Audio- beziehungsweise Videopodcast „Über-tage“. Dieser wird bei allen gängigen Streamingdiensten angeboten und in den sozialen Medien beworben und verbreitet. In den einzelnen Folgen werden verschiedene Themen von Grundbegriffen des Anarchismus über Beiträge zum aktuellen politischen Geschehen aus anarchistischer Sicht bis hin zu kulturellen Themen behandelt. Die beiden Moderatoren können als anarchistische Influencer beschrieben werden, die dem vorzugsweise jungen bis jugendlichen Adressatenkreis die anarchistische Weltanschauung näherbringen.



Aufruf zur anarchistischen Maidemonstration in Köln 2024 auf Instagram

Aktuell steht für die anarchistischen Organisationen der Aufbau von Begegnungsstätten im Fokus. Man will sich aus der eigenen Szene beziehungsweise Subkultur herausbewegen und für die Mehrheitsgesellschaft beziehungsweise die „Arbeiterklasse“ anschlussfähiger werden. Die Ideologie soll dabei bewusst im Hintergrund bleiben. Über Freizeitangebote und Nachbarschaftshilfe wird versucht, die Zielgruppe lokal und direkt zu erreichen. Ziel ist es dabei, Menschen schrittweise an den

Die sich als anarchosyndikalistische „Gewerkschaftsföderation“ verstehende **Freie Arbeiter*Innenunion (FAU)** ist die mit Abstand größte anarchistische Organisation in Deutschland. Bundesweit hat sie etwa 1.800 Mitglieder. Merkmal des Anarchosyndikalismus ist ein vergleichsweise hohes Maß an Organisationsstrukturen. So ist die **FAU** auf fachlicher Ebene in „Branchensyndikaten“ und räumlich in „Lokal- beziehungsweise Regionalföderationen“ gegliedert. Jedes Syndikat und jede Föderation bilden aber einen selbstständigen Teil innerhalb der Gesamtstruktur. International ist die **FAU** in der Internationalen Arbeiter*innen Konföderation (IKA) organisiert, diese hat auch Sektionen in Polen, Italien, Argentinien, den USA, Griechenland, Kanada, im Vereinigten Königreich und in Spanien. In Nordrhein-Westfalen bestehen Syndikate in Düsseldorf, Duisburg/Ruhrgebiet, Krefeld, Münster, Köln, Aachen und Siegen.

Der Anarchosyndikalismus zielt darauf ab, Prinzipien wie freie Assoziation und föderative Organisation gezielt zur Selbstorganisation der Arbeiterschaft zu nutzen. Diese Variante des Anarchismus fokussiert daher auf abhängig Beschäftigte als Zielgruppe. Sie bezieht sich dabei ideologisch und strategisch auf Konzepte, die Anfang des 20. Jahrhunderts im Rahmen „radikaler Gewerkschaftsbewegungen“ entstanden sind. Insbesondere die „Confederación Nacional del Trabajo“ (CNT), die während des spanischen Bürgerkriegs aufseiten der Republik kämpfte, und die „Confédération nationale du travail“ (CNT) in Frankreich sind historische Bezugspunkte. Als Vordenker nennt sie unter anderem Rudolf Rocker, Milly Witkop-Rocker, Fernand Pelloutier und Piotr Alexejewitsch Kropotkin. Die **FAU** spricht sich zwar dafür aus, mit Arbeitskämpfen auch konkrete Verbesserungen für die Lohnabhängigen zu erkämpfen, will aber darüber hinaus die Eigentums- und Gesellschaftsverhältnisse grundlegend verändern. Rudolf Rocker formulierte 1947 die Strategie der Anarchosyndikalen wie folgt:

„Ihre Methode ist die Direkte Aktion, die Verbindung von ökonomischem und politischem Kampf. Unter Direkter Aktion wird der unmittelbare Kampf der Arbeiter gegen ökonomische und politische Unterdrückung verstanden. Unter diesen sind der Streik in allen seinen Abstufungen, vom einfachen Lohnkampf bis zum Generalstreik, der organisierte Boykott und all die anderen zahllosen Mittel, die die Arbeiter als Produzenten in ihren Händen haben, die herausragenden.“

Nach Ansicht der **FAU** sei der Kapitalismus „ein zentrales Hindernis für gesellschaftliche Emanzipation und individuelle Selbstbestimmung“. Wie alle Linksextremisten geht die **FAU** auch davon aus, dass die grundlegenden gesellschaftlichen Konflikte Resultat von Klassegegensätzen seien. Diese könnten nicht mit Reformen überwunden werden, sondern nur durch die soziale Revolution. Die parlamentarische Demokratie wird von der **FAU** daher explizit abgelehnt:

„Im Parlamentarismus ist es lediglich möglich, Vertreter*innen zu wählen, nicht aber deren Handeln zu bestimmen. Die sogenannten Volksvertreter*innen sind eingebunden in ein Geflecht von ökonomisch mächtigen Interessengruppen sowie die hierarchischen Strukturen ihrer Parteien. Sachzwängen der kapitalistischen Wirtschaft und ihrem eigenen, mit zunehmender Macht wachsenden Herrschaftswillen werden sie kaum zuwiderhandeln.“

Im Fokus der Agitation der **FAU** liegt folglich die Organisation von Arbeitskämpfen. Dies meint zunächst den Aufbau von Syndikaten, dann aber auch die Unterstützung von Einzelpersonen oder Gruppen von Arbeitnehmern durch diese Syndikate. Ihrem Selbstverständnis als Gewerkschaft entsprechend sind Streiks und Demonstrationen die Mittel der Wahl. Darüber hinaus wird aber auch juristischer Beistand für die Betroffenen organisiert. Ein Beispiel aus Nordrhein-Westfalen war die Unterstützung rumänischer Erntehelfer 2020 in Bornheim. Diesen wurden durch den insolventen Arbeitgeber Lohnzahlungen verweigert. Unterstützt durch die **FAU** wurden Streiks und Demonstrationen durchgeführt und letztendlich gerichtliche Zahlungen erstritten.



Die FAU Ruhr wirbt mit einem Plakat für einen Stammtisch

Viele Syndikate bieten feste Termine für eine „gewerkschaftliche Erstberatung“ und/oder Beratungen zu Arbeitslosengeld, Krankenversicherung etc. an. Außerdem werden Treffpunkte zum allgemeinen Austausch organisiert.

Dazu hat die **FAU** feste Anlaufstellen, zum Beispiel im Union Salon in Dortmund-West, im Syntopia in Duisburg-Hochfeld, im Nachbarschaftsraum Coralle in Essen-Frohnhausen, im Anarchistischen Freiraumprojekt H5 in Krefeld, im V6 in Düsseldorf und im Naturfreundehaus Köln. Es wird hier also versucht, Menschen niedrigschwellig bei konkreten Problemen anzusprechen, ohne die dahinterstehende Ideologie und die langfristigen verfassungsfeindlichen Ziele direkt zu offenbaren.



Programm der feministischen Aktionswochen der FAU

Die Zeitschrift der **FAU** „Direkte Aktion“ (DA) wird seit 1977 herausgegeben und ist seit fünf Jahren nur noch online verfügbar. Lediglich zu besonderen Anlässen wie dem 1. Mai wird sie noch als Printzeitung herausgegeben. Der Online-Auftritt der DA wird ständig durch Aufsätze aktualisiert und enthält ein umfangreiches Archiv. Außerdem werden Termine und Veranstaltungshinweise veröffentlicht.

Die **FAU** beteiligt sich auch an Demonstrationen etwa zum „8. März – Feministischer Kampftag“ oder zum 1. Mai. Dabei kooperiert sie mit anderen linksextremistischen Akteuren, wie zum Beispiel bei den Feministischen Aktionswochen Siegen mit der **SDAJ**.

Im Gegensatz zur bereits seit den 1970er-Jahren bestehenden **FAU** ist die **plattform anarchakommunistische Föderation** eine relativ junge Organisation. Gegründet wurde sie erst 2019. Sie ist in Nordrhein-Westfalen durch eine Gruppe in Köln und eine im Ruhrgebiet vertreten. Laut eigener Angabe gibt es noch Initiativen beziehungsweise Einzelmitglieder in Münster, Düsseldorf, Siegen und im Sauerland. Die Anzahl der aktiven Anhänger in Nordrhein-Westfalen liegt bei geschätzt unter 40 Personen. Anarchakommunismus, Plattformismus und Especifismo sind die ideologischen beziehungsweise strategischen Grundlagen der **plattform**. Die Organisation versteht sich als „anarchistische Ideenorganisation“. Sie verfolgt einen „Organisationsdualismus“. Das bedeutet, dass ihre Angehörigen neben der eigenen Organisation auch in größeren „sozialen Bewegungen“ aktiv sein sollen, weil diese „die Hauptakteur*innen der Transformation (und damit die lohnabhängige Klasse und nicht eine revolutionäre Gruppe oder Partei)“ seien.

Ziel dieser, dem trotzkistischen Entrismus vergleichbaren, Strategie ist eine langfristige schleichende Radikalisierung:

„Durch dauerhafte, zuverlässige und effektive Mitarbeit (auf Augenhöhe), Zuhören und voneinander lernen, können wir Beziehungen zu Anderen in den sozialen Bewegungen aufbauen, Respekt und Vertrauen gewinnen und mit ihnen über Perspektiven und Positionen ins Gespräch kommen. Nach einer Weile können wir eine gewisse gesellschaftliche Einfügung erreichen: die Beeinflussung sozialer Bewegungen dahin, radikaldemokratischer, kämpferischer, klassenbewusster, weniger hierarchisch zu sein, stärker geleitet von einem langfristigen revolutionären Bewusstsein, und so weiter.“

Dabei will man aber ausdrücklich „kein Geheimnis aus unserer Überzeugung und unseren Absichten machen und so das (ungewollte) Aufkommen einer Avantgarde-Rolle verhindern.“ Damit wird sich auch implizit vom marxistisch-leninistischen Dogma einer Kaderpartei abgegrenzt. Dieses strategische Vorgehen bedeutet allerdings nicht, dass Gewalt als Handlungsoption ausgeschlossen wird. Diese wird vielmehr als unvermeidbares Mittel zur Durchsetzung der eigenen Ziele verstanden:

„Auch, wenn wir eine friedliche Revolution in jedem Fall favorisieren würden, glauben wir nicht daran, dass die herrschende Klasse ihre Privilegien und ihr Eigentum freiwillig abtreten wird. Im Gegenteil werden sie mit allen Mitteln die soziale Revolution zu verhindern versuchen. Es ist unsere Aufgabe in einer solchen Situation die Reaktion zurückzuschlagen und der sozialen Revolution den Weg zu ebnen.“

Bei den Aktivitäten lassen sich grob zwei Arten von Veranstaltungen ausmachen. Einerseits werden bereits seit ihrer Gründung Vorträge beziehungsweise ganze Vortragsreisen zum Aufbau weiterer Ortsgruppen durchgeführt. Andererseits werden im Sinne der oben genannten Strategie Vorträge im Rahmen von Veranstaltungen sozialer Bewegungen gehalten, um eigene Ideen in diese Strukturen zu tragen („Soziale Einfügung“).

Bei der **Föderation deutschsprachiger Anarchisten - International of Anarchist Federation (FdA-IFA)** handelt sich um einen Zusammenschluss anarchistischer Gruppen, Föderationen, Projekten und Einzelpersonen aus dem deutschsprachigen Raum. Diese ist Mitglied der Internationale der Anarchisten (englisch IFA). Ideologisch bleibt die **FdA-IFA** bewusst vage. Angestrebt wird „keine Übernahme, sondern die Abschaffung der politischen Herrschaft“. Die **FdA-IFA** will jedoch „keinerlei Vorschriften machen“, wie dies erreicht werden soll.

Ob „individualistisch, mutualistisch, kollektivistisch, kommunistisch, syndikalistisch etc.“, dazu will man sich nicht festlegen. Vielmehr will man eine Anlaufstelle sein und zwischen den Strömungen vermitteln.

In Nordrhein-Westfalen zählen die **Anarchistische Gruppe Dortmund** und die **Anarchistische Gruppe östliches Ruhrgebiet** zu den Mitgliedern. Das **Anarchistische Forum Köln** wird als „assoziertes Projekt“ auf der Website genannt. Wie die **plattform** ist die **FdA-IFA** eine Kleingruppe und hat in Nordrhein-Westfalen weniger als 50 Mitglieder. Angehörige sind häufig auch Mitglieder der **FAU** und versuchen dort als Ideengeber aufzutreten. Offenkundig wird diese Kooperation durch gemeinsame Veranstaltungen, wie zum Beispiel beim jährlichen Anarchistischen Parkfest in Dortmund. Der Gruppe geht es aber im Wesentlichen darum, „über verschiedene Theorien und Ansätze zu diskutieren“ und zu „versuchen unser Verständnis des Anarchismus kontinuierlich weiter zu entwickeln und den aktuellen Gegebenheiten anzupassen.“

Die Gruppierung agiert also, ähnlich wie die **plattform** oder die Trotzkisten eher innerhalb größerer Organisationen, Netzwerke oder Bewegungen.

Alle in diesem Kapitel genannten verschiedenen Strömungen und Formen des Linksextremismus verdeutlichen die Vielfältigkeit dieses Phänomenbereichs. Die unterschiedlichen Zielrichtungen der einzelnen Gruppen und Organisationen müssen bei der Bewertung des Gefahrenpotenzials berücksichtigt werden, um valide Schlüsse hieraus zu ziehen. Im Folgenden wird zunächst die Entgrenzungsstrategie von Linksextremisten näher beleuchtet.

Entgrenzung

Einführung

Extremisten aller Phänomenbereiche greifen unterschiedliche Themen mit aktueller politischer und gesellschaftlicher Relevanz auf, um diese als Aufhänger für ihre Agitationen zu nutzen. So besetzen Extremisten gezielt gesellschaftliche Debatten, um ihre Anschlussfähigkeit zu erhöhen und Mobilisierungspotenziale für ihre Zwecke zu erschließen. Durch die bewusste Nutzung allgemein akzeptierter Themen und in dem Bestreben, in öffentlichen Diskursen anschlussfähig aufzutreten, lassen sich extremistische Bestrebungen und Gruppierungen auf den ersten Blick häufig nicht als solche erkennen.

Es haben sich jenseits klassischer Erscheinungsformen des Extremismus neue Konstellationen herausgebildet, die zumindest in Teilen den gesetzlichen Beobachtungsauftrag des Verfassungsschutzes tangieren. Dazu gehören etwa Entgrenzungen von extremistischen und nicht-extremistischen Spektren, die bewusste Herstellung gegenseitiger Anschlussfähigkeit sowie gezielte, mitunter aber nur themenbezogene Kooperationen von Extremisten und Nicht-Extremisten. Der in diesem Zusammenhang passende Begriff „Entgrenzung“ beschreibt im Allgemeinen einen Prozess des Aufweichens von Grenzen und meint in Bezug auf Extremismus das Untergraben der Trennlinien zwischen demokratischer Zivilgesellschaft und extremistischen Akteuren. Häufig sind Extremisten sich ihrer Isoliertheit gegenüber der Gesellschaft durchaus bewusst und versuchen genau aus diesem Grund an relevante Themen der gesellschaftlichen Mitte anzudocken, welche augenblicklich mehr Aufmerksamkeit erfahren als andere Themen. Sie profitieren insofern auch von als problematisch wahrgenommenen Entwicklungen, indem sie diese für ihre ideologischen Ansichten instrumen-

talisieren. Auf diese Weise versuchen sie die Grenzen in Richtung der Mitte der Gesellschaft zu überwinden und Anschluss an das demokratische Spektrum zu erlangen beziehungsweise den demokratischen Diskurs um ihre extremistische Sichtweise zu ergänzen oder gar zu beeinflussen.

Darüber hinaus nutzen Extremisten die Unzufriedenheit der Bevölkerung für das Erreichen ihrer Ziele. Wenn die Wahrnehmung besteht, dass es einer Regierung nicht rechtzeitig gelingt, politische und soziale Herausforderungen befriedigend zu lösen, wächst die Unzufriedenheit des demokratischen Spektrums der Gesellschaft gegenüber der Regierung. Hierauf gehen Extremisten gezielt ein und stellen die Regierung als handlungsunfähig dar. Das entstandene Frustrationspotenzial wird gezielt genutzt, um der Gesellschaft mutmaßlich alternative Lösungen zu präsentieren, die letztendlich im Widerspruch zu wesentlichen Elementen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung stehen.

In diesem Zusammenhang spielt im Linksextremismus das Thema Umwelt- und Klimaschutz eine bedeutende Rolle. Infolge des Pariser Klimaabkommens von 2015 erlangte das Thema umfassende Aufmerksamkeit in der Gesellschaft. Linksextremisten nutzen diese Aufmerksamkeit für szenetypische Entgrenzungsstrategien. Anlassbezogene Protestbündnisse können hier als „Einfallstore“ wirken.

Dies lässt sich beispielhaft im Kontext des Protests im Hambacher Forst zwischen 2017 und 2019 und in Lützerath zwischen 2021 und 2023 nachvollziehen. Die Proteste in Hambach begannen als umwelt- und klimapolitisch motivierte Bewegung gegen die Rodung des Forstes durch die Firma RWE für den Braunkohletagebau. Linksextremistische Akteure

und Gruppen griffen die Themen Umwelt und Klima mit Bezug zum Hambacher Forst auf und verbanden sie mit eigenen ideologischen Inhalten (Kapitalismuskritik, Ablehnung staatlicher Ordnung, etc.). Im Zuge der Proteste kam es zu einer zunehmenden Radikalisierung der Mittel (Forstbesetzung, Blockadeaktionen, Gewalthandlungen). Die Grenze zwischen zivildemokratischem Protest und militanten Aktionen wurde überschritten. Unter dem „ökologischen Dach“ versammelten sich auch Akteure mit extremistischen Positionen.

Aktuellere Beispiele, wie zuletzt die von linksextremistischen Gruppierungen organisierte Mitmachkampagne „Aktionstage gegen Tesla“ vom 8. bis 12. Mai 2024 haben gezeigt, dass aus Sicht der Linksextremisten eine aktionsorientierte und klimapolitische Ausrichtung erfolgsversprechende Möglichkeiten bietet, um gesellschaftliche Proteste in ihrem Sinne zu beeinflussen und letztendlich zu vereinnahmen. Bei dieser Kampagne wurde regelmäßig in den sozialen Medien und auf linksextremistisch geprägten Internetseiten dazu aufgerufen, Sachbeschädigungen zum Nachteil von Tesla zu begehen. Dies wurde zum einen damit begründet, dass Tesla sich mit „grünem Kapitalismus“ reinzuwaschen versuche. Zum anderen wollte man dem Tesla-Chef Elon Musk finanziell schaden. Dieser hatte im Wahlkampf der Bundestagswahl öffentlich mit der *AfD* sympathisiert und war bis vor kurzem als enger Berater von US-Präsident Donald Trump tätig. In der linksextremistischen Szene wird er als Faschist bezeichnet und ist ein prominentes Feindbild.

Das Beispiel rund um Tesla und Elon Musk verdeutlicht, dass von Linksextremisten vertretene Ansichten zum Teil gesellschaftskonform sein können. Teilweise wird ihr politisches Engagement in einigen Teilen der Gesellschaft sogar als positiv wahrgenommen. Der ausschlaggebende Faktor ist die Wahrnehmung der Extremisten durch andere Akteure. Wenn die Repräsentation als engagierte Bündnispartner gelingt, kann ab einem bestimmten Punkt die Grenze zwischen Extremismus und Nicht-Extremismus erodieren.

Eine auffällig herausragende Rolle bei diesen Entwicklungen nimmt die postautonome Szene des Linksextremismus ein, die aufgrund der linksextremistischen Programmatik grundsätzlich gesellschaftliche Ablehnung erfährt. Um die eigene Anschlussfähigkeit zu erhöhen, verzichtet die Szene zumindest nach außen auf verbale Gewaltandrohungen und versucht die Zivilgesellschaft durch Aktionen und Proteste des zivilen Ungehorsams zu mobilisieren. Der vorgebliche Verzicht auf Gewalt ist als taktische Positionierung gegenüber der Öffentlichkeit zu bewerten und bezieht sich ausschließlich auf Gewalt gegen Menschen. Der Verzicht auf Gewalt gegen Sachen in Form von Sabotageaktionen findet keine eindeutige Erwähnung in den Aktionskonsensen der Klimaschutzbündnisse. Stattdessen propagieren sie solche Handlungen als friedlich mit der Begründung, dass hierbei keine Menschen körperlichen Schaden erleiden.

„Ziviler Ungehorsam“

Bei „zivilem Ungehorsam“ handelt es sich um öffentlichen Widerstand gegen politische Entscheidungen und Maßnahmen, der partiell einen kalkulierten Normbruch vornimmt, aber in der Regel gewaltlos verläuft. Somit wird der „zivile Ungehorsam“ nicht als Auflehnung gegen die staatliche Ordnung an sich, sondern als Widerstreben gegen politisches Wirken verstanden. Dabei wird die herrschende Rechtsordnung im Kern akzeptiert. Die Protestform wird oft dafür genutzt, um auf rechtsstaatliche Defizite aufmerksam zu machen und mit Hilfe von öffentlicher Normübertretung an die demokratische Mehrheit zu appellieren, die legitimierenden Prinzipien der Verfassungsordnung zu realisieren. Linksextremisten instrumentalisieren diese Protestform für ihre eigenen Ziele und verschieben die Grenzen von friedlichem Protest hin zu strafbewehrten Aktionsformen.

Als wohl bekanntester und einflussreichster Vordenker des „zivilen Ungehorsams“ der jüngeren Zeit gilt John Rawls. Seine Definition von „zivilem Ungehorsam“ umfasst die zentralen

Punkte Öffentlichkeit und Verfassungstreue, die aktuell von Linksextremisten bei der Berufung auf diese Praxis ignoriert werden - eine öffentliche, gewaltlose, gewissensbestimmte, aber politisch gesetzeswidrige Handlung, die gewöhnlich eine Änderung der Gesetze oder Regierungspolitik herbeiführen soll.

Gruppierungen wenden „zivilen Ungehorsam“ häufig als Protestform an, um sich Mehrheitsentscheidungen zu widersetzen. Aus der Perspektive solcher Gruppierungen handelt es sich bei dieser Aktionsform um einen Appell an das öffentliche Rechtsbewusstsein, bei dem auf Gewalt gegen Menschen verzichtet wird. Wenn im Zusammenhang mit einer Demonstration beispielsweise Zäune überwunden werden, um Zugang zu einem fremden Grundstück zu erlangen, handelt es sich um Straftaten wie Haus- oder Landfriedensbruch oder Sachbeschädigungen. Die Protestierenden nehmen jedoch für sich in Anspruch, dass sie für Dinge, die sie selber als höhere Rechtsgüter betrachten, zu illegalen Praxen greifen dürfen und versuchen so, ihren Rechtsbruch zu rechtfertigen.

Die Akzeptanz der rechtlichen Folgen spielt hierbei also eine herausragende Rolle, da durch diese die Glaubwürdigkeit der Handelnden veranschaulicht und gleichzeitig die eigene Verfassungstreue ausgedrückt werden soll. Wenn die Handelnden für ihre Aktionen eintreten und die rechtlichen Folgen in Kauf nehmen, so ist dies ein Indiz dafür, dass die demokratische Rechtsordnung und somit das Rechtsstaatsprinzip anerkannt und geachtet werden. Das Rechtsstaatsprinzip steht im Grundgesetz und ist eines der Verfassungsprinzipien der Bundesrepublik Deutschland.

Bezogen auf die Aktionen des Bündnisses *Ende Gelände* betrachten deren Anhänger es für sich als ein höheres Rechtsgut, den fortschreitenden Klimawandel zu verhindern. Die Legitimität der eigenen Ziele rechtfertigt in ihren Augen die Illegalität ihrer Handlungen. Tatsächlich gibt es nach dem Beschluss des Oberlandesgericht Celle im Jahr 2022 keinen rechtfertigenden Notstand oder einen sons-

tigen Rechtfertigungsgrund für „zivilen Ungehorsam“ im Kontext des Klimawandels.

Das Klimaschutzbündnis Ende Gelände

Ein Beispiel für dieses Phänomen ist *Ende Gelände (EG)*. Das Klimaschutzbündnis hatte insbesondere im Zusammenhang mit den Demonstrationen am Tagebau Garzweiler II, dem Hambacher Forst und den Räumungen des Dorfes Lützerath aufgrund seiner sogenannten Massenaktionen des „zivilen Ungehorsams“ und dem Organisieren von Protestcamps vor Ort eine herausragende Rolle inne.



Kundgebung am Rand des Tagebaus in der Nähe von Lützerath (dpa)

EG wurde im Jahr 2014 mit dem Ziel, die Diskurse um das Thema Klimaschutz ideologisch zu beeinflussen, zunächst als ein Projekt der linksextremistischen postautonomen Gruppierung **Interventionistische Linke (IL)** gegründet. Die **IL** schreibt sich in ihrem veröffentlichten „Zwischenstandspapier #2“ die Gründungsinitiative von *EG* selbst zu. Laut eigenen Aussagen ist *EG* ursprünglich vom Bündnis „Block G8“ im Jahr 2007 inspiriert und beeinflusst worden. Zum Zeitraum der Gründung profitierte das Bündnis von der vorherrschenden Dynamik der vielen Kundgebungen sowie Proteste für mehr Klimaschutz und konnte dieses Momentum für die eigene Mobilisierungsfähigkeit nutzen. Zu den Hintergründen der Entstehung erläutert die **IL**, dass eine Gründung des Bündnisses nur aufgrund des Zusammenkommens vieler Vorerfahrungen und Strategien möglich gewesen sei. Zudem sollte das Projekt anfangs überwiegend als Partner für Kooperationen mit

Akteuren des linksextremistischen Spektrums, vor allem aus dem autonomen und dogmatischen Bereich dienen. Mittlerweile hat *EG* jedoch den ideologischen sowie strategischen Einflussbereich der **IL** verlassen und eigenständige Strukturen aufgebaut. Seit 2023 ist *EG* bestrebt, sich neu zu strukturieren. Statt auf bundesweite „Massenaktionen“ setzt *EG* nun insbesondere auf kleinere Aktionen mit regionaler Mobilisierung.

Nach Erkenntnissen des Bundesamts für Verfassungsschutz (BfV) besteht *EG* inzwischen aus etwa 53 Ortsgruppen. Aktive Ortsgruppen gibt es in allen Bundesländern, außer dem Saarland. In Nordrhein-Westfalen gibt es aktuell Ortsgruppen von *EG* in Aachen, Bochum, Bonn, Düsseldorf, Essen, Köln, Münster und Wuppertal. Über sich selbst schreibt *EG*, dass es zu verschiedenen Aktionen gegen fossile Infrastruktur inspiriert und zur Verbreitung der Protestform des „zivilen Ungehorsams“ in Deutschland beigetragen hätte. Im Jahr 2022 veröffentlichte *EG* eine Schrift mit dem Titel „WE SHUT SHIT DOWN“, welche als ideologisches Grundsatzpapier gewertet werden kann. Hieraus geht unter anderem hervor, dass das Aktionsspektrum von reinen Blockadeaktionen bis zur Sabotage reicht. Im Weiteren finden sich im Grundsatzpapier Forderungen, die Polizei und weitere Organe der Exekutive sowie Judikative abzuschaffen. Dies sind Anhaltspunkte für eine deutliche Radikalisierung im Hinblick auf die ideologisch-extremistischen Positionen des Bündnisses.

Aus Sicht von *EG* ist die Hauptursache des Klimawandels im Kapitalismus begründet, der in der linksextremistischen Interpretation eine wirtschaftliche und politische Ordnung als Ganzes bedeutet. Aus diesem Grund fordert *EG* einen Systemwandel und stützt diese Forderung durch die Aussage, dass es einen grundlegenden Systemwandel benötige, um Klimagerechtigkeit überhaupt erreichen zu können. In den Augen von *EG* ist ein erfolgreicher Kampf gegen den Klimawandel nicht möglich, ohne ebenfalls sozial damit umzugehen, was wiederum ohne Kapitalismuskritik nicht möglich ist. So positioniert sich *EG* unter

ihrem Leitspruch „System Change Not Climate Change“ gegen die Nutzung von Braun- und Steinkohle und verlangt eine Abkehr vom fossilen Kapitalismus. Neben der legitimen Forderung nach einer nachhaltigen Klimapolitik verlangt *EG* grundlegende Veränderungen des gesellschaftlichen Zusammenlebens, bei deren Ausgestaltung extremistische Positionen eine Rolle spielen.

Darüber hinaus pflegt das Klimaschutzbündnis zahlreiche personelle wie auch funktional-organisatorische Kontakte in die linksextremistische Szene, insbesondere in das linksautonome Spektrum. Mit einem Beitrag auf ihrem X-Account forderte *EG* beispielsweise die Freilassung von Lina E. und aller weiteren inhaftierten Antifa-Mitglieder des sogenannten „Budapest-Komplexes“.



Nach dem Urteil für die Studentin Lina E. mobilisieren Linksautonomen für den sogenannten Tag X in Leipzig (dpa)

Derzeit beteiligt sich *EG* auch an der breiten Unterstützung von Maja T. in den sozialen Medien und hat hierzu über den eigenen Instagram-Kanal zu den linksextremen Antifaschistischen Aktionstagen vom 20 bis 22. Juni 2025 mobilisiert. Im Jahr 2024 erfolgte die Einstufung von *EG* als linksextremistischer Verdachtsfall in Nordrhein-Westfalen. *EG* ist also ein Beobachtungsobjekt des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes.

Unmittelbar nach der Gründung des Bündnisses fand bereits im Jahr 2015 die erste Massenaktion am Tagebau Garzweiler statt. Diese Aktion war eingebettet in ein parallel stattfindendes Klimacamp mit einem internen Plenum zur Beratung organisatorischer und politischer Fragen, Aktionstrainings und Aktionstagen.

Ziel der Aktionstage war die Störung und Blockade des Braunkohletagebaus durch orchestrierte Massenaktionen, bei denen in weiße Maleranzüge gekleidete Aktivisten aufgeteilt in sogenannte „Finger“ an verschiedenen Stellen in den Tagebau eindringen und polizeiliche Sperren überwinden sollten. Die Methode des Durchfließens von Polizeiketten und die Fünf-Finger-Taktik wurden von der Anti-Atom-Bewegung übernommen. Neben dem Ziel, die Infrastrukturen der fossilen Energiegewinnung blockieren zu wollen, sollten die Massenaktionen anschauliche Bilder für die Medien und damit gesellschaftliche Aufmerksamkeit erzeugen.

Für die Aktionen wurde ein Aktionskonsens festgelegt, der einen öffentlichen Aufruf zu gewalttätigen Handlungen vermeidet. So soll *EG* in die Zivilbevölkerung hinein anschlussfähig sein und das Mobilisierungspotential erhöht werden. Eine Distanzierung von gewalttätigen Handlungen erfolgt nicht, Auseinandersetzungen mit der Polizei werden als Reaktion auf Repression und vermeintliche Polizeigewalt versucht zu beschönigen, Sabotageakte und Straftaten als notwendig zur Bekämpfung der Klimakrise im Sinne eines Notstands gerechtfertigt.

EG gelang es mit seinen Massenaktionen des „zivilen Ungehorsams“, diese Protestform zu etablieren. Dabei lag der anfängliche Fokus auf der Kohleinfrastruktur und verlagerte sich mit der Zeit auf die Gasinfrastruktur. Auf diese Weise gelang es dem Bündnis, ein breites Spektrum mehrerer tausend Teilnehmer aus dem gesamten Bundesgebiet für unterschiedliche Arten von Blockade- und Sabotageaktionen zu mobilisieren. Seit dem Jahr 2023 lässt sich eine Umstrukturierung der Aktionsformen des Bündnisses erkennen. Statt auf bundesweite Massenaktionen setzt *EG* nunmehr vorrangig auf kleinere Blockadeaktionen und versucht insbesondere regional hierfür zu mobilisieren. Auch in Nordrhein-Westfalen haben sich im Zuge dieser Neustrukturierung einige Ortsgruppen gebildet. Nach derzeitigem Erkenntnisstand lässt sich jedoch beobachten, dass bei einer Vielzahl der nordrhein-westfäli-

schen Ortsgruppen die Aktivitäten zurückgehen oder sich diese thematisch breiter aufstellen. Aktuell sind Ortsgruppen aus Aachen, Bochum, Bonn, Düsseldorf, Essen, Köln, Münster und Wuppertal aktiv. Diese beschäftigen sich inhaltlich mit Themen, die ebenfalls im aktuellen politischen Diskurs regelmäßig von anderen Akteuren der linksextremistischen Szene aufgegriffen werden. Dazu gehören die Themenfelder Antifaschismus, Antirepression, Hilfe für Geflüchtete sowie Kurdistan- und Palästinasolidarität. Einige der zuvor genannten Ortsgruppen beschäftigen sich weiterhin mit dem Klimawandel und halten hierzu Veranstaltungen wie Diskussionsabende oder Filmvorführungen in bekannten Szeneobjekten ab. Andere Ortsgruppen haben sich inhaltlich vollständig vom ursprünglichen Thema des Umwelt- und Klimaschutzes entfernt und befassen sich hauptsächlich mit antifaschistischen Aktionen. Diese werden im folgenden Abschnitt näher erläutert.

Hier lässt sich teilweise eine Vernetzung zu ebenjenen Gruppierungen der linksextremistischen Szene erkennen, die in Teilen eine hohe Gewaltbereitschaft gegenüber der Polizei oder dem politischen Gegner aufweisen. Die gesamte Klima- und Umweltszene hat während der Corona-Pandemie an Relevanz verloren. Andere Themen wie die Sorge vor einem Rechtsruck, der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und eine damit einhergehende Militarisierung oder der Nahost-Konflikt haben höhere Stellenwerte in der politischen Diskussion und erhalten eine größere mediale Aufmerksamkeit. Bei den verbleibenden Gruppen ist aktuell die Angst vor einem gesellschaftlichen Rechtsruck oder einer zunehmenden Militarisierung in den Fokus gerückt. Die neue inhaltliche Ausrichtung der jeweiligen Ortsgruppen soll aber auch dafür genutzt werden, wieder anschlussfähig in den demokratischen Teil der Gesellschaft zu werden und die angestrebten Entgrenzungsaktivitäten weiter voranzutreiben.

Antifaschismus

Antifaschismus als Begriff im Kontext des Linksextremismus löst mitunter kontroverse Diskussionen aus. Je nach Definition und Sichtweise kann dieser Begriff sowohl in einem demokratischen als auch in einem linksextremistischen Sinne ausgelegt werden. Dem Namen nach entstand der Begriff als Gegenpol zum Faschismus, einer totalitären Diktatur in Italien unter Mussolini in der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg. Im linksextremistischen Sinne wird der Faschismus als sich insbesondere in wirtschaftlichen Krisen abzeichnende Entwicklung des Kapitalismus gesehen. Um aufkommende Krisen im Kapitalismus zu überwinden, so die Interpretation, bediene sich der Staat faschistischer Vorgehensweisen. In mehreren Beschlüssen der Kommunistischen Internationale wurde der Faschismus 1924 bis 1935 als „terroristische Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“ definiert. Dies ist die sogenannte Dimitroff-These, nach der sich die Definition eines faschistischen Staates sehr ausgeweitet hat. Dieses Faschismusverständnis ist somit ein Instrument zur ideologischen Legitimation der eigenen Machtansprüche, das je nach konkreten Rahmenbedingungen taktisch unterschiedlich angewandt wurde und wird. In scheinbaren „revolutionären Situationen“ wird das Faschismusverständnis bis auf die Sozialdemokratie („sozialfaschistisch“) ausgeweitet.

Wenn es um die bloße Ablehnung von Rechtsextremismus geht, sind Anschlüsse an die Zivilgesellschaft ohne weiteres möglich, da jeder Demokrat in diesem Sinne auch antifaschistisch agiert. Eine Verschiebung des Verständnisses betrifft den Gewaltaspekt. Gewalttätige beziehungsweise militante Aktionen gegen Rechtsextremisten gehen über das Verständnis einer bloßen Ablehnung der Ideologie hinaus. Nichtsdestoweniger begreifen Linksextremisten auch solche Taten als „antifaschistische Aktion“.

Antifaschismus wird also nicht per se links-extremistisch definiert. Entscheidend für die Einordnung dieses Begriffs ist die Definition der den Begriff verwendenden Gruppe. Wenn nicht nur rechtsextremistische Positionen abgelehnt werden, sondern der Begriff auch zur Diffamierung des Rechtsstaates verwendet wird, tritt eine linksextremistische Sicht- und Handlungsweise hervor.

Im Zuge von Entgrenzung und Anschlussfähigkeit von linksextremistischen Positionen an die Zivilgesellschaft hat das Themenfeld des Antifaschismus eine große Relevanz für alle Strömungen des Linksextremismus.

Mit dem Erstarren der Partei *Alternative für Deutschland (AfD)* auf Bundesebene wurde diese Partei zunehmend zum bedeutenden Feindbild der linksextremistischen Szene. Zu zahlreichen Versammlungen und Kundgebungen der *AfD* beziehungsweise von der *AfD* beworbenen Versammlungen wurden bundesweit Gegenproteste organisiert. Oftmals bilden sich lokale Bündnisse, die Proteste organisieren, an denen sich auch Linksextremisten beteiligen. Das Feindbild *AfD* ist somit ein gemeinsamer Nenner für die Protestierenden. Eine Entgrenzung durch die gemeinsame Bündnispolitik oder gemeinsame Teilnahme an Protesten kann auf dieser Basis hergestellt werden. Linksextremisten versuchen mit ihren Aktionen, die gegen die *AfD* gerichtet sind, so den Anschluss an die Zivilgesellschaft herzustellen. Aktionen, die über das Maß einer friedlichen Demonstration hinausgehen, finden dagegen kaum positive Resonanz bei der Zivilgesellschaft, da hier wieder der Antifaschismus mit dem Militanz- und Gewaltaspekt verknüpft wird. Solche Taten sind nicht anschlussfähig, sodass die Entgrenzungsstrategie hier ins Leere läuft.

Zurzeit erfährt das Themenfeld wieder Zuspriech. Ein wichtiger Auslöser war ein Medienbericht über eine Konferenz in Potsdam im Januar 2024, die bereits im November 2023 stattgefunden hatte. Diese wurde als Veranstaltung des „Düsseldorfer Forums“ firmiert, einer Veranstaltungsreihe, die von einem

ehemals in Düsseldorf lebenden Rechtsextremisten organisiert wird. Auf der Veranstaltung stellte der Rechtsextremist Martin Sellner laut Medien einen sogenannten „Masterplan“ zur „Remigration“ vor. Nachdem über die mutmaßlich rechtsextremistische Agenda der Konferenz öffentlich berichtet wurde, gab es zahlreiche Versammlungen demokratischer und auch linksextremistischer Akteure in Nordrhein-Westfalen, die gegen Rechtsextremismus protestierten.

Das Mobilisierungspotenzial für antifaschistische Proteste, insbesondere auch von Nicht-Extremisten geprägte Veranstaltungen, hat in den zurückliegenden Monaten stark zugenommen. Besonders sichtbar wurde das Mobilisierungspotenzial zum Beispiel bei Großdemonstrationen mit 37.000 Teilnehmern in Köln am 16. Januar 2024 und mit 100.000 Teilnehmern in Düsseldorf am 27. Januar 2024. Diese wurden durch ein nicht-extremistisches Bündnis organisiert, gleichwohl riefen linksextremistische Gruppierungen wie etwa eine lokale Ortsgruppe der **Interventionistischen Linken (IL)** zur Teilnahme auf und nutzten die mediale und gesellschaftliche Aufmerksamkeit als Bühne für die Öffentlichkeit. Am 20. Januar 2024 erreichte eine Kundgebung gegen Rechtsextremismus in Aachen circa 10.000 Teilnehmer. Im Verlauf dieser Versammlung wurde unter anderem ein Transparent mit der Aufschrift „AfDler töten“ durch die **Antifa Aachen** gezeigt. Dieses bewusste Spiel mit Mehrdeutigkeiten verdeutlicht das radikale Freund-Feind-Denken der linksextremistischen Szene. Im Ergebnis führte das öffentliche Zeigen dieses Banners zu einem Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der öffentlichen Aufforderung zu Straftaten, das jedoch im Juni 2024 eingestellt wurde. Eine die Versammlungen prägende und dominierende Rolle konnten die linksextremistischen Akteure in der Gesamtbetrachtung nicht übernehmen.

Auch verschiedene Veranstaltungen der *AfD* führten zu großen Versammlungslagen auf der Gegenseite. Im Juni 2024 gab es eine große Demonstration in Essen gegen den *AfD*-Bundesparteitag, an der sich auch linksextre-

mistische Gruppierungen über die Kampagne „Widersetzen“ beteiligt haben. Der im Vorhinein durch das Bündnis vereinbarte Gewaltverzicht wurde von Teilen der linksextremistischen Szene als „zu friedfertig“ kritisiert. Trotz der Vereinbarung über den Gewaltverzicht kam es im Verlauf der Demonstration zu gewalttätigen Aktionen, wie etwa dem gewaltsamen Durchbrechen von Sperrstellen der Polizei. Im November 2025 wurde bundesweit zu Protesten gegen den Gründungskongress der neuen Jugendorganisation der *AfD* in Gießen mobilisiert. An den Protesten der Kampagne „Widersetzen“ beteiligten sich polizeilichen Schätzungen zufolge rund 30.000 Personen. Dabei wurde seitens der Gegner des Gründungskongresses versucht, diesen zu verhindern. Die zahlreichen Blockadeaktionen an verschiedenen Zufahrtswegen wurden von der Polizei unter Widerstandshandlungen der Blockierenden nach und nach geräumt. Es kam immer wieder zu körperlichen Auseinandersetzungen zwischen den Protestteilnehmern und der Polizei. Insgesamt ließ sich feststellen, dass die Proteste maßgeblich von linksextremistischen Gruppen beeinflusst und gesteuert wurden. Mehrere verletzte Polizeibeamte und gefertigte Strafanzeigen zeichnen ein ernüchterndes Bild des Geschehens in Gießen. Auch linksextremistische Gruppen und Personen aus Nordrhein-Westfalen haben sich an den Protesten beteiligt. Der Gründungskongress der neuen Jugendorganisation der *AfD* wurde um mehrere Stunden verzögert.

Kundgebung gegen die Neugründung der Jugendorganisation der *AfD* in Gießen (dpa)



Auch körperliche Auseinandersetzungen zwischen Linksextremisten und ihrem politischen Gegner sind bei sich bietender Gelegenheit nicht auszuschließen. Dies zeigte sich nach dem Terroranschlag von Solingen im August 2024. In Reaktion auf das islamistische Attentat meldete die ehemalige *AfD*-Jugendorganisation **Junge Alternative (JA)** eine Demonstration unter dem Titel „Remigration rettet Leben“ an. Gegen diese Vereinnahmung des Themas von rechts richtete sich Gegenprotest unter dem Motto „Keinen Fußbreit jeder Spielart des Faschismus“. Im Nachgang dieser Versammlung kam es zu gefährlichen Körperverletzungen. 20 bis 30 Personen aus dem linksextremistischen Spektrum griffen zwei Personen mit Stöcken an. Dies verdeutlicht zum einen das potenzielle Aggressionspotenzial der linksextremistischen Szene und zum anderen, wie Antifaschismus von linksextremistischer Seite interpretiert wird. Hierzu bedarf es einer sich bietenden Gelegenheit, verbunden mit einem entsprechenden Emotionalisierungsgrad. Dann sind auch körperliche Übergriffe auf den politischen Gegner möglich.

Der antifaschistische Protest richtet sich auch gegen Burschenschaften, da diese von Linksextremisten tendenziell als politisch rechts beziehungsweise faschistisch wahrgenommen werden. Ein Beispiel hierfür ist eine Versammlungslage in Düsseldorf im Juni 2024, bei der linksextremistische Gruppen gemeinsam mit einem zivilgesellschaftlichen Bündnis zu einer Versammlung gegen eine Vortragsveranstaltung in den Räumlichkeiten einer lokalen Burschenschaft aufriefen. Das gemeinsame Ziel war, den Vortrag durch lautstarken Protest in räumlicher Nähe zu stören. Ein Linksextremist griff darüber hinaus einen Teilnehmer der Vortragsveranstaltung körperlich an.

Im September 2024 demonstrierten 200 Personen, unter starker Beteiligung der linksextremistischen Szene, in Aachen gegen eine Veranstaltung der lokalen *AfD*. 40 Personen hiervon konnten nur von eingesetzten Polizeikräften daran gehindert werden, die Gastronomie zu stürmen. Die Sicherheit wurde durch

erhöhte Polizeipräsenz gewährleistet.

Ein aktuelleres Beispiel ist eine linksextremistisch geprägte Demonstration gegen den Rechtsextremismus und in Solidarität für die Gefangenen aus dem „Budapest-Komplex“ in Jena am 14. Juni 2025. Daran nahmen mehr als 5.000 Personen teil, auch Personen aus Nordrhein-Westfalen. Es erfolgte eine bundesweite Mobilisierung.

Momentan entfaltet die Solidarität mit der in Ungarn inhaftierten Maja T. eine große Relevanz mit vielfältigen Aktionen innerhalb der linksextremistischen Szene. Sie ist eine Angeklagte aus dem sogenannten „Budapest-Komplex“ und soll sich an tätlichen Übergriffen zum Nachteil von mutmaßlichen Teilnehmern einer rechtsextremistischen Demonstration zum „Tag der Ehre“ in Budapest im Februar 2023 beteiligt haben. Maja T. wurde im Dezember 2023 festgenommen und im Juni 2024 nach Ungarn ausgeliefert. Einem gegen die Auslieferung beim Bundesverfassungsgericht eingereichten Eilantrag wurde, wenige Stunden nach bereits erfolgter Auslieferung, stattgegeben. Seitdem hat sich eine breite Solidarisierungsbewegung innerhalb der linksextremistischen Szene gebildet. Durch Kundgebungen, Straftaten wie Sachbeschädigungen oder auch Hungerstreiks wird die Forderung nach einer Freilassung und Überführung nach Deutschland in die Öffentlichkeit getragen. Auch dieser Fall gehört zum Themenfeld Antifaschismus.

Zusammengefasst hat das Themenfeld Antifaschismus vermehrt an Bedeutung gewonnen. Gründe hierfür waren unter anderem die Wahlerfolge der *AfD*, die Recherchen des Medienkollektivs „Correctiv“ zum sogenannten „Düsseldorfer Forum“ sowie die versuchte Instrumentalisierung des islamistischen Terroranschlags von Solingen durch Anhänger der rechtsextremistischen Szene. Diese Themen werden prognostisch relevant bleiben. Nicht zuletzt die anstehenden Wahlen in den nächsten Jahren könnten zu einer weiteren Polarisierung der Zivilgesellschaft beitragen. Demokratische Parteien werden hierdurch

immer mehr politisch unter Druck gesetzt. Politische Entscheidungen werden dann mitunter kritisch auf linker Seite wahrgenommen oder gar im Sinne der Linksextremisten als „faschistisch“ bewertet werden. Eine Tendenz im Linksextremismus, Gewalt auch gegen Personen anzuwenden, ist schon jetzt festzustellen.

Antimilitarismus

Antimilitarismus wehrt sich gegen eine Übersteigerung militärischer Interessen in Staat und Gesellschaft. Dabei werden jegliche militaristischen Tendenzen in der Gesellschaft abgelehnt.

Antimilitaristische Positionen können je nach Strömung und Gruppe unterschiedlich interpretiert werden. Diese reichen von der bloßen Ablehnung von jeglichen Kriegen, Forderungen nach Abschaffung von Armee, Militärbündnissen oder der Wehrpflicht, über die bloße Ablehnung von Werbung für das Militär, bis hin zur Abschaffung von Atomenergie als Basis einer nuklearen Aufrüstung.

Linksextremisten vereinnahmen diese Positionen im Rahmen ihrer Entgrenzungsstrategie und erkennen hierbei Bruchstellen in der Zivilgesellschaft und damit eine Anschlussfähigkeit an diese. Eine anlassbezogene Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Bündnissen wird über diese Positionen und Forderungen wird auch in diesem Themenfeld angestrebt und praktiziert.

Linksextremisten aus ganz unterschiedlichen Strömungen erkennen gemeinsame Schnittmengen im Antimilitarismus und vernetzen sich über ideologische Grenzen hinweg. Anarchistische Antimilitaristen, wie die Graswurzelrevolution, die nach einer „gewaltfreien und herrschaftslosen Gesellschaft“ streben, sind eine relevante antimilitaristische Strömung, wie auch kommunistische Gruppen, wie die **Deutsche Kommunistische Partei (DKP)**, nicht parteiorganisierte Gruppierungen oder auch autonome linksextremistische Gruppen.

Die **DKP** richtet sich dabei vorwiegend gegen das militärische Vorgehen der NATO. Das militärische Vorgehen Russlands dagegen ist nicht Gegenstand der Kritik, während andere linksextremistische Gruppen jegliches militärische Handeln ablehnen.

Ein antimilitaristisches Konzept, das bis in die Zivilgesellschaft greift und eine Form des „zivilen Ungehorsams“ darstellt, ist das der Sozialen Verteidigung. Dieses Konzept wurde in den 1960er- und 1970er-Jahren als Alternative zu militärischen Versuchen der Konfliktlösung entwickelt. Danach soll nicht das Territorium verteidigt werden, sondern die Strukturen der Zivilgesellschaft. Nach erfolgter Besatzung des eigenen Territoriums können mögliche Aktionsformen unter anderem Streiks, „ziviler Ungehorsam“ oder auch Sabotage sein. Fragmente dieses Konzeptes werden von Teilen des Linksextremismus übernommen.

Die nationale Armee ist natürlicherweise ein Hauptangriffspunkt für Antimilitaristen. Schon in der Weimarer Republik lehnten Antimilitaristen eine Wiederbewaffnung der Reichswehr ab, da hierdurch ein zukünftiger Krieg vorbereitet werden könnte. In der Bundesrepublik setzte sich diese Ansicht in den 1950er-Jahren mit dem Aufbau der Bundeswehr fort.

Auch private Unternehmen, die zur Aufrüstung der Bundeswehr beitragen und militärische Güter ins Ausland exportieren, werden politisch angegriffen. Die Firma Rheinmetall mit Hauptsitz in Düsseldorf ist das größte Rüstungsunternehmen in Deutschland. Das Unternehmen ist seit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und der politisch beschlossenen Stärkung der Bundeswehr ein Hauptadressat antimilitaristischer Proteste. Dies lässt sich schon am Namen des bundesweit und Spektren übergreifend agierenden Bündnis „Rheinmetall entwaffnen“ (RME) erkennen. Dieses Bündnis richtet sich nach eigener Aussage „gegen Waffenexporte, Aufrüstung und Krieg“.

Aktionsformen antimilitaristischer Gruppen haben eine große Bandbreite. Beispielgebend

sind Gruppen, die sich gegen Krieg und Militarisierung wenden und lokal organisiert sind. So heißt es in dem Selbstverständnis eines lokalen Ablegers: „Unser Ziel ist es offensive Praxis gegen die deutschen Kriegstreiber in Politik, Wirtschaft und Militär zu entwickeln und mit dem allgemeinen Kampf gegen den Kapitalismus und für eine sozialistische Gesellschaft zu verbinden.“ Durch öffentlich beworbene regelmäßige Treffen sollen neue Mitglieder und Aktivisten gewonnen werden.

Dabei werden die bereits angesprochenen ideologischen Grundlagen nach Liebknecht aufgegriffen und offen geteilt: „Wir gehen davon aus, dass der Kapitalismus ein krisenhaftes System ist, weshalb es immer wieder zu imperialistischen Kriegen kommt, in denen die Herrschenden Einflussphären [sic!], geopolitisch wichtige Standorte und Ressourcen erbeuten.“ Die Kritik insbesondere an einem äußeren Militarismus wird hier sichtbar. Zudem kann man eine antikapitalistische Haltung erkennen.

Demonstrationen und Kundgebungen gehören ebenso zum Portfolio wie Informationsveranstaltungen, um die Öffentlichkeit für die eigenen Positionen zu sensibilisieren. Das Bündnis RME organisiert jährlich ein mehrtätiges Camp an einem wechselnden Ort und versucht, aus dem Camp heraus verschiedene Aktionen, wie Demonstrationen, Blockadeversuche militärischer Einrichtungen oder andere medienwirksame Aktionen zu initiieren. So fand in der Zeit von 26. bis 31. August 2025 das „Rheinmetall entwaffnen“-Camp in Köln statt. Durchschnittlich hielten sich im Camp circa 1.000 Personen auf. Es kam zu bundesweiten und internationalen Anreisen. Das Vernetzungspotenzial dieses Camps wurde deutlich sichtbar. Im Zuge des Camps kam es durch Teilnehmer zu verschiedenen Aktionen. Diese wiesen sowohl rechtskonformen als auch strafrechtlich relevanten Charakter auf. Es kam unter anderem zu Kundgebungen, Blockaden, Sachbeschädigungen und verschiedenen Versammlungsdelikten inklusive Widerstandshandlungen. In Bezug auf die Organisation und Durchführung des Camps war

eine klar dominierende Rolle von extremistischen Gruppen aus dem linksextremistischen und dem auslandsbezogenen Extremismus festzustellen.

Eine andere immer wieder im öffentlichen Raum sichtbare Aktionsform ist das sogenannte Adbusting. Hierbei werden Werbungen für die Bundeswehr oder Rüstungskonzerne entfernt und durch optisch ähnlich aussehende Werbungen mit gegenteiliger Botschaft ersetzt.



Adbusting gegen die Bundeswehr

Seit 2025 entwickelt sich der neu eingeführte sogenannte Veteranentag am 15. Juni zu einem neuen Stichtag für antimilitaristische Aktionen. Der vom Bundestag beschlossene Gedenktag soll die Leistungen von Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr würdigen und wird in antimilitaristischen Kreisen sehr kritisch aufgenommen. Es gab bundesweite Mobilisierungen der linksextremistischen Szene zu verschiedenen Gegendemonstrationen.

Ökologie

Neben anderen gesellschaftlich relevanten Themen wie bezahlbarem Wohnraum (Antigentrifizierung) oder dem Eintreten gegen Rechtsextremismus (Antifaschismus), nutzen Linksextremisten auch Themenfelder wie Umweltschutz, insbesondere Waldschutz, Kohleproteste oder Wasserschutz/-gerechtigkeit. Linksextremisten engagieren sich selbstredend auch in Bezug auf die Umweltbewegung aus strategischen Gründen in Bündnissen für ein vermeintlich gemeinsames Ziel. Innerhalb der Zivilgesellschaft sind unter anderem

NGOs, Jugend-/Schülerverbände, Stiftungen, Think Tanks oder auch Bürgerinitiativen zu verorten, die als Demokraten und reformistische Bewegung friedlich einen besseren Umweltschutz einfordern.

Im Gegensatz dazu greifen Linksextremisten gezielt Umweltschutz als eines von vielen tagespolitisch bedeutsamen Themen auf, um die Sorge vor den Folgen der Klimaerwärmung und die Kritik an der Zerstörung der Natur als Vehikel und Mittel zum eigenen Zweck, einem grundlegenden Systemumsturz, zu missbrauchen. Dabei soll Einfluss auf gesellschaftliche Diskussionen und Prozesse genommen werden, um extremistische Einstellungen in den gesamtgesellschaftlichen Kontext einzubetten und demokratischen Protest um eine militante Komponente zu ergänzen. Das Vertrauen in den Staat und seine Legitimation soll so gezielt aufgeweicht werden. Mithilfe gezielter Diskursverschiebung soll der Staat als eigentlicher Verursacher des Problems und nicht als Teil der Lösung wahrgenommen werden. Es geht um eine gezielte Delegitimierung des demokratischen Rechtsstaates mitsamt seinen Institutionen.

Linksextremisten sehen den Klimawandel als unvermeidliche Folge des Kapitalismus an, den es zu überwinden gilt. Die Reformierbarkeit „des Systems“ - also auch der Demokratie und des Rechtsstaats - wird infrage gestellt, um zwangsläufig zu dem Schluss zu kommen, dass „eine klimagerechte Welt nur jenseits vom Kapitalismus“ möglich sei. Zu diesem Zweck wird Kapitalismuskritik in Verbindung mit der Thematisierung des Klimawandels genutzt, um die Systemfrage immer stärker in den Mittelpunkt gesellschaftlicher Diskurse zu stellen, Deutungshoheit zu gewinnen und letztendlich das Hauptnarrativ zu bestimmen. Die „Klimakatastrophe“ ist in diesem Zusammenhang ein beispielhafter Anlass, mehrheitsfähige Kritik zu formulieren und Widersprüche beziehungsweise Defizite für eine Argumentation zugunsten einer Systemüberwindung sowie die Legitimation für Kampf und Gewalt zu nutzen. So versuchen gewaltorientierte Linksextremisten immer wieder, Brandstiftun-

gen und Sachbeschädigungen als militanten Teil der Klimaprotestbewegung zu etablieren. Erklärtes Ziel ist es dabei, eine Diskursverschiebung in Richtung der Überwindung des Kapitalismus entstehen zu lassen. Dabei sind sich extremistische Gruppierungen wie die **Interventionistische Linke** oder *Ende Gelände* einig: „Wir wollen dieses System abschaffen!“

Es gehe auch darum, eine „klimagerechte Welt auch gegen die Interessen von Vielen hier durchzusetzen [...] Es wird weiterhin Momente geben, in denen wir Projekte der Herrschenden, wie den Ausbau fossiler Infrastruktur angreifen und verhindern müssen, auch gegen die Interessen der lokalen Bevölkerung“.

Linksextremistische Aktivitäten sind häufig nicht auf den ersten Blick erkennbar. Linksextremisten versuchen, Verbindungen zur demokratischen Gesellschaft herzustellen und in zivilgesellschaftlich geprägten Debatten und Räumen wie Protestaktionen, Gewerkschaftsarbeit, alltäglichen Hilfsangeboten zu wirken. Dabei verfolgen sie das Ziel, Anhänger zu gewinnen, zu indoktrinieren und zu radikalisieren. Mit Angriffen auf kritische Infrastrukturen sowie andere wichtige Einrichtungen versuchen Linksextremisten nicht nur, den betroffenen Unternehmen Schaden zuzufügen, sondern „den Kapitalismus“ als solchen zum Stillstand zu bringen. Das langfristige Ziel dieser extremistischen Strömung bleibt stets, die freiheitliche demokratischen Grundordnung zu beseitigen. Beispiele dafür sind die in der folgenden Darstellung beschriebene Mitmachkampagne **Switch off** als auch das Thema Waldbesetzung.

Switch off

Aufruf zur Revolte - „Lasst uns im Kampf gegen die Ausbeutung die Infrastruktur des Kapitalismus hinterfragen, sabotieren und nachhaltig angreifen.“ Mit diesem Appell richtet sich die linksextremistische Kampagne **Switch off - the system of destruction** - im Weiteren: **Switch off** - an „mutige Kämpfende“, an all diejenigen, die sich mit ihren

Aktionen gegen den Kapitalismus, gegen das „derzeitige System“, auf dieses Motto beziehen wollen.

Es handelt sich bei **Switch off** um eine Mitmachkampagne, bei der die klassischen linksextremistischen Aktionsfelder Antikapitalismus und Antimilitarismus mit klimapolitischen Themen verknüpft werden, um damit insbesondere junge, unzufriedene Klimaaktivisten anzusprechen. So sollen potenzielle Nachahmer für das Label gewonnen und ein entsprechend hohes Mobilisierungspotenzial erwirkt werden. Im Fokus stehen dabei der „grüne Kapitalismus“, der unter anderem das Thema Elektromobilität (unter anderem das Unternehmen Tesla), die Infrastruktur der Deutschen Bahn und der fossilen Energieversorgung umfasst.

Getreu dem Motto „kein Frieden mit den bestehenden Verhältnissen“ werden Ideen sowie „Verantwortliche“ auf der dazugehörigen Website **switchoff.noblogs.org** aufgezeigt beziehungsweise aufgelistet und dadurch zum Ziel diverser Straftaten erklärt. Darunter befinden sich als vermeintlich „Verantwortliche“ ausgewiesene Firmen unter anderem aus den Bereichen Strom- und Energieversorger, Chemie- und Pharmaindustrie, Infrastruktur sowie Banken und Investmentfirmen.

Die Website nennt eine Vielzahl von Aktionen, Sabotagen und Texten, die sich auf den „Aufruf zur Revolte“ seit Anfang 2023 beziehen. Die bisher zu verzeichnenden Aktionen erstrecken sich nicht nur auf das Bundesgebiet, sondern sind weltweit verbreitet.

Dabei gibt es auch immer wieder Aufrufe zu Aktionen, wie beispielsweise „Begrüßt den Frühling, zündet einen Tesla an!“. Neben Deutschland gehören insbesondere Frankreich und die Schweiz sowie in Teilen Italien, die Niederlande, Griechenland sowie die USA zu den betroffenen Ländern. Die Taten reichen dabei von Farbschmierereien und Steinwürfen an Fassaden und Fensterfronten von Firmensitzen wie beispielsweise Tesla oder Reisebüros, über Sabotagen an Funkmasten



Switch off

oder Trafohäusern, bis hin zu Brandanschlägen auf Polizeifahrzeuge, Arbeitsmaschinen von Baufirmen oder Fahrzeuge der als „Militärkollaborateure“ bezeichneten Firmen Amazon und Telekom.

Die Ausrichtung der Kampagne **Switch off** stößt auf große Unterstützung in der linksextremistischen Szene, da diese Linksextremisten eine Plattform bietet, sich in einen gemeinsamen ideologischen Kontext einzureihen: „Was man im Kampf benötigt, ist das gemeinsame Streben nach dem tatsächlichen revolutionären Bruch und der Freiheit aller.“ Im Aufruf der Initiative wird jegliches staatliche Handeln zur Lösung der Klimakrise abgelehnt und gefordert, die „Verantwortlichen“ für die „Zerstörung der Natur“ und die „Infrastruktur des Kapitalismus“ anzugreifen und die „bestehenden Verhältnisse“ zu überwinden. In einem auf der Website **de.indymedia.org** veröffentlichten Rückblick auf zwei Jahre **Switch off** am 1. August 2025 wird eine im Ergebnis positive Bilanz gezogen: „Bis zu einem gewissen Grad ist es uns sicher gelungen, direkte Aktion und Sabotage in der Strategiedebatte der Klimabewegung als Methoden im Kampf gegen die Zerstörung der Erde mehr zum Thema zu machen“. Nach einem Diskurs über „Faschisierung, Militarisierung und Grenzpolitik“ wird resümiert: „Wir wissen, dass die Herrschenden uns handlungsunfähig, machtlos und ohnmächtig sehen wollen, doch wir werden ihnen diesen Gefallen nicht tun. Wir wollen den Staat und seine Gesellschaft abschaffen“.

Um das übergeordnete Ziel einer globalen, sozialen Revolution zu erreichen, die aus Sicht der Kampagne alle gesellschaftlichen Übel beenden könnte, bedürfe es eines weltweiten

gemeinsamen Handels sowie Langfristigkeit und Kontinuität. Militanz und Gewalt „in allen möglichen Formen“ werden dabei ausdrücklich als erwünschte Mittel des Widerstands angesehen.

Dies veranlasste auch langjährig aktive links-extremistische Gewalttäter, wie beispielsweise die in Berlin und Brandenburg aktiven sogenannten **Vulkangruppen** sowie auch das **Kommando Angry Birds**, sich der Initiative anzuschließen beziehungsweise sich auf diese zu berufen. **Vulkangruppen** werden dem autonom-anarchistischen Spektrum zugeordnet. Diese zielen darauf, die öffentliche Ordnung mithilfe von Sabotageakten zu stören, die die Funktionsweise des „kapitalistischen Alltags“ durchbrechen und Menschen zum Innehalten nötigen sollen. Die **Vulkangruppen** verübten bereits häufiger Anschläge mit enormen Auswirkungen und hohen Schadenssummen, vor allem im Raum Berlin/Brandenburg. So verursachte etwa die Sabotage der Stromversorgung der Tesla-Gigafactory in Grünheide Anfang 2024, zu der sich die „Vulkangruppe Tesla abschalten“ bekannt hat, einen mehrstündigen Stromausfall in benachbarten Ortschaften und einen Millionenschaden für die Firma Tesla. Darüber hinaus verübte erst in jüngerer Vergangenheit am 03. Januar 2026 eine sich später als „Vulkangruppe“ bezeichnende Gruppe einen Anschlag auf das Stromnetz in Berlin. Bis zum 07. Januar 2026 blieben circa 45.000 Haushalte im Berliner Südwesten ohne Strom. Viele mussten dabei in Notfalleinrichtungen untergebracht werden. Der Generalbundesanwalt hat hierzu die Ermittlungen aufgenommen.

In den allermeisten Fällen werden nach den verübten Taten entsprechende Selbstbeziehungsschreiben (SBS) auf Internetportalen veröffentlicht, nicht selten im Duktus des Selbstlobs. So haben auch die „Vulkangruppe Tesla abschalten“ und die Gruppierung **Kommando Angry Birds** sowohl auf **de.indymedia.org** als auch auf **switchoff.noblogs.org** entsprechende SBS im Nachgang der Tat veröffentlicht.

Während die **Vulkangruppen** eher den Stillstand des kapitalistischen Alltags forcieren, liegt bei der Gruppierung **Kommando Angry Birds** der Fokus eher auf der Infrastruktur der Deutschen Bahn.

Am 21. Januar 2024 veröffentlichte das **Kommando Angry Birds** auf **Switch off**, dass Bahngleise bei Düsseldorf-Eller mit einem Brandsatz „lahmgelegt“ und damit der bevorstehende Bahnstreik „verlängert“ worden sei. In dem Beitrag „(Switch off) Bahnstreik verlängert“ rühmt sich die Gruppierung damit, dass der „Staatsschutz“ zum Vorfall ermittelt, was das „Potenzial, das solche einfachen Mittel“ entwickeln können, offenbare. Ebenso vertritt die Gruppierung hier die Ansicht, dass man „koordinierten Widerstand durch Untergrundnetzwerke“ benötige. Die Veröffentlichung schließt mit: „Die Welt wird erst aufatmen können, wenn über hundert Firmen und Konzerne am Tag bankrottgehen. Jeden Tag.“ Hier wird deutlich, dass die Gruppierung eine radikale Vorgehensweise zur Durchsetzung ihrer Ziele propagiert und damit andere zu gleichgelagerten Aktionen beziehungsweise Straftaten motivieren will.



Mitarbeiter der DB reparieren durch einen Brandanschlag beschädigten Kabeltunnel (dpa)

Am 21. August 2024 wurden Brandsätze an Signalkabeln der Bahn im Kreis Mettmann angebracht, wozu sich ebenfalls die Gruppierung **Kommando Angry Birds** auf der Website **Switch off** bekannte. Um weitere Personen und Gruppen zu vergleichbaren Straftaten zu mobilisieren, veröffentlichte das **Kommando Angry Birds** am 7. September 2024 auf **Switch off** den Text „Kabelanzünden für Beginner“ als eine Art Handreichung. Diese

Anleitung „entstand aus dem Wunsch, unsere Erfahrungen mit frei im Supermarkt oder Baumarkt verkäuflichen Materialien zu teilen.“

Am 22. September 2024 gab es eine Brandstiftung auf dem Gelände des Audi-Zentrums in Leverkusen, durch die insgesamt zehn Neuwagen verschiedener Marken vollständig ausbrannten. Im dazugehörigen Post auf **Switch off** wird dabei auf den „Aufruf zur Revolte“ aus 2023 Bezug genommen: „Lasst uns im Kampf gegen die Ausbeutung die Infrastruktur des Kapitalismus hinterfragen, sabotieren und nachhaltig angreifen“ (...) „keine Gnade für Elektroautos“, denn „ohne Auto keine Autobahn“.

In Nordrhein-Westfalen wurde in 2025 auf der Website **Switch off** unter der Überschrift „Steine und Farbe in Solidarität mit Maja und gegen den Veteranentag!“ eine Aktion aufgegriffen, bei der der Eingangsbereich einer in Wuppertal ansässigen Logistikfirma mit Farbe und Steinen „markiert“ und die Firma als „Kriegsprofiteur“ angeprangert wurde.

Mit einem Post vom 15. Januar 2025 auf **Switch off** bekannten sich „In Solidarität mit Allen die gegen die Herrschaft kämpfen, einige Kreaturen die im Hambi leben“ aus Protest gegen die Rodung des „Sündenwäldchens“ als früherem Teil des Hambacher Forstes zur Sabotage an Pumpstationen im Tagebau Hambach.

Am 31. Juli 2025 gab es einen Brandanschlag auf der Nord-Süd-Hauptstrecke der Deutschen Bahn zwischen Duisburg und Düsseldorf, wodurch der Bahnverkehr massiv beeinträchtigt wurde. Dabei wurde ein Kabelkanal in Brand gesetzt. Hierdurch kam es zu einer hohen Schadenssumme für die Deutsche Bahn und bis zum 2. August 2025 zu erheblichen Einschränkungen (Zugausfälle und stundenlange Verspätungen) für zehntausende Reisende auf einer der meistbefahrenen Zugstrecken Deutschlands. Fernzüge mussten umgeleitet werden. Zu der Tat hat sich wiederum die Gruppierung **Kommando Angry Birds** bekannt. Diese veröffentlichte ein Bekenner-

schreiben auf **de.indymedia.org** und auf **Switch off**. Die Täter wollten hierdurch offenbar den europäischen „Wirtschaftsraum“ treffen. Mit Datum des 05. Januar 2026 bekannte sich das linksextremistische **Kommando Angry Birds** zu einem erfolglosen Brandanschlag am Umspannwerk in Erkrath. Hätte ein geeigneter Brandsatz an den beiden vorhandenen Trafos umgesetzt werden können, so wäre es zu einem Stromausfall in zwei Stadtteilen nebst dem dortigen Industriegebiet gekommen. Darüber hinaus wurden auf **Switch off** auch Vorfälle aufgegriffen, zu denen sich keine Gruppierung bekannt hat, sondern die offensichtlich von gleichgesinnten „Aktivist*innen“ begangen wurden, wie beispielsweise die Farbschmierereien am Haupteingang des Tesla Showrooms in Köln-Mülheim am 11. Mai 2024.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass es der Initiative **Switch off** gelungen ist, innerhalb von knapp über zweieinhalb Jahren eine strömungsübergreifende, auf Langfristigkeit angelegte Initiative aufzubauen, die sich deutschlandweit bereits mehrfach zu Straftaten bekannt hat.

Die Angriffe sollen zum einen weltweiten Widerstand mit darauffolgender sozialer Revolution initiieren, in deren Anschluss alle Menschen in Herrschaftsfreiheit und ohne Ausbeutung von Mensch und Natur leben können. Zum anderen sollen die Angriffe aber auch wirtschaftliche Entscheidungen lenken, wenn es „beispielsweise um die Verhinderung der Ansiedlung oder den Ausbau großer Unternehmen“ geht, was langfristig auch einen „gesamtgesellschaftlichen Nachteil für den Wirtschaftsstandort Deutschland“ darstellt.

Die vergangenen Aktionen und verübten Straftaten im Zusammenhang mit der Initiative **Switch off** und das als hoch einzuschätzende Mobilisierungspotenzial lassen den Schluss zu, dass auch künftig mit weiteren Aktionen und Straftaten in und außerhalb von Nordrhein-Westfalen im Zusammenhang mit **Switch off** zu rechnen ist.

Waldbesetzungen

Sichtbar werden die zuvor beschriebenen Strategien auch in Waldbesetzungen, deren Akteure zusammen für den Erhalt der Natur und gegen Kohleabbau oder Straßenausbau kämpfen. Waldbesetzungen sind für Linksextremisten Orte, an denen eine solche Entgrenzung erkennbar und deutlich wird, wie nah demokratische und extremistische Umweltaktivisten bei ihren Themen und Aktionen beieinanderliegen können. Obwohl sich die jeweiligen Grundannahmen, wie etwa Akzeptanz versus Ablehnung von Gewalt eigentlich unüberwindbar voneinander unterscheiden, lassen sich Akzeptanz und Kooperation aufgrund eines gemeinsamen Ziels beobachten. So werden Linksextremisten als Bündnispartner akzeptiert und oft wird auch Gewalt als vermeintliche Anerkennung von vielfältigen Aktionsformen („Diversity of Tactics“) bis weit ins demokratische Lager hinein geduldet, ohne dass eine Distanzierung zu Gewalttaten erfolgt.

Eine Ablehnung von Gewalttaten würde als Spaltung beziehungsweise Ablenkung der legitimen Ziele durch die Linksextremisten gewertet werden. Es ist eine mitunter kritiklose Übernahme linksextremistischer Positionen („System change, not climate change“, „Kapitalismus überwinden!“) erkennbar.

Ein Beispiel für linksextremistische Agitation im Zusammenhang mit Waldbesetzungen ist die Räumung des Weilers Erkelenz-Lützerath Anfang 2023. Dabei kam es zu einer Vielzahl szenetypischer Straftaten. So wurden im Umfeld der besetzten Häuser Polizistinnen und Polizisten mit Steinen, Feuerwerkskörpern oder vereinzelt Molotowcocktails angegriffen. Im Weiteren kam es zu Widerstandshandlungen gegen Polizisten und Sachbeschädigungen. Herausragend bei diesem Ereignis war die Demonstration am 14. Januar 2023 gegen die geplante Räumung des Gebiets, die auch medial große Aufmerksamkeit erzeugte. In der Spitze bewegten sich mehr als 15.000 Teilnehmer entlang des Tagebaus Garzweiler

II. Darunter befand sich auch eine vierstellige Zahl von Personen, die den abgesprochenen Aufzugsweg verließen, um in den Tagebau und das ehemalige Protestcamp einzudringen. An unterschiedlichen Polizeisperren kam es zu gewaltsamen Durchbruchversuchen seitens der Störer.

An diesem Tag gelang es extremistischen Gruppierungen der linksautonomen Szene, ihre Strategie der Entgrenzung und Radikalisierung von Protesten hinein in das bürgerliche Spektrum der Klimabewegung zu tragen. Dies verdeutlicht die Teilnahme an militanten Widerstandshandlungen wie das Durchbrechen von Polizeiketten. Im Gegensatz dazu gelang es einem Teil der demokratischen Protestbewegung nicht, sich ausreichend von den extremistischen Straftaten zu distanzieren. Die Ereignisse am Tagebau Garzweiler II veranschaulichen deutlich, dass es extremistischen Einzelpersonen und Gruppierungen erfolgreich gelingen kann, eine gesellschaftlich relevante Thematik für ihre eigenen Zwecke zu instrumentalisieren. Gleichzeitig verknüpfen sie diese mit ihrem Ziel der Abschaffung des Kapitalismus und der Auflösung demokratischer Grundprinzipien. Der angestrebte Systemwandel kann aus linksextremistischer Sichtweise nicht ohne eine gewaltsame Revolution erreicht werden.

Die Räumung des Weilers Lützerath hat nicht nur bundesweit, sondern auch europaweit viel (Szene-)Aufmerksamkeit erfahren. Die Waldbesetzungen im Gremberger Wäldchen (Köln) und im Erbwald Manheim (Kerpen, Hambacher Forst) knüpfen an Lützerath an, führten aber nicht zu einer vergleichbaren Mobilisierung.

Eine weitere Waldbesetzung im Nachgang zur Besetzung in Lützerath fand 2024 in Köln statt. Für eine Verbreiterung der Bundesautobahn (BAB) 4 im Kölner Südosten steht zur Diskussion, ob Teilbereiche des Waldstücks Gremberger Wäldchen gerodet werden sollen. Dagegen bildeten sich Protestbündnisse. Am 14. Juni 2024 wurde ein Teil des Waldes mit Forderungen nach dem Erhalt des Waldstücks,

Klimagerechtigkeit und einer „sozial-ökologisch gerechten Mobilitätswende“ besetzt. Am 3. Juli 2024 kam es dann zur polizeilichen Räumung sowohl einer Mahnwache als auch der Strukturen der Waldbesetzung. Der extremistische Anteil der Besetzung zeigte sich durch das Personenpotenzial vor Ort, das Verbindungen in die linksextremistische Waldbesetzerszene aufwies und durch die Verbreitung von Posts auf sozialen Medien durch Gruppen der Umweltgerechtigkeitsbewegung. Hiervon steht seit Juni 2024 *Ende Gelände* (Köln) im Verdacht, extremistisch zu sein. An dieser Stelle werden wieder einmal die Berührungspunkte zwischen nicht-extremistischer und extremistischer Umweltbewegung deutlich. So kam der Einsatz zum Erhalt des Gremberger Wäldchens größtenteils aus der Zivilgesellschaft - von lokalen Bürger- und Umweltinitiativen. In der Waldbesetzung hingegen waren auch internationale Vollzeit-Aktivisten aus dem extremistischen Spektrum zu finden.

Entgegen ursprünglicher Planung erhielt der Energiekonzern RWE eine Genehmigung zum Abbau für Sand und Kies, für den die Rodung eines etwa sechs Hektar großen Waldstückes in der zukünftig geplanten „Manheimer Bucht“, des Manheimer Erbwalds (das sogenannte „Sündenwäldchen“) nötig wurde. Greenpeace und der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) sowie die Besetzerszene im nahegelegenen Hambacher Forst protestierten gegen diese Entscheidung. Seit Herbst 2024 erfolgte eine Besetzung eines kleinen Waldstückes im Erbwald Kerpen-Manheim. Am 28. Januar 2025 lehnte das Oberverwaltungsgericht (OVG) Münster die Klage des BUND um die Aussetzung der Vollziehung des RWE-Hauptbetriebsplans für den Braunkohletagebau Hambach ab. Somit erlaubte das Gericht die Rodung des Manheimer Erbwaldes. Am Folgetag begann RWE mit ersten Rodungsarbeiten ohne polizeilichen Großeinsatz. Dem Energiekonzern RWE gelang mit einem privaten Sicherheitsunternehmen bis Ende Februar eine Rodung der vorgesehenen Waldfläche. Bis auf die besetzten und umliegenden Bäume inklusive der Bauwerke gelang es RWE, das komplette Manheimer

Fließ und den Manheimer Erbwald zu roden. Vor Ort befindliche Personen stammten wie in der Vergangenheit aus der nicht-extremistischen Umweltbewegung sowie aus einem extremistischen, gewaltbereiten Milieu, die die Baumstrukturen bewohnten und eine Nähe zum Personenkontext des Hambacher Forstes aufwiesen. Dabei kam es zu Zusammenstößen zwischen Extremisten und dem RWE-Sicherheitsdienst sowie zu Sachbeschädigungen und Brandanschlägen. Am 18. November 2025 wurde der letzte noch etwa ein Hektar große Teil des Erbwaldes geräumt und gerodet. Dabei hielten sich bis zuletzt Waldbesetzer in mehreren eigens errichteten Strukturen auf. Im Einsatzverlauf kam es zu Widerstandshandlungen gegen Vollstreckungsbeamte, Sachbeschädigungen und Hausfriedensbrüchen.

Neue Themenfelder

In den Zeiten sogenannter Multikrisen ist der Klimawandel nur eine von zahlreichen wahrgenommenen Bedrohungen und Krisen. Neben Sorgen vor einem Rechtsruck in der Gesellschaft, dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und der Lage im Nahen Osten tritt die Klimaangst, eine chronische Angst vor dem ökologischen Untergang, ein Stück weit zurück. Auch in der linksextremistischen Umweltbewegung ist ein thematisches Zerfasern zu beobachten. So erweitern einige militante Umweltgruppen, wie beispielsweise *Ende Gelände*, aktuell ihren Fokus auf Themen wie Antifaschismus und Antimilitarismus.

Im Zuge der fortschreitenden Auseinandersetzung mit dem Klimawandel lässt sich eine thematische Akzentverschiebung innerhalb klimapolitischer Diskurse beobachten. Der Zusammenhang zwischen Klimawandel und Wasser - insbesondere in Bezug auf Wasserverbrauch, Wasserknappheit und Ressourcenkonflikte - ist stellenweise stärker in den Fokus der Klimabewegung gerückt. So wird Wasserknappheit als zentrale Folge des Klimawandels - neben Umweltkatastrophen, Extremwetter wie Hitze/Starkregen, Bränden und Ernteaussfällen - aufgegriffen. Fragen der Wasserge-

rechtigkeit, etwa im Kontext von Daseinsvorsorge, Katastrophenschutz oder Hitzeschutz in urbanen Räumen, gewinnen sowohl auf gesellschaftlicher als auch politischer Ebene an Bedeutung. Wasser(nutzungs)rechte werden verstärkt als elementare Menschenrechte diskutiert. In diesem Zusammenhang erfahren sogenannte Wasserkonflikte auch auf internationaler Ebene eine neue Aufmerksamkeit. Der Nahost-Konflikt etwa wird in Teilen der Debatte - aus ressourcentheoretischer Perspektive - auch als Wasserverteilungskonflikt interpretiert.

Parallel dazu entstehen neue Problemlagen durch spezifische Maßnahmen der Klimaanpassung. So geraten wasserintensive Industrien, darunter die Elektromobilitätsbranche - etwa Tesla in Brandenburg - oder die Halbleiterproduktion wie beispielsweise Intel, zunehmend in die Kritik der Umweltbewegung. Innerhalb der Bewegung erfolgt daher eine Neuakzentuierung etablierter Forderungen, wie etwa der Ausstieg aus fossilen Energieträgern, ambitionierte CO₂-Reduktionsmaßnahmen, energetische Gebäudesanierung, Entsiegelung urbaner Flächen sowie der Rückbau von Industrien mit überdurchschnittlich hohem Wasserverbrauch. So gelingt die Neuformulierung zentraler Punkte. Auch extremistische Akteure greifen das Thema Wasser punktuell in ihren politischen Narrativen auf. Wenn Linksextremisten in der Vergangenheit Umweltthemen wie Kritik am Kohleabbau, LNG oder Elektromobilität nutzten, so birgt ein Wassernarrativ neues Potenzial, eine alte Forderung zu stärken und letztendlich ein neues Vehikel für den Aufruf nach einem Systemumsturz zu entwickeln. So können bestehende systemkritische Forderungen mit einer neuen Legitimation versehen und als Argumentationsbasis für eine fundamentale Systemkritik - bis hin zur Forderung nach dem Abschaffen der Demokratie und des Rechtsstaates - genutzt werden. Die Proteste gegen Elektromobilität, insbesondere gegen den Tesla-Standort in Brandenburg, wurden explizit unter dem Label „Wasserkämpfe“ verortet.

Für Nordrhein-Westfalen zeigen sich mindestens zwei Anknüpfungspunkte beim Thema Wasserkonflikt. Das Bundesland ist zum einen Industriestandort zahlreicher wasserintensiver Konzerne wie unter anderem Evonik, Thyssen-Krupp Steel Europe, Intel, Bayer (Currenta) oder RWE Power, zum anderen lässt sich auch der Konflikt um das Rheinische Braunkohlerevier als Wasserkonflikt klassifizieren. So ist der Bau einer Rheinwassertransportleitung (circa 45 Kilometer Trassenlänge nördlich von Köln) geplant, die zur Befüllung der Tagebaue Garzweiler und Hambach mit Rheinwasser in den kommenden Jahrzehnten dienen soll.

In der Gesamtschau lässt sich feststellen, dass die Wasserperspektive ein erhebliches Mobilisierungs- und Radikalisierungspotenzial auf den Klimawandel birgt. Die vielfältigen Facetten, von sommerlicher Dürre und Ernteverlusten, über den Kampf um Wasserrechte, bis hin zur Kritik an wasserintensiven Industrien, liefern konkrete Anknüpfungspunkte für gesellschaftliche Proteste. Symbolträchtige Beispiele wie die Rheinwasserentnahme durch RWE oder der Tesla-Konflikt dienen dabei als projektionsfähige „Feindbilder“, die zur emotionalen Aufladung politischer Forderungen beitragen.

Dabei wird deutlich, dass die Sorge um Wasserverfügbarkeit ein fundamentales menschliches Grundbedürfnis berührt. Diese emotionale Dimension, vergleichbar mit der Angst vor sozialem Abstieg, Wohnungsverlust oder militärischen Konflikten, eröffnet insbesondere für extremistische Akteure neue Möglichkeiten, das Thema zu instrumentalisieren und dafür politisch zu mobilisieren.

Zusammenfassung und Bewertung

Zusammenfassend lässt sich einordnen, dass in der Vergangenheit Umweltgruppen mit extremistischem Einfluss oder Hintergrund im Rahmen ihrer Entgrenzungsstrategie gezielt und systematisch eine Kooperation mit demo-

kratischen Bündnissen suchten. Als zentrales Mittel diente dabei die Thematisierung gemeinsamer Anliegen, um Anschlussfähigkeit herzustellen und zugleich ideologische Einflussnahme auszuüben. Dabei versuchten extremistisch beeinflusste oder gesteuerte Gruppierungen, Bündnisse über gemeinsame Themen für Kooperationen zu gewinnen und im Sinne der eigenen Ziele zu beeinflussen. In Teilen der Öffentlichkeit ist das Bewusstsein dafür, dass Extremisten unter dem Vorwand gemeinsamer Anliegen agieren, tatsächlich jedoch das langfristige Ziel verfolgen, wesentliche Elemente der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu beseitigen, noch nicht ausreichend ausgeprägt. Insbesondere diese Instrumentalisierungsstrategien, verbunden mit deren tatsächlichem Ziel, Teile der Demokratie abzuschaffen, werden oftmals nicht erkannt.

Dies verdeutlichen exemplarisch die Entwicklungen rund um das Gremberger Wäldchen sowie im Erbwald in Kerpen-Manheim. Hier zeigt sich nicht nur eine Beständigkeit im Vorgehen einschlägiger Akteure, die bereits bei früheren Waldbesetzungen in Erscheinung traten, sondern auch das andauernde Wirken etablierter Strukturen und Netzwerke. Beide Beispiele offenbaren eine bemerkenswerte strategische Kontinuität an bestehenden Netzwerken sowie einer längerfristigen, ideologisch motivierten Mobilisierungsstrategie.

Entgrenzung: Zwischen Reformen und Systemüberwindung

Die Analyse des linksextremistischen Spektrums zeigt, dass die strategische Entgrenzung zwischen reformorientierten Forderungen und systemüberwindenden Zielen eine zentrale Entwicklung darstellt. Linksextremistische Akteure nutzen gesellschaftlich breit akzeptierte Themenfelder, um ihre Ideologie in öffentliche Diskurse einzubringen, ohne ihre grundlegende Ablehnung der freiheitlichen

demokratischen Grundordnung aufzugeben. Sie öffnen ihre Aktions- und Themenfelder bewusst, um gesellschaftliche Anschlussfähigkeit zu gewinnen und gleichzeitig langfristig ihre systemfeindliche Agenda voranzutreiben. Dabei finden bewusst thematische Instrumentalisierungen statt. EG beispielsweise verfügt

über umfängliche Kontakte und Kooperationen auf personeller und funktional-organisatorischer Ebene, darunter auch zu zahlreichen Akteuren aus dem linksextremistischen Spektrum. Unter dem Dach ökologischer Legitimation finden militante Aktionen wie Sabotage an Tagebaumaschinen oder Gleisblockaden statt. Dabei wird eine Doppelstrategie verfolgt. So tragen öffentlichkeitswirksame, gewaltlose Aktionen zur Mobilisierung bei, während verdeckte strafbare Handlungen - Sabotageakte wie bei **Switch off** - zur Schwächung „kapitalistischer Infrastruktur“ durchgeführt werden. Im Antimilitarismus lässt sich eine zunehmende Aktionsorientierung der Proteste gegen Rüstungsexporte und die Präsenz der Bundeswehr beobachten. Dabei werden Sachbeschädigungen an Unternehmen oder Blockaden von Transportwegen als „direkte Aktionen“ legitimiert.

Unter dem Label „Kampf gegen rechts“ werden Angriffe auf politische Gegner und Anschläge auf Parteibüros gerechtfertigt. Die Szene nutzt die breite gesellschaftliche Ablehnung von Rechtsextremismus, um ihre Gewaltstrategien zu normalisieren und Akzeptanz zu erlangen.

Sogenannter „ziviler Ungehorsam“ wie Blockaden, Besetzungen oder Gleisaktionen, gilt in Teilen der Gesellschaft als legitimes Mittel politischer Auseinandersetzung. Für die linksextremistische Szene senkt es Hemmschwellen für Aktionsbeteiligungen, erleichtert Radikalisierung und ermöglicht die schrittweise Normalisierung militanter Methoden.

Insgesamt hat die Fähigkeit zur Mobilisierung und Durchführung verdeckter Aktionen zugenommen. Die enge Verzahnung legaler und illegaler Aktionsformen führt zu erheblichen

Herausforderungen bei der Erkennung extremistischer Einflussnahme. Zudem lässt sich im Rahmen des Risikopotenzials feststellen, dass Infrastrukturprojekte wie Energie und Verkehr sowie staatliche Einrichtungen vorrangige Ziele für Sachbeschädigung und Sabotage bleiben.

Prognostisch ist nicht auszuschließen, dass sich die strategische Entgrenzung weiter intensivieren könnte, da linksextremistische Gruppierungen mehrere Vorteile aus dieser Vorgehensweise ziehen. So bieten gesellschaftliche Entwicklungen und Krisen wie der Klimawandel, Energiepolitik, soziale Ungleichheit, zunehmende rechtspopulistische und rechtsextremistische Agitationen und internationale Konflikte weiterhin und gegebenenfalls noch mehr als früher Mobilisierungsfelder.

Grundsätzlich ist zu erwarten, dass Sabotageakte an kritischer Infrastruktur zunehmen, dass konspirative Kleingruppenaktionen gestärkt werden und dass die ideologische Zusammenarbeit zu Initiativen und Aktionen vertieft wird, die aus der Gesellschaft entstehen.

Radikalisierung und Prognose

Nach der Darstellung verschiedener Strömungen und Spielarten des Linksextremismus und deren sich verändernden Strukturen sowie der Beschreibung der Entgrenzungsstrategie linksextremistischer Akteure ist die Frage der Radikalisierung der linksextremistischen Szene zentral, um deren Gefahrenpotenzial zu betrachten.

Die Stagnation in Teilen der linksextremistischen Szene und die Schwierigkeit einiger Gruppen, sich an eine veränderte Lebenswirklichkeit anzupassen, führt zur Suche nach Antworten und Lösungsansätzen. Ein durch das Erstarken der *AfD* im parlamentarischen Raum wahrgenommener Rechtsruck lässt zurzeit auf einen kleinen Resonanzraum für „linke Antworten“ schließen. Einige linksextremistische Akteure wie die **Interventionistische Linke (IL)** sehen dem Staat abgerungene Reformen lediglich als Teilerfolg an beziehungsweise bestenfalls als „Beieffekte“, da dies einen Ansporn darstellen sollte, nachzusetzen. Das Ziel bleibe die Überwindung des kapitalistischen Staatswesens. Hinter dem hier euphemistisch verwendeten Begriff des „Nachsetzens“ verbirgt sich der Wunsch nach einer Gegenmacht zum Staat, einer Gegenmacht geprägt durch Militanz. Militanz wohne ein „Moment verbindender Solidarität“ sowie eine Stärke inne. Der häufig von Linksextremisten verwendete Begriff der Militanz meint dem Grunde nach Gewalt. Der Wunsch nach Stärke und Entschlossenheit kann somit ein Ausgangspunkt für linksextremistische Gewalt sein. Je stärker der politische Gegner mit seiner Agenda durchdringt und je stärker die eigene Position als Stagnation wahrgenommen wird, desto lauter werden die Rufe nach militanten Aktionen. Anders ausgedrückt: „aus Scheitern folgt [das] Bedürfnis nach aktionistischer Selbstwirksamkeit“.

An der Militanz- beziehungsweise Gewaltfrage spaltet sich die linksextremistische Szene. Militante Aktionen sind für einige dargestellte linksextremistische Strömungen keine Option. Für große Teile der linksextremistischen Gruppen in Deutschland ist Gewalt gegen Menschen nicht mehrheitsfähig, Gewalt gegen Objekte kann jedoch als zielführend für die eigene Agenda empfunden werden. Oft sind es kleinere Gruppen oder Einzeltäter, die diese rote Linie überschreiten. Diese richten jedoch teilweise großen Schaden an.

Als literarische Grundlage für diese Gruppen oder Einzeltäter dient das 2020 erschienene Buch von Andreas Malm mit dem Titel „Wie man eine Pipeline in die Luft jagt“. Dort beschreibt der Autor, dass die Klimabewegung mit ihren gewaltlosen Aktionen bisher nicht weit gekommen sei. Fossile Infrastruktur werde trotz aller Klimakonferenzen weiter gebaut und betrieben. Gleichzeitig seien die Akteure der Klimabewegung relativ homogen und in ihrem Ansinnen risikoarm. Es sei Zeit, radikaler zu werden. Seine Idee sieht eine Aufteilung in Gemäßigte und Radikale vor. Die Gemäßigten versuchten weiterhin, in die Politik hineinzuwirken und Ergebnisse am Verhandlungstisch zu erreichen, während die Radikalen gleichzeitig Sabotageakte auf die fossile Infrastruktur, beispielsweise in Form der Sprengung von Pipelines verübten. Der Autor selbst hat bereits an Aktionen unter anderem von *Ende Gelände* teilgenommen und beschrieb nach der Besetzung von Bahngleisen zu einem Tagebau einen „pulsierenden und bewusstseinsweiternden Moment“. Fatalismus sei dagegen „bürgerlicher Luxus“, es sei „besser zu sterben, während man die Pipeline in die Luft jagt, als teilnahmslos zu verbrennen.“

Diese Idee der Selbstermächtigung findet sich auch in der ideologischen Grundlage der „Propaganda der Tat“. Der den anarchistischen Vordenkern entsprungene Ansatz verfolgt die Idee, dass die Gesellschaft durch Aktionen und Taten „aufgeweckt“ werden solle, um eine gesellschaftliche Umwälzung zu erreichen. Nach Michail Bakunin müsse man die „Prinzipien nicht mit Worten, sondern mit Taten verbreiten, denn dies ist die populärste, stärkste und unwiderstehlichste Form der Propaganda.“ Dieser Ansatz spaltete zwar später auch Teile der anarchistischen Bewegung, wurde jedoch im Laufe der Jahrzehnte immer wieder von unterschiedlichen linksextremistischen Gruppen aus dem anarchistischen und autonomen Spektrum aufgegriffen. In neuerer Zeit werden diese theoretischen Grundlagen auch von der **IL** diskutiert:

„Zentral für gelingende Militanz ist für uns in diesem Sinne, einen sichtbaren Zusammenhang zwischen Ziel und Form des Handelns herzustellen. [...] Wir setzen dabei in Anknüpfung an Malm auch darauf, dass innerhalb der sich multiplizierenden Krisen unserer Zeit, in der die Zerstörung immer allgegenwärtiger in die Leben der Subjekte eindringt, die Zerstörung des Zerstörenden zunehmend an heimlicher Bewunderung gewinnen wird – dass die Idee einer „Propaganda der Tat“ ein Stück ihrer Legitimität zurückerlangt.“

Dabei begreift die **IL** Militanz als ein „demokratisches Mittel von unten“ gegen den Kapitalismus. Mit diesem Mittel sollen Angriffe auf die stetig von der **IL** angesprochenen Brüche im Kapitalismus durchgeführt werden. Die **IL** drückt es folgendermaßen aus:

„In diesem Sinne plädieren wir für eine Militanz, die in der Lage ist, das Hauptquartier der Zerstörung zu erschüttern, die organisiert und neue Brände anfacht, die Lücken reißt in die Unanzweifelbarkeit des kapitalistischen Staates, die sich auch in unserer Bewegung allzu weit fortpflanzt. Lasst uns also militant werden, bevor wir militant werden müssen!“

An Gewalt und Militanz orientierte Linksextremisten nutzen Gewalt, um politische Gegner einzuschüchtern und ihre politischen Ziele durchzusetzen. Sie überschreiten immer häufiger rote Linien, die sich aus den Grenzen der Vermittelbarkeit von Gewalt ergeben. In weiten Teilen der linksextremistischen Szene entsteht hierüber dennoch keine Diskussion.

Beispielhaft für diesen Umstand steht die Gruppe um Lina E., bekannt als die „Hammer-Bande“ oder die „Antifa Ost“. Die konspirativ agierende Gruppe wird mit zahlreichen Angriffen gegen vermeintliche „Faschisten“ in Verbindung gebracht, die erhebliche Körperverletzungen und Sachbeschädigungen zur Folge hatten. Lina E. wurde am 19. März 2025 wegen der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung nach Paragraph 129 Strafgesetzbuch zu einer Freiheitsstrafe von fünf Jahren und drei Monaten verurteilt. Der Bundesgerichtshof hat das Urteil des Oberlandesgerichts Dresden bestätigt. Gegen weitere Täter aus dieser Gruppe sind noch gerichtliche Verfahren anhängig.

An der „Antifa Ost“, die teilweise auch Bezüge in weitere Bundesländer aufweist, lässt sich eine Radikalisierung hin zu einer personalisierten Gewalt erkennen. Eine im Verborgenen agierende Gruppe von Linksextremisten begeht Gewalttaten gezielt gegen ausgewählte Personen. Dabei wird auch die Vorgehensweise, wie den Ausführungen aus dem Gerichtsprozess entnommen werden konnte, immer mehr professionalisiert. Die „Antifa Ost“ sowie die linksextremistische Szene insgesamt gehen bei der Konfrontation mit aus ihrer Sicht als Rechtsextremisten identifizierten Personen von einer grundsätzlichen Rechtmäßigkeit ihres Handelns aus. Darüber hinaus sah sich die Gruppe allerdings im Unterschied zum üblichen Vorgehen der linksextremistischen Szene nicht zu einer Rechtfertigung ihrer zum Teil mit massiver körperlicher Gewalt begangenen Angriffe veranlasst. So wurden in diesem Kontext keine Selbstbezüglichungsschreiben veröffentlicht. Dieses ausgeprägte Selbstverständnis im gewaltsamen Umgang mit dem politischen Gegner ist beispielhaft für

eine Hinwendung von Teilen der linksextremistischen Szene zur Militanz.

Das Echo in der linksextremistischen Szene fällt dabei nicht negativ aus, im Gegenteil. Die später erfolgten Verhaftungen der Täterinnen und Täter lösten eine sogar internationale Welle der Solidarität aus. Eine durchgehend anhaltende Solidaritätskampagne für die Täterinnen und Täter findet strömungsübergreifend im Linksextremismus statt. Die Gewalttaten und die mit ihr verbundenen Inhaftierungen und Verurteilungen erhalten eine unterschiedliche Gewichtung. Es findet gewissermaßen eine Täter-Opfer-Umkehr statt, indem die vielfältigen Solidaritätsaktionen wie Demonstrationen, Prozessbegleitungen, Sachbeschädigungen, öffentlichkeitswirksame Postings auf sozialen Medien etc. in den Kontext der Antirepressionsarbeit gestellt werden. In Nordrhein-Westfalen häuften sich diese Solidaritätsaktionen nicht zuletzt durch die Ansetzung eines Teils der Prozesse im „Budapest-Komplex“ am Oberlandesgericht Düsseldorf. Die Täterinnen und Täter seien in ihrem vermeintlich heroischen Kampf gegen die Faschisten zu Opfern der staatlichen Repression geworden. Dies rechtfertige mitunter auch Resonanzstraftaten der Szene. Hierdurch erfahren der Antifaschismus im Allgemeinen und die militanten Gewalttaten mit ideologischem Bezug zum Antifaschismus für die Mitglieder der linksextremistischen Szene eine vorher kaum gesehene Legitimität. Antifaschistische Gewalt wird somit von der linksextremistischen Szene nicht nur akzeptiert, sondern explizit gutgeheißen, auch wenn diese nur von einigen wenigen konspirativ organisierten Gruppen ausgeübt wird. Abstufungen in der Feinderklärung finden offenbar kaum statt. So scheint der Antifaschismus ein homogenes und in der Szene selbst kaum mehr hinterfragtes Feindbild zu generieren, gegen das sich die Tonlage in der linksextremistischen Szene schrittweise verschärft. Gewalt gegen „Rechts“ wird als Akt der Gegenwehr und Moment der Selbstermächtigung verstanden, durch das sich Linksextremisten zu schwerwiegenden Gewalttaten legitimiert sehen. Auch Polizistinnen und Polizisten sind

in den Augen der Linksextremisten ein legitimes Angriffsziel. Polizisten werden durch Begrifflichkeiten wie „All Cops are Bastards“ (ACAB) und „Bullenschweine“ entmenslicht. Die Attacken gegen „Bullenschweine“ werden in diversen Positionspapieren gerechtfertigt.

Nicht zuletzt die angesprochenen Solidaritätsaktionen sowie das teilweise sehr hohe Mobilisierungspotenzial insbesondere im Bereich Antifaschismus zeigen den bundesweit hohen Vernetzungsgrad der linksextremistischen Szene. Selbstbezüglichungsschreiben, die oft auch in mehreren Sprachen veröffentlicht werden, offenbaren überdies einen internationalen Anspruch und ein internationales Sendungsbewusstsein der Täter.

Dieses Vernetzungspotenzial besteht auch im Kampfsportbereich, bei dem sich linksextremistische Akteure zu Seminarwochenenden oder Turnieren treffen und gemeinsam Kampfsporttechniken für mögliche künftige Aktionen erlernen. Solche Techniken eignen sich prinzipiell nicht nur zur Selbstverteidigung. Die linksextremistische Szene versteht und rechtfertigt die angebotenen Trainingseinheiten allerdings als Selbstschutz, nicht zuletzt aufgrund eines teilweise martialischen Körperkultes rechtsextremistischer Akteure. In Nordrhein-Westfalen gibt es im Bereich mehrere lokale Angebote der linksextremistischen Szene, beispielsweise in Düsseldorf und Köln.

Die neuerliche Hinwendung von jungen Menschen zu kommunistischen Jugend- und Kadergruppen verdeutlicht wiederum eine Suche nach Strukturen, einfachen und klaren Botschaften sowie das Bedürfnis nach Stärke und Gemeinschaftsgefühl. Dies offenbart sich durch mehrere Gründungen solcher Gruppen in jüngster Zeit auch in Nordrhein-Westfalen. Diese Gruppen radikalisiert sich vor allem ideologisch, da innerhalb der Gruppen von Anfang an ein großer Wert auf ideologische Schulungen gelegt wird. Hierbei besteht die Gefahr, dass sich extremistische Ansichten und eine Abkehr von demokratischen Werten verstetigen.

Bei dem Phänomen der Offenen Antifaschistischen Treffen werden an zahlreichen Orten in Nordrhein-Westfalen wiederum Angebote für nicht-szeneangehörige Personen geschaffen. Über gemeinsame Veranstaltungen und Aktionen sollen neue Mitglieder an die linksextremistische Szene herangeführt werden. Ein Radikalisierungspotenzial ist insbesondere durch das niedrigschwellige Angebot in jedem Fall vorhanden. Die weitere Entwicklung der Offenen Antifaschistischen Treffen bleibt abzuwarten.

Spätestens seit dem Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine hat sich das Bewusstsein für die Gefährdung durch Sabotage hierzulande deutlich erhöht. Dieses konzentriert sich stark auf Sabotageaktivitäten durch staatliche Akteure, beispielsweise ausländische Nachrichtendienste. Die Gefahr von Angriffen durch Extremisten ist in diesem Kontext jedoch ein relevanter Faktor. Vor allem gewaltorientierte Linksextremisten verüben in Deutschland seit Jahren immer wieder gezielte Angriffe gegen Kritische Infrastruktur und Wirtschaftsunternehmen. Dabei verursachen sie jedes Jahr Sachschäden in Millionenhöhe. In Einzelfällen wurde die öffentliche Ordnung bereits erheblich beeinträchtigt. Vielfach werden die Taten im Anschluss erklärt und ideologisch begründet. Die diesbezüglichen Bekennerschreiben werden auf einschlägigen linksextremistischen Plattformen wie **de.indy-media.org** veröffentlicht.

In jüngerer Vergangenheit haben Angriffe und Sabotageaktionen auf und an Kritischer Infrastruktur, deren Modus Operandi linksextremistischen Akteuren zugerechnet werden kann, im Bundesgebiet an Quantität und Qualität zugenommen. Besonders betroffen sind dabei die KRITIS-Sektoren Energie, Transport und Verkehr, Informations- und Kommunikationstechnik sowie Staat und Verwaltung. Dabei wählten die Täter oft gut zugängliche und gering oder nicht gesicherte sowie öffentlichkeitswirksame Ziele. Diese wurden oftmals in Brand gesetzt.

Aus veröffentlichten Selbstbeziehungsschreiben der linksextremistischen Szene ging hervor, dass die verursachten Schäden regelmäßig lediglich „Begleiterscheinungen“ seien. Linksextremisten zielen bei ihren Angriffen seltener auf einen Ausfall von kritischer Infrastruktur direkt ab. Vielmehr dienen solche primär dazu, ausgewählte Wirtschaftsunternehmen zu schädigen. In Folge der Sabotageaktionen wurde regelmäßig die Versorgungssicherheit der Bevölkerung beeinträchtigt, die in Kombination mit häufig sechs- bis siebenstelligen Schadenssummen langfristig den Wirtschaftsstandort Deutschland schädigen kann und aus Sicht der linksextremistischen Akteure auch schädigen soll. Linksextremistische Angriffe auf kritische Infrastruktur und Wirtschaftsunternehmen gehen in den meisten Fällen auf das autonome oder das anarchistische Spektrum zurück. Teilweise wird sich auf das Erkämpfen und Verteidigen von sogenannten „Freiräumen“ fokussiert, in denen das Ideal der unbedingten persönlichen Freiheit verwirklicht werden soll. Diesem eigenen Freiheitsbegriff stehe der Staat genauso wie die untrennbar mit ihm verbundene kapitalistische Wirtschaftsordnung entgegen. Staatliches Handeln zielt darauf ab, kapitalistische Profitorientierung zu befriedigen und staatliche Macht durch Repression zu sichern.

Für Linksextremisten stellen Wirtschaftsunternehmen aus ihrer ideologischen Grundüberzeugung heraus ein legitimes Angriffsziel dar. Aktuelle Entwicklungen in den Bereichen Klimaschutz, militärische Unterstützung und vermeintliche staatliche Repression bergen weiteres Eskalationsrisiko. Alle drei Themenbereiche haben das Potenzial, die in der linksextremistischen Szene empfundene allgegenwärtige „Notwehrsituation“ gegenüber dem Kapitalismus weiter zu verstärken und so die Aktionsbereitschaft zu steigern.

Insbesondere Auswirkungen des Klimawandels werden auch zukünftig Begründungszusammenhänge für weitere linksextremistische Straftaten bieten. Je stärker die Aktualität und die gesellschaftliche Relevanz des Themas ausgeprägt ist, desto mehr fühlen sich

Linksextremisten motiviert, diesen Begründungszusammenhang in ihrem Sinne zu instrumentalisieren. Ein aktuelles Beispiel für das Themenfeld Klimaschutz stellt die linksextremistische Initiative **Switch off** dar. Unter Verwendung dieses Namens finden seit 2023 verschiedene Angriffe auf Wirtschaftsunternehmen und kritische Infrastruktur statt. Im vorhergehenden Kapitel wurden die bisher verübten Taten in Nordrhein-Westfalen dargestellt.

Es ist nicht auszuschließen, dass Namen von Akteuren und Kampagnen wie **Kommando Angry Birds** oder **Switch off** von Einzeltätern als „Label“ für eigene Taten genutzt werden. Eine personenbezogene Zuordnung zu solchen Straftaten wird hierdurch erschwert. Durch die Form einer Mitmachkampagne unter einem Label wie **Switch off** findet darüber hinaus eine Entgrenzung von Organisationen und Gruppen statt. Es besteht lediglich ein propagierter Begründungszusammenhang, der als Motivation für potenzielle Täterinnen und Täter dienen soll. Eine Zuordnung zu einer Bezugsgruppe erfolgt hierbei nicht mehr.

Linksextremisten bevorzugen in der Regel jene Ziele, die bei geringstmöglichem Risiko den größtmöglichen Schaden versprechen. Viele Schadensobjekte befinden sich ungesichert im Freien oder auf nur vergleichsweise gering gesichertem Gelände. Dies trifft sowohl auf Strom- und Datenleitungen wie auch auf Baustellen und Baustellenfahrzeuge zu. Bisweilen sind Lagepläne von Einrichtungen der kritischen Infrastruktur mit verhältnismäßig geringem Aufwand auch im Internet auffindbar. Dabei beschränken sich die Auswirkungen dieser Angriffe nicht nur auf das intendierte Angriffsziel, sondern fallen deutlich weitreichender aus. Mögliche Kollateralschäden nehmen Linksextremisten bei ihren Taten billigend in Kauf. Aus linksextremistischer Perspektive sollen Entscheidungsträger in Wirtschaft und Politik mit den Sabotagehandlungen zum Einlenken gezwungen werden. Das Ziel von Linksextremisten ist dabei stets, den Kapitalismus zu überwinden und

die dazugehörige Infrastruktur zu stören und zu zerstören.

Auch der Themenbereich des Antimilitarismus hat im Zuge des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine und der damit verbundenen Aufrüstung der Bundeswehr als Begründungszusammenhang für Straftaten gegen die kritische Infrastruktur an Bedeutung gewonnen. Von Straftaten betroffen sind im Kontext Antimilitarismus unter anderem Dienstleistungsunternehmen, die unterschiedliche Aufgaben im Auftrag der Bundeswehr übernehmen. Aber auch Rüstungskonzerne, wie zum Beispiel Rheinmetall mit Sitz in Düsseldorf, und ihre Zulieferbetriebe wurden bereits zum Ziel von linksextremistischen Straftaten und sind dementsprechend gefährdet. Linksextremisten werfen ihnen vor, von Krieg und Unterdrückung zu profitieren.

Zudem können für Teile der linksextremistischen Szene auch internationale Verbindungen ausschlaggebend für die Zielauswahl sein. So wird einigen Unternehmen vorgeworfen, indirekt das türkische Militär bei seinem Vorgehen in den kurdischen Siedlungsgebieten Syriens, Iraks und der Türkei zu unterstützen. Entsprechende Straftaten betrafen in der Vergangenheit unter anderem DB Schenker als einen Logistikpartner der NATO. Aber auch im Kontext des seit den Terroranschlägen gegen den Staat Israel vom 7. Oktober 2023 wieder aufgeflamten Nahost-Konflikts verüben Linksextremisten Straftaten. Sie begründeten Angriffe gegen in Deutschland ansässige Zulieferbetriebe von internationalen Rüstungsunternehmen damit, dass dort Komponenten für Waffensysteme gefertigt werden, die auch das israelische Militär nutzt. Durch eine aus linksextremistischer Perspektive wahrgenommene „Militarisierung“ von Polizei und Gesellschaft bieten sich vielfältige Überschneidungen zu dem Themenfeld Antirepression. Außerdem knüpfen Linksextremisten unter dem Vorwurf einer „Militarisierung von Technologie“ eine Verbindung zur Nutzung etwa von Künstlicher Intelligenz oder von Drohnen im Militär und greifen entsprechende Branchenvertreter ebenfalls gezielt an.

Ein bundesweit herausragendes Beispiel für einen Angriff auf ein Wirtschaftsunternehmen war der Brandanschlag einer **Vulkangruppe** auf einen Strommast in Grünheide Brandenburg am 5. März 2024 mit dem Ziel, die Stromversorgung des nahegelegenen Tesla-Werkes zu beeinträchtigen. Aufgrund der durch die Täter verursachten Schäden wurde die Stromversorgung in den anliegenden Gemeinden Brandenburgs sowie in Teilen Berlins unterbrochen. Die aufwendige Reparatur dauerte fast eine Woche und kostete mehr als eine Million Euro. Der Autobauer Tesla erlitt nach eigenen Angaben durch den Produktionsausfall einen Schaden von mehreren Hundert Millionen Euro. Neben dem Tesla-Werk selbst waren durch die Tat zusätzlich tausende Haushalte und zehntausende Bürgerinnen und Bürger betroffen. Auch ein örtliches Krankenhaus sowie das Logistikzentrum eines Lebensmittelkonzerns mussten auf eine Notstromversorgung zurückgreifen. Durch diesen mit einem sehr hohen Gefährdungspotenzial verbundenen Angriff und die daraus resultierenden Auswirkungen auf den gesellschaftlichen Alltag erlangte der Anschlag eine herausragende Relevanz und vergleichsweise große gesellschaftliche und mediale Aufmerksamkeit.

Am 3. Januar 2026 verübte eine sich als **Vulkangruppe** bezeichnende Gruppierung einen Anschlag auf das Stromnetz in Berlin. Von dem bis zum 7. Januar andauernden Stromausfall waren ca. 45.000 Haushalte betroffen. Die hierzu eingeleiteten Ermittlungen laufen aufgrund der hohen Relevanz beim Generalbundesanwalt.

Auch in Nordrhein-Westfalen gibt es zunehmend Beispiele für linksextremistisch motivierte Angriffe auf die kritische Infrastruktur, insbesondere auf den Energiesektor und den Braunkohletagebau. Diese Straftaten haben einen Klima- beziehungsweise Umweltschutzbezug. Seit dem Jahr 2023 kommt es bis heute zudem zu wiederholten linksextremistischen Brandstiftungen gegen Bahninfrastruktur und Kabelschächte der Deutschen Bahn mit Schwerpunkt in der Region Rhein-Ruhr. Diese

wurden neben dem Klimaschutz auch mit der Beteiligung der Deutschen Bahn am Bau des mexikanischen Bahninfrastrukturprojekts „Tren Maya“ begründet. Dabei sollen für den Bau der Bahnstrecke Teile des dortigen Regenwaldes abgeholzt werden. Darüber hinaus wären hierdurch die Siedlungsgebiete einer dortigen indigenen Minderheit betroffen.

Des Weiteren sind diese Beispiele für herausragende Straftaten zum Nachteil kritischer Infrastruktur in Nordrhein-Westfalen zu nennen:

Unbekannte Täter setzten eine Kabeltrasse in unmittelbarer Nähe des Tagebaus Inden am 4. September 2023 in Brand. Dadurch kam es zu einer kurzfristigen Produktionsunterbrechung im Tagebau. Eine erste Einschätzung durch den Betreiber ergab einen Schaden von rund 100.000 Euro. Zu der Tat bekannten sich die **Guerilla Activists Fighting For Anarchy (GAFFA)**. Die Gruppierung verübte zuvor bereits Angriffe am 10. März, 23. April und 12. Juni 2023 an den Tagebauen Inden und Garzweiler, zu denen sie ebenfalls einschlägige Selbstbeichtigungsschreiben veröffentlichte.

Am 9. Januar 2024 verübten Linksextremisten eine Brandstiftung an einem Kabelschacht der Deutschen Bahn in Düsseldorf. Hierdurch wurden ein Signalkabel und ein sogenanntes „Gleis-frei-Kabel“ beschädigt. Insgesamt waren acht Signale betroffen. Der Bahnverkehr auf dieser Strecke kam nicht zum Erliegen, die Züge konnten die Strecke allerdings nur mit niedriger Geschwindigkeit passieren. Zu der Tat bekannte sich das **Kommando Angry Birds**, das bereits im Zeitraum von Januar bis April 2023 insgesamt fünf Brandanschläge gegen Signalkabel im Großraum Düsseldorf verübt hatte.

Am 15. Januar 2025 wurden insgesamt sieben Pumpanlagen und deren Elektroeinheit des Tagebaus Hambach durch unbekannte Täter beschädigt. So wurde das Plastik-Display einiger Pumpen eingeschlagen, einige Container gewaltsam aufgebrochen und in einem Fall ein Steuerungselement daraus entfernt. Insgesamt fielen elf Pumpen aus. Bei einer

Kontrollfahrt am 21. Januar 2025 wurde festgestellt, dass eine weitere Pumpanlage durch Inbrandsetzung zerstört wurde. Am 15. Januar 2025 wurde auf den Internetseiten **de.indymedia.org** und **switchoff.noblogs.org** ein Selbstbeichtigungsschreiben mit der Überschrift „Mehrere Pumpstationen von Tagebau Hambach sabotiert“ veröffentlicht.

Am 24. Januar 2025 setzten unbekannte Täter ein Stromkabel der Deutschen Bahn in Düsseldorf in Brand, das sich in einem Kabelgraben neben der Gleisanlage befand und mit losen Betonplatten bedeckt war. Die Strecke wird ausschließlich durch den Güterverkehr zwischen Köln und Düsseldorf genutzt. In der Folge kam es zu Signalausfällen, Streckensperungen und entsprechenden Zugausfällen. Es entstand ein hoher Sachschaden, dessen konkrete Höhe unbekannt ist. Dieser Vorfall reiht sich ein in eine Serie bundesweiter Vorfälle von Straftaten zum Nachteil der Deutschen Bahn. Zu der Tat bekannte sich ebenfalls das **Kommando Angry Birds**.

Am 30. Januar 2025, im Vorfeld beginnender Rodungsarbeiten am sogenannten Sündenwäldchen durch die Firma RWE AG, zerstörten unbekannte Täter eine Brunnenanlage, indem sie diese in Brand setzten. Dazu wurden an dem geöffneten Container, in dem sich die Elektronik der Anlage befindet, Äste aus dem naheliegenden Waldbereich aufgestapelt und in Brand gesetzt. Der Container brannte vollständig aus.

Am 14. Februar 2025 wurde zudem eine Trafostation auf dem RWE-Gelände von verummumten Personen in Brand gesetzt. Am 17. Februar 2025 erfolgte ein Kabeldiebstahl an einer Brunnenanlage der Firma RWE AG. Einen Tag später begingen abermals unbekannte Täter eine Sachbeschädigung durch ein Feuer an einer Brunnenanlage im Bereich der Rodungsarbeiten.

Ende Mai 2025 wurde ein Bekenner schreiben auf **de.indymedia.org** sowie **switchoff.noblogs.org** veröffentlicht, worin unbekannte Täter sich gegen Technologie, technologische

Machtmittel und gewaltsame Anpassung aussprechen. Als „kleinen symbolischen Beitrag“ habe man daher an „3 Funkmasten in Langenfeld, Erkrath und zwischen den Industriegebieten „Auf dem Sand“ und „Hülsen“ in Hilden Brandsätze angebracht“.

Das jüngste Beispiel einer Sabotagehandlung war der Brandanschlag am 31. Juli 2025 auf einen Kabeltunnel der Deutschen Bahn entlang der Bahnstrecke zwischen Duisburg und Düsseldorf. Dabei wurden Kabel auf einer Länge von 60 Metern so beschädigt, dass eine tagelange Sperrung der wichtigen Bahnstrecke erfolgen musste. In dem Bekenner schreiben Nr. 6 setzt die Kampagne **Kommando Angry Birds** die Tat in einen anarchoprimitivistischen Kontext, wonach „der Natur“ wieder der Vorrang vor dem Menschen und der von ihm geschaffenen Industrie eingeräumt werden solle.

Was folgt aus all diesen Radikalisierungstendenzen und Entwicklungen in unterschiedlichen Strömungen des Linksextremismus? Gibt es eine Entwicklung von einem Linksextremismus hin zu einem Linksterrorismus?

Terrorismus ist der nachhaltig geführte Kampf für politische Ziele, die mit Hilfe von Anschlägen auf Leib, Leben und Eigentum anderer Menschen durchgesetzt werden sollen, insbesondere durch schwere Straftaten, wie sie in Paragraph 129 a Absatz 1 Strafgesetzbuch genannt sind, oder durch andere Straftaten, die zur Vorbereitung solcher Straftaten dienen.

Festzuhalten ist, dass sich die Qualität der Taten im Laufe der letzten Jahre erhöht hat. Allein dadurch besteht schon ein erhöhtes Gefährdungspotenzial durch gewaltbereite Linksextremisten. In Teilen Deutschlands, wie Berlin, Hamburg oder Leipzig agieren die linksextremistischen Szenen aus einer gewissen Stärke heraus und haben gegenüber dem politischen Gegner eine herausgehobene Position. In Nordrhein-Westfalen sind die linksextremistischen Strukturen von Region zu Region und von Stadt zu Stadt unterschiedlich zu bewerten. Dies hängt von verschiedenen Faktoren ab, wie beispielsweise der Existenz und

Tradition von Rückzugsräumen für die links-extremistische Szene. In einigen Städten, wie Köln, Düsseldorf oder auch Wuppertal und Teilen des Ruhrgebiets haben linksextremistische Gruppen gefestigte Strukturen aufgebaut und sich teilweise bundesweit vernetzt.

Seit dem Ende des Linksterrorismus der RAF war ein beständiger Grundsatz der linksextremistischen Szene, dass Gewalt gegen Personen nicht gerechtfertigt werden kann. Dieser Grundsatz wurde im Laufe der letzten Jahre insbesondere durch kleinere im Verborgenen agierende Gruppen immer mehr aufgeweicht. Angriffe auf die körperliche Unversehrtheit von Menschen werden mitunter entweder gezielt eingesetzt, weil es sich um den politischen Gegner handelt oder werden bei Sabotagehandlungen zumindest als Kollateralschäden billigend in Kauf genommen.

Durch verschiedene politische Entwicklungen insbesondere in Bezug auf die Globalisierung und damit verbundene Umweltschäden, aber auch Kriegshandlungen, sieht sich die linksextremistische Szene in ihrem Kampf gegen den Kapitalismus zunehmend in die sprichwörtliche Ecke gedrängt. Daraus erwächst in Teilen der Szene der Wunsch nach Selbsttermächtigung und Militanz. Dass eine kleine Gruppe von Tätern oder sogar ein Einzeltäter durch professionelles Vorgehen hohe Schadenssummen bei den angegriffenen Wirtschaftsunternehmen erzielen kann, erscheint einigen Linksextremisten als besonders wirkmächtig. Die Idee der Propaganda der Tat, wonach Aktionen und Taten mit Vorbildcharakter die Gesellschaft „aufwecken“ sollen, erhält hierdurch neuen Auftrieb.

Das Gefährdungspotenzial solcher Gruppen oder sogar Einzeltäter liegt nicht zuletzt an deren konspirativem Vorgehen. Deren Taten fallen in ähnliche Begründungszusammenhänge wie die weniger gewaltvollen Aktionen der großen restlichen linksextremistischen Gruppen. Eine Ermittlung der Täterinnen und Täter gestaltet sich schwierig, weil keine vorherige Gruppenanbindung erfolgt sein muss. Als Teil einer Mitmachkampagne können einzelne

Akteure sich zu solchen Taten berufen fühlen.

Dieser verstetigte Trend zur Radikalisierung ist in verschiedenen Strömungen des Linksextremismus festzustellen. Einfluss hierauf haben sowohl äußere politische Rahmenbedingungen als auch gesellschaftliche Debatten. Die Zeit der Corona-Pandemie hat diese wahrgenommenen Spaltungen in der Gesellschaft noch verstärkt. Auch hierdurch erfahren insbesondere der Antifaschismus und aus diesem erwachsene Gewalttaten eine kaum dagewesene Legitimität innerhalb der linksextremistischen Szene.

Linksextremistische Täterinnen und Täter antifaschistischer Gewalttaten sind für einige Zeit sogar erfolgreich untergetaucht und konnten auf gefestigte Unterstützernetzwerke zurückgreifen, um staatlichen Ermittlungen zu entgehen. Erst in jüngerer Vergangenheit haben sich nach den Festnahmen einiger Führungspersönlichkeiten aus der „Hammer-Bande“ beziehungsweise der „Antifa Ost“ einige weitere angeklagte Mittäter den Behörden freiwillig gestellt.

Um das Risiko der Herausbildung terroristischer Strukturen des Linksextremismus in Deutschland zu beurteilen, müssen jedoch weitere Faktoren einbezogen werden. So unterscheiden sich die Tatmittel gewaltorientierter Linksextremisten noch immer von denen in anderen Phänomenbereichen, in denen terroristische Strukturen bereits existieren. Durch Gewalteinwirkung wird zwar erheblicher körperlicher Schaden oder auch der Tod der Opfer billigend in Kauf genommen; der Einsatz von Schusswaffen oder Sprengsätzen, die zum gezielten Tod der Opfer führen, ist derzeit jedoch nicht bekannt.

Regelmäßige direkte oder indirekte Angriffe auf die körperliche Unversehrtheit von Menschen und hohe Schadenssummen belegen die anhaltenden Radikalisierungstendenzen in der linksextremistischen Szene. Gewaltspiralen und abgeschottete Kleingruppen sind an mehreren Orten in Deutschland zu beobachten. Die Herausbildung potenziell terroris-

tischer Strukturen ist dabei nicht mehr nur in den Schwerpunktregionen Berlin, Hamburg und Leipzig möglich. Linksextremistische Taten werden gewalttätiger und persönlicher, da diese professioneller durchgeführt werden. Immer häufiger werden scheinbare rote Linien, die sich aus den Grenzen der Vermittelbarkeit von Gewalt gegenüber der Gesellschaft ergeben, überschritten. Vor diesem Hintergrund ist eine weitere Radikalisierung der linksextremistischen Szene auch in Nordrhein-Westfalen zu befürchten. In Teilen des Linksextremismus ist ein Potenzial für die Entwicklung terroristischer Strukturen erkennbar. Eine Entwicklung hin zu einem Linksterrorismus konnte bislang in Nordrhein-Westfalen jedoch nicht festgestellt werden.

Maßnahmen

Präventionsmaßnahmen des Verfassungsschutzes im Linksextremismus

Neben Vorträgen und Workshops hat sich ein weiteres Programm zur Aufklärung beim Verfassungsschutz etabliert - das Projekt PRISMA. Das Projekt befasst sich mit den Biografien von Personen, die Teil einer extremistischen Szene waren. In Rahmen von moderierten Gesprächen erzählen die ausgestiegenen Personen aus dem Rechts- und Linksextremismus, Islamismus und dem auslandsbezogenen Extremismus über die Zeit vor, während und nach der Mitgliedschaft innerhalb der jeweiligen extremistischen Szene. Die Teilnehmenden haben währenddessen die Möglichkeit, der ausgestiegenen Person Fragen zu stellen und so in den Austausch zu treten. Die Veranstaltungen bieten einen hohen Erkenntniswert, da die persönlichen Lebenswege, die Einstiegsmotivationen und die Erfahrungen in der Szene von den Betroffenen beschrieben werden. Elementar bei den Veranstaltungen, die von erfahrenen Moderatorinnen und Moderatoren geleitet werden, ist eine wertschätzende und sensible Atmosphäre, die den geeigneten Rahmen für die persönlichen Gespräche bietet. Eine weitere Voraussetzung ist die Vor- und Nachbereitung solcher moderierten Gespräche.

Ein weiteres Angebot der Extremismusprävention ist das 2014 zuerst im Kreis Mettmann durch den Verfassungsschutz NRW gemeinsam mit dem polizeilichen Staatsschutz initiierte Projekt „Kommunen gegen Extremismus“. Das Projekt wurde mit dem Ziel ins Leben gerufen, Kommunen, Kreise und kreisfreie Städte in Nordrhein-Westfalen bei Fragen und Unsicherheiten im Umgang mit jeglicher

Art von Extremismus zu unterstützen. Die Zusammenarbeit zwischen Sicherheitsbehörden und Kommunen beruht im Wesentlichen auf einem Informationsaustausch in beide Richtungen und soll bereits im Vorfeld der Entstehung jeglicher Form von Extremismus entgegenwirken. Der Verfassungsschutz und der Staatsschutz stehen den Kommunen dauerhaft unterstützend zur Verfügung. Neben dem Austausch bietet das Projekt zudem Sensibilisierungs- und Aufklärungsveranstaltungen an. Jährlich findet darüber hinaus ein fachlicher Austausch aller teilnehmenden Kommunen statt. Bislang wurde das Projekt auf acht Landkreise und vier kreisfreie Städte in Nordrhein-Westfalen erweitert. Auch für die Zukunft sind weitere Ausweitungen beabsichtigt.

Aus dem Arbeitsprogramm der Landesregierung (APRO) ist das Projekt „Vorgehen gegen Linksextremismus“ entstanden. Das Präventionsreferat hat in Zusammenarbeit mit dem Fachreferat und dem Referat Öffentlichkeitsarbeit, der Polizeiabteilung und unter Beteiligung der Landeszentrale für politische Bildung mehrere Veranstaltungen unter anderem bei lokalen Jugendhilfeeinrichtungen durchgeführt, um sich aus verschiedenen Blickwinkeln zum Thema Linksextremismus niedrigschwellig auszutauschen.

Hierbei kam insbesondere der vom Aussteigerprogramm Left produzierte Schulungsfilm zum Einsatz, in dem ein ehemaliger Linksextremist im Rahmen seiner Biographie seine Hinwendung zum Extremismus und seinen Weg zur Distanzierung beschreibt.

Zudem hat Left bei einer Veranstaltung der Landeszentrale für politische Bildung zum Thema Linksextremismus im November 2025 einen Workshop angeboten, um den Teilnehmenden einen Einblick in die praktische Arbeit des Aussteigerprogramms zu ermöglichen.

Aussteigerprogramm Left - Tertiärprävention durch den Verfassungsschutz

Im Bereich der tertiären Prävention hat das nordrhein-westfälische Innenministerium im Jahr 2018 ein Aussteigerprogramm Linksextremismus eingerichtet, welches den Namen Left trägt. Seitdem vervollständigt das Programm das Angebot des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes auf Ebene der Tertiärprävention, sodass seit nunmehr sieben Jahren ein staatliches Ausstiegsangebot für Angehörige aller Phänomenbereiche vorhanden ist.

Left wendet sich an radikalisierte und in die linksextremistische Szene fest eingebundene Personen, zudem an Personen aus dem Bereich des Extremismus mit Auslandsbezug wie beispielsweise die **PKK** oder die **Grauen Wölfe**. Auch Personen, die sich selbstständig in einen Ausstiegsprozess begeben haben und deren Distanzierung weit fortgeschritten ist, bietet Left den Raum, diesen Prozess nachhaltig zu festigen. Das Ziel ist es, Ausstiegswillige auf ihrem Weg zurück in die demokratische Gesellschaft zu begleiten und damit das extremistische Personenpotenzial zu reduzieren und mögliche einschlägige Straftaten zu verhindern.

Aussteigerprogramme sind ein Kernelement der Extremismusprävention. Die Ausstiegsarbeit besteht aus zwei grundlegenden Elementen. Dies ist zum einen die Aufarbeitung der extremistischen Vergangenheit und Ideologie. So werden in persönlichen Gesprächen unter anderem Einstiegsprozesse beleuchtet und undemokratische Denkmuster hinterfragt. Bei der professionellen Aufarbeitung werden die jeweiligen Bedürfnisse und persönlichen Umstände der Ausstiegswilligen berücksichtigt. Gemeinsam mit den Klientinnen und Klienten werden Lösungsansätze und Veränderungsprozesse erarbeitet. Sie sollen dazu befähigt

werden, diese Ansätze als Zukunftsperspektive selbst schrittweise umzusetzen. Zum anderen stellt die Stabilisierung der persönlichen Lebensverhältnisse ein weiteres wesentliches Element dar. Das Programm leistet Hilfestellung im Alltag, zum Beispiel bei Behördengängen, bei der Eingliederung in Qualifizierungsmaßnahmen, bei der Wohnungs- und Arbeitsplatzsuche sowie bei der Schuldner- und Drogenberatung. Das Programm ist eng mit Behörden und allen wesentlichen Hilfesystemen vernetzt und profitiert von der langjährigen Erfahrung

Notwendige Voraussetzung für eine Teilnahme am Programm sind Freiwilligkeit, grundsätzliche Gesprächsbereitschaft beziehungsweise die Bereitschaft, extremistische Denkmuster zu hinterfragen. Die Ausstiegsprozesse sind langwierig, die Begleitung der Klientinnen und Klienten dauert regelmäßig etwa drei bis fünf Jahre. Der Ausstieg wird durch ein multiprofessionelles Team von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Verfassungsschutzes NRW begleitet, das über berufliche Erfahrungen und Kenntnisse aus den Bereichen Polizei, Verfassungsschutz, Justiz, Rechts- und Politikwissenschaft, Psychologie, Pädagogik und Soziale Arbeit verfügt. Durch die Anbindung an den Verfassungsschutz steht ihnen besonderes Fachwissen zur extremistischen Szene zur Verfügung. Dies schafft eine Grundlage für passgenaue Methoden der Deradikalisierung.

Fallzahlen Left

Seit Start des Programms hat sich Left bisher mit rund 78 Personen aus der Zielgruppe beschäftigt. Davon sind aktuell 15 Personen erfolgreich aus der linksextremistischen Szene ausgestiegen. Derzeit besteht Kontakt zu rund 20 Personen.

Über 30 Prozent der Klientinnen und Klienten aus dem Programm sind zum Zeitpunkt der Begleitung in Haft. Durchschnittlich sind Personen bei Kontaktaufnahme zum Programm zwischen 18 und 25 Jahre alt.



Ministerium des Innern
des Landes Nordrhein-Westfalen
Friedrichstraße 62-80
40217 Düsseldorf

Telefon: 0211 871 01
im.nrw